

# ANALYSE

## einer Repräsentativumfrage

Das SPD-Gesundheitsministerium NRW gab bei der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. (im Vorstand SPD-Mitglied Franz Müntefering) eine Studie über Einkommen und Ausgaben älterer Menschen in Auftrag. Kritiker behaupten, dass mit dieser überflüssigen „Gefälligkeitsstudie“ der Forschungsgesellschaft Steuergelder zugeschoben wurden, um Rentner als reiche Bürger darzustellen und eine gigantische Kürzung der Renten vorzubereiten. Das Original der Studie ist im Anhang.



## „Einkommen und Ausgaben älterer Menschen in NRW“

### Auftraggeber und Herausgeber der Studie



NRW  
Gesundheitsministerin  
Birgit Fischer (SPD)

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen, Familie, Senioren\* und Jugend NRW Düsseldorf, Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD).

\* das Wort "Senioren" wurde später aus dem Namen gestrichen, Gesundheitsministerin Birgit Fischer (\*1953) wechselte nach 15 Jahren auf einen gut dotierten Posten der Pharma-Lobby, dem „*Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)*“, Berlin. ([https://lobbypedia.de/wiki/Birgit\\_Fischer](https://lobbypedia.de/wiki/Birgit_Fischer))

### Erstellung der Studie

Die Studie wurde durchgeführt durch die Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V., Dortmund „Landesinitiative Seniorenwirtschaft“, im Zeitraum Februar - April 2002, veröffentlicht Juli 2003. Die Studie trägt kein Datum

### Finanzierung

Die Forschungsgesellschaft wird vom Land Nordrhein- Westfalen kontinuierlich gefördert. Kritiker beurteilen die 94-seitige Studie als eine Gefälligkeitsstudie, bezahlt mit Steuergeldern. Sie wird vom SPD-Ministerium kostenlos verschickt. Franz Müntefering (SPD,) im Vorstand der Gesellschaft, äußerte sich wie folgt: „*Altersarmut ist Angstmacherei und unverantwortlich*“.

Die Studie steht im Internet. Die Kosten werden nicht bekannt gegeben.

<https://bundesdeutsche-zeitung.de/headlines/politics-headlines/muntefering-wirft-gewerkschaften-angstmacherei-beim-thema-rente-vor-963186>

[http://www.mgsff.nrw.de/familie/senioren/material/einkommenssituation\\_aelterer\\_menschen.pdf](http://www.mgsff.nrw.de/familie/senioren/material/einkommenssituation_aelterer_menschen.pdf)

### „Das wichtigste Ergebnis“ der Studie (wörtlich Seite 3)

**„Die große Mehrheit der älteren Menschen lebt in einer finanziell guten bis sehr guten Einkommenssituation. Durchschnittlich verfügt ein einzelner Haushalt in NRW über ein Nettoeinkommen von 2.550 EURO im Monat“.**

Auf Seite 20 widerspricht sich die Studie wie folgt: „...demnach verfügt ein einzelner Haushalt in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich über einen Betrag von 2.550 € im Monat, der zur Deckung von Gütern des täglichen Bedarfs, sowie zur Finanzierung individueller Konsumwünsche verwendet werden kann“. Danach wären Miete, Heizung, Umlagen usw. bereits in Abzug gebracht. Auf Seite 24 steht ohne relativierenden Bezug: „Haushalte mit älteren Menschen verfügen über beträchtliche Barvermögen“.

### Webseite SPD-Ministerin Birgit Fischer

Einleitende Worte der Ministerin im Internet bei Vorstellung der Studie:  
„Ältere Menschen wollen sich etwas gönnen – und das Geld dafür haben sie“

### Ziel: Senkung der gesetzlichen Rente

Die Studie wird seit Herausgabe heftig diskutiert und kritisiert, da sie einerseits falsch ausgelegt wird, andererseits zu Schlussfolgerungen kommt, die nach Ansicht vieler Leser nicht der Praxis entsprechen.

(„Akademischer Unsinn“, „*Alles Anfänger in Algebra*“ DIE WELT 29.07.2003).

Dem Ministerium wird vorgeworfen, mit dieser Studie politische Ziele zum Nachteil ihrer Bürger zu verfolgen. Nicht nur die Verschwendung von Steuergeldern wird angeprangert. Man vermutet, dass mit der von der SPD geförderten Studie eine gigantische Kürzung von Renten vorbereitet wird. Senioren werden durch die Studie als reiche Bürger dargestellt, denen man heute schon Rentenkürzung zumuten kann. Das Niveau der gesetzlichen Rente soll weiter gesenkt werden. Renten, auch Betriebsrenten, sollen zunehmend besteuert werden. Für ihre Altersvorsorge sollen die Bürger zusätzliche Versicherungen abschließen, wodurch Versicherer gezielter an deren Geldern kommen.

Die Studie widerspricht gravierend seriösen Studien über Einkommen, z.B. der „Einkommensliste Erwerbstätiger“, erstellt von der Hans-Böckler-Stiftung des DGB. Gegenüber dieser Liste hätten Senioren nach der NRW-Studie ein durchschnittlich höheres Nettoeinkommen als Berufstätige. Generell stellt sich der Sinn nach der Beauftragung zu dieser „unwissenschaftlichen“ Studie aus Steuergeldern, zumal ausführliche Daten beim Statistischen Bundesamt und BIB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung bereits vorliegen.

### Reaktion der Presse DIE WELT vom 12.08.2003 Uta Baier

„*Nach 2040 wird mehr als die Hälfte des deutschen Wahlvolkes über 60 und ziemlich reich sein. Es gab wilde Proteststürme, als bekannt wurde, dass Senioren nach der Umfrage aus NRW über durchschnittlich € 2.550 monatlich netto verfügen*“. Passend zu dem Thema erscheinen jetzt Bücher wie DIE GIERIGE GENERATION - Wie die Alten auf Kosten der Jungen abkassieren von Bernd W. Klöckner“.

<p><b>Analyse der Zielgruppen</b></p>	<p>Der Titel der Studie nennt „<u>ältere Menschen</u>“ als Zielgruppe, Seite 3 Überschrift: „<u>Einkommen 55plus</u>“.</p> <p>Seite 22: „<u>Einkommensquellen der Senioren-Haushalte</u>“ und „<u>das Nettoeinkommen Älterer</u>“.</p> <p>Seite 10: „die Studie soll dazu beitragen, den '<u>Silbermarkt</u>' zu entwickeln“.</p> <p>Im Gegensatz dazu steht auf Seite 1 und 3 der Studie: „Die Befragung wurde in 5.013 Haushalten erhoben, in denen <u>mindestens eine ältere Person zwischen 55 und 80 Jahren lebt</u>“.</p> <p>Seite 11: „...<u>auch 55 bis 65-jährige wurden einbezogen, da sie sich in der Übergangsphase zum Ruhestand befinden</u>“, aber „...<u>Personen 81 Jahre und älter wurden wegen Erhebungsproblemen nicht befragt</u>“.</p>
<p><b>Akademischer Unsinn statt seriöser Studie</b></p>	<p>Es wurden demnach nicht Senioren bzw. Rentner befragt, sondern Haushalte, in denen mindestens eine Person ab 55 Jahren, aber nicht älter als 81 Jahre lebt. Es handelt sich also nicht um eine Studie über ältere Menschen. Die befragten Haushalte können beispielsweise auch die eines gut bezahlten Managers betreffen, der mit seiner ebenfalls gut verdienenden Ehefrau, beide 35 Jahre jung, gemeinsam mit der 56-jährigen Mutter in einer exklusiven Villa leben.</p>
<p><b>Befragte Haushaltsgrößen</b> (Seite 13, 14, 15, 51)</p>	<p>Die befragten Haushalte waren zu 30 % Haushalte mit einer Person, 47 % mit zwei Personen und 23 % mit drei Personen und mehr, in der Regel noch erwerbstätig (S.15).</p>
<p><b>Definition „Selbstständige“</b></p>	<p>In knapp dem Viertel der Haushalte lebten also drei Personen und mehr. Ein Viertel der Haushalte hatte mehr als ein Auto. In 20 Prozent = 1.000 der befragten Haushalte waren Kinder.</p> <p>Als typische Seniorenhaushalte sind solche Haushalte nicht zu werten.</p> <p>Auf Seite 15 findet sich folgender Vermerk zur beruflichen Stellung des Haupteinkommensbeziehers: „Die mithelfenden Familienangehörigen werden aufgrund ihrer strukturellen Position zu den Selbstständigen gerechnet“.</p> <p>Auf Seite 21 wird den Selbstständigen ein monatliches Einkommen von € 4.287 für Erwerbstätige und € 2.190 im Ruhestand zugerechnet.</p>
<p><b>Telefonische Befragung</b></p>	<p>Die Befragung wurde ausschließlich telefonisch durchgeführt.</p> <p>Fußnote Seite 20: „Allerdings ist zu bedenken, dass in einer Telefonstichprobe, in der die Angaben freiwillig getätigt werden, einkommensschwächere Haushalte erfahrungsgemäß unterrepräsentiert sind, was tendenziell zu einem höheren Durchschnittseinkommen als in anderen Erhebungsverfahren führen kann“. Ein Kommentar erübrigt sich.</p>
<p><b>Befragungsmethode</b> Seite 11</p>	<p>Die Befragten sollten telefonisch Auskunft „<u>über das gesamte Jahr 2001</u>“ oder „<u>über einen durchschnittlichen Monat</u>“ geben. Aus dieser Information wurden dann die gefassten Schlussfolgerungen abgeleitet.</p> <p>Auf Seite 11 der Studie heißt es: „...<u>durch Ausschluss der 81 Jahre und älteren Personen sollten Erhebungsprobleme vermieden werden</u>“. Hier stellt sich generell die Frage nach Erhebungsproblemen bei telefonischer Befragung und wieder die Definition von Seniorenhaushalten. In einer Studie über Senioren sollten vor allem Senioren, auch die über 80-jährigen aufgenommen sein – zur Vermeidung von Erhebungsproblemen allerdings persönlich befragt.</p>

**Einkommen von Berufstätigen, Rentnern, Pensionären und Selbstständigen wurden gemischt**  
(S. 15 ff)

In der Studie werden die Einkommen noch Erwerbstätiger (27 %) mit dem Ruhegeld von Rentnern, Beamten und Selbstständigen addiert und dann im Prinzip gleichmäßig durch die Anzahl der Haushalte geteilt. Ein relativ hoher Anteil der befragten Haushalte verfügte über Geldvermögen über € 500.000 (S. 25), ohne dass dies in der Gesamtaussage differenziert wird. Nachfolgend ein Beispiel nach dieser Berechnungsmethode. Danach haben Rentner ein durchschnittliches monatliches Einkommen von € 6.000 netto.

Beispiel:

Rentner (Facharbeiter)	Beamter (Regierung)	Manager (Industrie)	Haushalt zusammen	monatliches Durchschnitts- einkommen
1.200 €	6.800 €	10.000 €	18.000 €	6.000 €

**Beamte haben das größte Vermögen**

Die Gegenüberstellung der Berufsgruppen auf Seite 62 stellt dar, dass Beamte ein sehr hohes Einkommen zur Verfügung haben, mehr als doppelt so hoch wie Arbeiter und wesentlich mehr als Angestellte. Kritiker im Internet bemerken, dass Beamte zu der reicheren Gesellschaftsgruppe zählen, obwohl sie vom Volk über eingezogene Steuern bezahlt werden und sich bisher nicht an Einzahlungen in Sozialkassen beteiligen, sich aus diesen sogar bedienen. Auf Seite 28 bestätigt dies die Studie wie folgt: „Beamtenhaushalte verfügen durchschnittlich über die höchsten Einkommen und Vermögen“.

**Texte und Abbildungen ohne Aussage**

Die Studie enthält unnötige Wiederholungen und 70 Grafiken mit teilweise irreführenden bzw. für Senioren nicht themenbezogene Informationen wie „Ausgaben für sportliche Eintritte“, „Sportgeräte und Sportbekleidung“, „Neue Medien“ oder „Einkaufsmöglichkeiten für täglichen Bedarf“ (S. 82). Verschiedene Aussagen sind für eine Studie dieser Art ungewöhnlich (allg. Plattheiten), helfen jedoch, eine Seitenzahl von 94 zu erreichen.

**Zusammenfassung**

Aufgabenstellung war die Untersuchung der Einkommenssituation und Ausgaben älterer Menschen in NRW. Die Aufgabe erhielt durch das angebliche Problem leerer Kassen der öffentlichen Hand und die öffentliche Diskussion über artfremde Entnahmen aus Rentenkassen, sowie die Bildung zukünftiger Rentenfonds, einen überregionalen Stellenwert. Hinzu kam die Diskussion über soziale Gerechtigkeit, die Kürzung und Besteuerung von Renten (einschließlich Betriebsrenten) und die Kritik über hohe Pensionen von Beamten gegenüber Renten von Lohnempfängern.

Für die Zielsetzung und den Anspruch, den die Studie erhebt, sind die wesentlichen Ansätze falsch bzw. irreführend gesetzt. Vor allem die zentrale und inzwischen bundesweit verbreitete Aussage über ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 2.550 EURO in Senioren-Haushalten ist nicht nur wissenschaftlich falsch, sondern unhaltbar. Die Aussage wurde inzwischen zu einem bedauerlichen, negativen Beitrag in der aktuellen öffentlichen Auseinandersetzung der Generationen und der Altersdiskriminierung.

**Empfehlung**

Dem Ministerium NRW kann nach dieser Analyse, auch wenn sie in Teilen keine völlige Zustimmung findet, nur geraten werden, die Studie umgehend zurückzuziehen und eine Richtigstellung zu veröffentlichen.

Die Herausgeber sollten in Kooperation mit dem DGB und Statistischen Bundesamt über tatsächliche Nettoeinkommen von Senioren informieren, die streng nach Rentnern, Beamten, Selbstständigen und Einkommensklassen trennt. Wegen der überregionalen Auswirkung sollte diese Studie nicht nur auf NRW begrenzt sein. Weitere Steuergelder sollten für dieses Projekt nicht herangezogen werden.



## Ergebnisse der Repräsentivumfrage

---

# Einkommen und Ausgaben älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen

# Einkommenssituation und -verwendung älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen

Bearbeitung:

A. Reichert

A. Born

Unter Mitarbeit von

M. Weidenkamp-Maicher, S. Klein, E. Steinmüller  
und D. Moreno

Projektleitung:

Dr. F. Frerichs

PD Dr. J. Hilbert

Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V.

In Zusammenarbeit mit  
Institut Arbeit und Technik  
und  
infas GmbH

Im Auftrag  
des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie  
des Landes Nordrhein–Westfalen

# **Inhalt**

<b>TABELLENVERZEICHNIS.....</b>	<b>III</b>
<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>IV</b>
<b>VORBEMERKUNG .....</b>	<b>1</b>
<b>1 ZUSAMMENFASSUNG: EINKOMMEN 55PLUS – GUT, ABER NICHT SORGENFREI!.....</b>	<b>3</b>
<b>2 EINLEITUNG .....</b>	<b>7</b>
2.1 AUSGANGSLAGE .....	7
2.2 ZIELSETZUNG DER STUDIE .....	10
2.3 METHODISCHE ANMERKUNGEN.....	11
2.4 SOZIO-DEMOGRAPHISCHE STRUKTURDATEN.....	13
<b>3 EINKOMMENS- UND VERMÖGENSSITUATION DER HAUSHALTE ÄLTERER MENSCHEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN .....</b>	<b>18</b>
3.1 EINKOMMEN .....	20
3.1.1 Einkommenssituation der Haushalte mit älteren Menschen.....	20
3.1.2 Vermögen und Immobilienbesitz der Seniorinnen und Senioren in Nordrhein- Westfalen .....	23
3.1.3 Immobilienbesitz .....	26
3.1.4 Einkommens- und Vermögenssituation – Zusammenfassung.....	27
<b>4 AUSGABEN DER HAUSHALTE ÄLTERER MENSCHEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN .....</b>	<b>29</b>
4.1 EINKOMMENSVERWENDUNG NACH KONSUMFELDERN.....	30
4.1.1 Wohnen.....	30
4.1.2 Haushaltsbezogene Dienstleistungen.....	35
4.1.3 Reisen .....	37
4.1.4 Sport.....	39
4.1.5 Freizeitaktivitäten .....	40



4.1.6	Neue Medien.....	41
4.1.7	Ausgaben im Bereich Gesundheit .....	43
4.1.8	Kuren .....	44
4.1.9	Größere Anschaffungen.....	47
4.1.10	Verkehr .....	48
4.1.11	Sparen .....	56
4.2	VERWENDUNG DES FREI VERFÜGBAREN EINKOMMENS .....	57
4.2.1	Generelles Ausgabeverhalten .....	58
4.2.2	Einkommensverwendung nach Kohorten.....	60
4.2.3	Einkommensverwendung nach beruflichem Status.....	62
4.2.4	Einkommensverwendung bei gesundheitlichen Einschränkungen.....	65
4.2.5	Ausgaben der Haushalte älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen – Zusammenfassung .....	67
4.3	EINKOMMENSVERWENDUNG NACH REGIONEN.....	69
4.3.1	Reisen .....	73
4.3.2	Haushaltsbezogene Dienstleistungen.....	74
4.3.3	Neue Medien.....	75
4.3.4	Sport.....	76
4.3.5	Kultur.....	78
4.3.6	Bildung .....	79
4.3.7	Gesundheit .....	80
4.3.8	Beurteilung der vorhandenen Angebotsstrukturen und Lebensqualität.....	81
<b>5</b>	<b>EINNAHMEN UND AUSGABEN DER HAUSHALTE ÄLTERER MENSCHEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN – KONSEQUENZEN FÜR DIE SENIOREN- WIRTSCHAFT .....</b>	<b>87</b>
<b>6</b>	<b>LITERATUR.....</b>	<b>93</b>
	<b>ANHANG: ÜBERBLICK THEMENBEZOGENE STUDIEN .....</b>	<b>94</b>

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Haushaltsstruktur der Stichprobe	14
Tabelle 2: Relative Bedeutung der jeweiligen Einkommensart in allen Haushalten am Haushaltsnettoeinkommen	23
Tabelle 3: Anteil der Haushalte, die die jeweils benannte Dienstleistung mindestens einmal im Jahr 2001 in Anspruch genommen haben, nach Kaufkrafttyp	37
Tabelle 4: Durchschnittliche monatliche Ausgaben für die benannten Dienstleistungen nach Kaufkrafttyp	37
Tabelle 5: Definition der festen und disponiblen Ausgaben	58
Tabelle 6: Teilregionen Nordrhein-Westfalens und Zuordnung der Kommunen und Kreise	70
Tabelle 7: Stichprobengröße, Durchschnittsalter und durchschnittliche Haushaltsgröße der Teilregionen Nordrhein-Westfalens	70
Tabelle 8: Verteilung der Kaufkraft in Nordrhein-Westfalen nach Regionen	71

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Verteilung der Haushaltsgrößen in der Stichprobe	14
Abbildung 2:	Berufliche Stellung des Haupteinkommensbeziehers	15
Abbildung 3:	Berufliche Tätigkeit des Haupteinkommensbeziehers nach Haushaltsgröße	16
Abbildung 4:	Geschlechtsverteilung in Ein-Personen-Haushalten nach Alter	17
Abbildung 5:	Anteil des jeweiligen Kaufkrafttypen insgesamt und nach Haushaltsgröße	20
Abbildung 6:	Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen in Ein-Personen-Haushalten nach Alter und Geschlecht	22
Abbildung 7:	Barvermögen der befragten Haushalte nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp	24
Abbildung 8:	Anteil der Immobilienbesitzer nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp	26
Abbildung 9:	Anteil der Immobilienbesitzer nach Haushaltsgröße und beruflicher Stellung des Haupteinkommensbeziehers	27
Abbildung 10:	Durchschnittliche Anteile der jeweiligen Konsumfelder am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen	29
Abbildung 11:	Eigentumsverhältnisse des Wohnraums nach Haushaltsgröße	31
Abbildung 12:	Eigentumsverhältnisse des Wohnraums nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp	32
Abbildung 13:	Regelmäßige monatliche Ausgaben (Miete, Nebenkosten etc.) für Wohnen nach Haushaltsgröße und Eigentumsverhältnissen des Wohnraums	33
Abbildung 14:	Nur jährlich anfallende Ausgaben für Wohnen im Jahr 2001 nach Haushaltsgröße und Eigentumsverhältnissen des Wohnraums	34
Abbildung 15:	Anteil derjenigen, die in den nächsten Jahren planen, den Wohnraum altersgerecht zu gestalten nach Haushaltsgröße	35
Abbildung 16:	Anteil der Haushalte, die die jeweils benannte Dienstleistung mindestens einmal im Jahr 2001 in Anspruch genommen haben	36
Abbildung 17:	Anteil derjenigen Haushalte, die im Jahr 2001 den jeweiligen Reise-	38

	typ unternommen haben, nach Haushaltsgröße	
Abbildung 18:	Sportbezogene Ausgaben im Jahr 2001 nach Kaufkrafttyp	39
Abbildung 19:	Besitz und Nutzung eines PC und Internetzugang nach Haushaltsgröße	41
Abbildung 20:	Monatliche Ausgaben für Computer- und Internetnutzung nach Kaufkrafttyp	43
Abbildung 21:	Ausgaben für Kuren im Jahr 2001 nach Haushaltsgröße	45
Abbildung 22:	Anteil derjenigen Ein-Personen-Haushalte, die im Jahr 2001 eine Kur unternommen haben, nach Alter	46
Abbildung 23:	Anteil derjenigen Paarhaushalte, die im Jahr 2001 eine Kur unternommen haben, nach Alter	46
Abbildung 24:	Jährliche Ausgaben für größere Anschaffungen nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp	47
Abbildung 25:	Anzahl der PKW im Haushalt nach Haushaltsgröße	49
Abbildung 26:	Anzahl der PKW im Haushalt nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp	49
Abbildung 27:	Jährliche autobezogene Ausgaben nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp	50
Abbildung 28:	Vorhandensein mindestens eines Pkws in Ein-Personen-Haushalten nach Alter und Geschlecht	51
Abbildung 29:	Anzahl der Pkw in Paarhaushalten nach Alter	51
Abbildung 30:	Anzahl der Pkw in ausgewählten Drei-Personen-Haushalten	52
Abbildung 31:	Monatliche Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp	53
Abbildung 32:	Monatliche Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel in Ein-Personen-Haushalten nach Alter und Geschlecht	54
Abbildung 33:	Monatliche Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel in Paarhaushalten nach Alter	55
Abbildung 34:	Monatliche Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel in ausgewählten Drei-Personen-Haushalten	55
Abbildung 35:	Monatliche Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel nach PKW-Besitz	56
Abbildung 36:	Verwendungszweck in Prozent vom frei verfügbaren Einkommen	59
Abbildung 37:	Monatliche Konsumausgaben	59

Abbildung 38:	Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen nach Kohorten	61
Abbildung 39:	Anteil der Reiseausgaben am verfügbaren Einkommen	61
Abbildung 40:	Anteil der haushaltsbezogenen Dienstleistungen am verfügbaren Einkommen	62
Abbildung 41:	Verfügbares Einkommen nach beruflichem Status des Haupteinkommensbeziehers	63
Abbildung 42:	Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen nach beruflichem Status	64
Abbildung 43:	Anteil der Ausgaben für haushaltsbezogene Dienstleistungen am verfügbaren Einkommen nach beruflichem Status	65
Abbildung 44:	Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen bei gesundheitlichen Einschränkungen	66
Abbildung 45:	Anteil der Ausgaben für haushaltsbezogene Dienstleistungen am verfügbaren Einkommen bei gesundheitlichen Einschränkungen	67
Abbildung 46:	Die Teilregionen Nordrhein-Westfalens	69
Abbildung 47:	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen und verfügbares Einkommen nach Regionen	72
Abbildung 48:	Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen nach Regionen	73
Abbildung 49:	Anteil der Reiseausgaben am verfügbaren Einkommen nach Regionen	74
Abbildung 50:	Anteil der Ausgaben für haushaltsbezogene Dienstleistungen am verfügbaren Einkommen nach Regionen	75
Abbildung 51:	Anteil der Ausgaben für Neue Medien am verfügbaren Einkommen nach Regionen	76
Abbildung 52:	Ausgaben für sportliche Eintritte/Gebühren im Jahr 2001	77
Abbildung 53:	Ausgaben für Sportbekleidung und -geräte im Jahr 2001	78
Abbildung 54:	Ausgaben für Konzerte, Musicals etc. im Jahr 2001 von den Haushalten, die kulturelle Veranstaltungen in Anspruch genommen haben	79
Abbildung 55:	Ausgaben für Bildung im Jahr 2001 von den Haushalten, die Bildungsveranstaltungen in Anspruch genommen haben	80
Abbildung 56:	Ausgaben für Gesundheitsleistungen (Medikamente, medizinische	81

	Behandlungen, Hilfsmittel wie Brillen oder Hörgeräte) im Jahr 2001	
Abbildung 57:	Einkaufsmöglichkeiten für Dinge des täglichen Bedarfs	82
Abbildung 58:	Einkaufsmöglichkeiten für den gehobenen Bedarf	82
Abbildung 59:	Angebot an Haltestellen von Bussen oder Bahnen des öffentlichen Nahverkehrs in Fußweite	83
Abbildung 60:	Attraktive Freizeitangebote in der Gemeinde/Stadt, die nicht nur, aber auch von Menschen ab Mitte 50 und aufwärts genutzt werden können	84
Abbildung 61:	Ansprechende Bildungsangebote und -veranstaltungen in der Gemeinde/Stadt für alle Altersgruppen	84
Abbildung 62:	Möglichkeiten zum Ausgehen bzw. zum geselligen Zusammensein, Cafes, Kneipen, Restaurants usw., die auch gerne von Älteren besucht werden	85
Abbildung 63:	Ausreichendes Kulturangebot (Theater, Oper, Musikveranstaltungen, Museen)	86

## Vorbemerkung

Die Forschungsgesellschaft für Gerontologie wurde im Sommer 2001 vom damaligen Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Landes Nordrhein-Westfalen (jetzt: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie) beauftragt, eine empirische Untersuchung zur Einkommenssituation und Einkommensverwendung älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen zu konzipieren und durchzuführen. Den Hintergrund dieses Auftrags bildete der in der „Landesinitiative Seniorenwirtschaft“ oft geäußerte Wunsch, aktuelle, repräsentative und regionalisierbare Daten zu diesem Themenkomplex für das Land Nordrhein-Westfalen verfügbar zu haben.

Die Untersuchung wurde im Frühjahr 2002 unter Federführung der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. (FfG) und in Kooperation mit dem Institut Arbeit und Technik (IAT) und dem Institut für angewandte Sozialforschung GmbH (infas) durchgeführt. Erhoben wurden in einer telefonischen Repräsentativbefragung die Daten von über 5.000 Haushalten, in denen ältere Menschen im Alter zwischen 55 und 80 Jahren leben.

Der vorliegende Bericht stellt die Konzeption und die Ergebnisse der Untersuchung dar. In *Kapitel 1* werden die zentralen Ergebnisse der Studie zusammenfassend präsentiert und die Ergebnisse kurz kommentiert. Dieses Kapitel soll insbesondere dem „schnellen Leser“ einen handlungsorientierten Überblick geben. In *Kapitel 2* werden die Ausgangslage, die Zielsetzung und die Forschungsfragen der Untersuchung thematisiert. Ergänzend wird auf die Untersuchungsmethoden und die Darstellungsweise der Ergebnisse eingegangen und es werden wesentliche Strukturdaten der befragten Haushalte dargestellt. *Kapitel 3* stellt die Einkommens- und Vermögenssituation der Haushalte älterer Menschen insgesamt dar. Hierzu wird in einem ersten Schritt die Einkommenssituation in den Blick genommen und die Haushaltsnettoeinkommenssituation analysiert sowie die Verteilung der Kaufkrafttypen dargestellt. Zudem wird betrachtet, aus welchen Einkommensquellen sich die Haushaltsnettoeinkommen speisen. In einem zweiten Schritt wird dieses Kapitel um die Darstellung des Barvermögens- und Immobilienbesitzes der Senioren<sup>1</sup> ergänzt. In *Kapitel 4* werden die Konsumausgaben nach Konsumfeldern zunächst systematisch differenziert. Darüber hinaus werden die durchschnittlichen

---

<sup>1</sup> Wenn an dieser und an nachfolgenden Stellen von „Senioren“ oder „Rentnern“ etc. in der maskulinen Form gesprochen wird, so schließt dies selbstverständlich auch die Seniorinnen bzw. Rentnerinnen etc. mit ein. Diese Darstellungsform wird allein aus Gründen der Lesefreundlichkeit gewählt. Besondere geschlechtsspezifische Aussagen sind entsprechend gekennzeichnet.

Ausgaben über alle Haushalte für die betrachteten Konsumfelder auf das – von uns definierte – frei verfügbare Einkommen bezogen. Zudem wird insbesondere das Ausgabeverhalten nordrhein-westfälischer Haushalte mit älteren Bewohnern in regionaler Differenzierung, wobei Nordrhein-Westfalen in 12 Teilregionen aufgeteilt wird, analysiert. Abschließend zeigt *Kapitel 5* die Konsequenzen aus der Einkommens- und Ausgabesituation der Haushalte älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen für die Seniorenwirtschaft auf.



# 1 Zusammenfassung: Einkommen 55plus – Gut, aber nicht sorgenfrei!

Im Rahmen der Landesinitiative Seniorenwirtschaft haben insbesondere die Partner aus der Wirtschaft auf eine detaillierte Analyse der Einkommen und der Einkommensverwendung älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen gedrängt. Im folgenden wird ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der zu diesem Zweck durchgeführten Studie **Einkommenssituation und -verwendung älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen** gegeben. Befragt wurden in einer telefonischen Repräsentativbefragung (nach BIK-Gemeindegrößenklassen geschichtete Zufallsstichprobe) 5013 Privathaushalte in Nordrhein-Westfalen, in denen mindestens eine Person im Alter zwischen 55 und 80 Jahren lebt.

1. Das wichtigste Ergebnis der Studie ist, dass die große Mehrheit der älteren Menschen (über 80 Prozent) in einer finanziell guten bis sehr guten Einkommenssituation lebt. Durchschnittlich verfügt ein einzelner Haushalt in NRW dabei über einen Nettoeinkommen von 2.550 € im Monat. Mit diesem Ergebnis ist für Nordrhein-Westfalen die These bestätigt, dass Ältere über ein erhebliches Konsumpotential verfügen.
2. Die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen Älterer in NRW speisen sich vornehmlich aus den Leistungen der Alterssicherungssysteme. Etwas über 50 Prozent aller Einkommen der Haushalte, in denen Senioren im Alter zwischen 55 und 80 Jahren leben, stammen aus Renten und Pensionen. Dieser Anteil steigt mit dem Alter der befragten Haushaltsmitglieder erwartungsgemäß an. Einkünfte aus Erwerbsarbeit – in solchen Haushalten, in denen noch ein Mitglied berufstätig ist – machen die zweitbedeutendste Einkommensquelle aus und betragen mehr als ein Viertel (ca. 27 Prozent) des Gesamteinkommens der entsprechenden Haushalte. Allen anderen Einkommensquellen, wie Kapitalerträgen (Einkünften aus Vermietung und Verpachtung, Lebensversicherungen, Zinserträgen u.a.), aber auch Einkommensquellen wie Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe, kommt eine nachrangige Bedeutung zu. Es wird deutlich, dass Renten und Pensionen die wichtigste Basis für das Konsumpotential der Älteren bilden.
3. Ergänzend zum Nettoeinkommen der Haushalte wurde das frei verfügbare Einkommen (Haushaltsnettoeinkommen nach Abzug der fixen Kosten wie Wohnkosten, Versicherungen oder regelmäßige Aufwendungen zur Schuldentilgung) ermittelt. Insgesamt steht den

Haushalten Älterer in Nordrhein-Westfalen im Monat ein durchschnittlicher Betrag von 1.492 € zur freien Verfügung. Dies sind pro Haushaltsmitglied im Durchschnitt 710 €. Selbst wenn in Rechnung gestellt wird, dass hiervon noch die Nahrungs- und Genussmittel gezahlt werden müssen, so wird dennoch klar erkennbar, dass den Seniorinnen und Senioren in Nordrhein-Westfalen eine freie Spitze zur Verfügung steht, auf die die nordrhein-westfälische Wirtschaft mit Produkten und Dienstleistungen für mehr Lebensqualität im Alter zielen kann.

4. Über Barvermögen verfügen 87 Prozent aller Haushalte. 42 Prozent der Haushalte besitzen ein Geldvermögen in Höhe von bis 12.750 €. Fast ein Drittel aller Haushalte (30 Prozent) ist im Besitz von 12.750 € bis 51.000 € und einem Anteil von 15 Prozent aller Haushalte stehen Gelder in Höhe von mehr als 51.000 € zur Verfügung. Zudem verfügen 62 Prozent der befragten Haushalte über Haus-, Wohnungs- oder Grundstückseigentum; 51 Prozent bewohnen ein eigenes Haus und 9 Prozent eine Eigentumswohnung. Für eine realistische Einschätzung des Konsumpotentials Älterer sind auch die Besitz- und Vermögensverhältnisse hinzuzuziehen. Die Ergebnisse zeigen, dass neben den regelmäßigen Einkünften durchaus noch weitere kräftige Finanzquellen vorhanden sind.
5. Eine regional differenzierende Betrachtung ergab, dass die höchsten Haushaltsnettoeinkommen im Bonn/Rhein-Sieg-Kreis (2.884 €), dem Raum Düsseldorf (2.755 €), gefolgt vom Münsterland (2.648 €) zu finden sind, während das Ruhrgebiet die letzte Position in der Einkommenshierarchie einnimmt (2.392 €). Neben den Differenzen im monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unterscheiden sich einzelne Regionen in Nordrhein-Westfalen auch in der Höhe des frei verfügbaren Einkommens der jeweiligen Haushalte. Da bestimmte fixe Kostenbelastungen – insbesondere solche für Wohnen und Miete – sich in einzelnen Regionen deutlich unterscheiden, kommt es im Vergleich zu der oben genannten Hierarchie zu nicht zu unterschätzenden Abweichungen bei den frei verfügbaren Einkommen. Demnach weisen das höchste Einkommensniveau zwar nach wie vor Seniorenhaushalte im Bonn/Rhein-Sieg-Kreis (1.774 €) auf. Der Raum Köln (1.615 €) sowie die Region Ostwestfalen-Lippe (1.570 €) nehmen aber jetzt die nachfolgenden Positionen ein. Aufgrund der hohen monatlichen Ausgaben u.a. für Miete fällt der Raum Düsseldorf (1.507 €) ins Mittelfeld zurück. Bezogen auf die anteiligen Ausgaben am Haushaltsnettoeinkommen geben die Haushalte des Niederrheins mit 80,7 Prozent den größten Teil ihres verfügbaren Einkommens aus. Die „sparsamsten“ Haushalte finden sich in Ostwestfalen-Lippe (61,2 Prozent) und im Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis (61,7 Prozent).

6. Des weiteren ergibt die regionale Differenzierung, dass in den Augen der Befragten nicht alle Regionen Nordrhein-Westfalens eine gleich gute Wohn- und Lebensqualität aufweisen. Die Befragten bewerten etwa die Attraktivität einschlägiger Freizeit- und Dienstleistungsangebote sehr unterschiedlich: Während die Angebote der Region Bonn/Rhein-Sieg-Kreis und des Kölner Raums dahingehend als gut eingeschätzt werden, schneiden sowohl der Niederrhein als auch das nördliche Ruhrgebiet eher schlecht ab. An Dienstleistungen fehlt es vor allem in den Regionen des Sauerlands und der Eifel. Dies bedeutet, dass es noch erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten für seniorenpezifische Angebote gibt und dass es sinnvoll ist, diese mit Rücksicht auf kleinräumige Verhältnisse anzugehen.
7. Hinsichtlich der Ausgaben der Haushalte älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen zeigt sich deutlich die Dominanz des Konsumfeldes Wohnen. Fast 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens (entspricht ca. 669 € monatlich) werden durchschnittlich hierfür aufgewendet. Mit Abstand folgen die Ausgaben für Ernährung und Genuss (15,3 Prozent bzw. 345 €) und Reisen sowie die Ausgaben für größere Anschaffungen (jeweils 8,2 Prozent bzw. 184 €). Von einer gewissen Relevanz sind zudem noch die Sparaufwendungen (6,8 Prozent bzw. 154 €) und die Transferausgaben an Personen außerhalb des Haushalts (6,3 Prozent bzw. 141 €). Dagegen sind z.B. das Konsumfeld IuK-Technik (1,2 Prozent bzw. 26 €) und der Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen (1,1 Prozent bzw. 24 €) nur von einem sehr untergeordneten Rang. Insbesondere in diesen beiden von vielen für zukunftssträftig gehaltenen Konsumfelder zeigen sich mithin Wachstumsmöglichkeiten, aber auch ein erheblicher Gestaltungsbedarf.
8. Eine bedeutende Größe, die das Konsumverhalten beeinflusst, ist das Alter. Die Ergebnisse zeigen, dass – obwohl vorhandene finanzielle Mittel auch im hohen Alter größtenteils in den Konsum von Gütern und Dienstleistungen eingehen – die Konsumneigung mit zunehmendem Alter abzunehmen scheint. Hauptverantwortlich für diesen Rückgang sind geringere Ausgaben für größere Anschaffungen von über 15 Prozent des frei verfügbaren monatlichen Einkommens (in der Altersgruppe der 55- bis 59jährigen) auf unter 5 Prozent (bei der Altersgruppe der 75- bis 80jährigen). Ebenfalls rückläufig mit zunehmendem Alter sind Ausgaben für Reisen. Auf der anderen Seite wird anteilmäßig mehr Geld für haushaltsbezogene Dienstleistungen aufgewendet. So betragen die kumulierten Ausgaben in der Altersgruppe der 55- bis 59jährigen rund 1 Prozent, während dieser Wert bis auf über 6 Prozent in der Altersgruppe der 75- bis 80jährigen steigt.

9. Es ist deutlich zu betonen, dass teilweise erhebliche Unterschiede in der Einkommenssituation und im Ausgabeverhalten zwischen den einzelnen Differenzierungsmerkmalen (Haushaltsgröße, Alter, gesundheitliche Situation der Haushaltsmitglieder, Kaufkrafttyp, berufliche Tätigkeit und Stellung) zu erkennen sind. Dabei zeigt sich, dass sich soziale Unterschiede auch im Alter fortsetzen. Die Akteure der Seniorenwirtschaft müssen also auf die Vielfalt der Lebenslagen achten.
  
10. Trotz des durchschnittlich hohen Monatseinkommens zeigen sich bei einer differenzierten Betrachtung der Einkommenssituation älterer Menschen erhebliche Einkommensunterschiede. Sorge bereitet, dass zu den Haushalten, die erheblich unter dem Durchschnittseinkommen liegen, in allen betrachteten Altersgruppen vor allem Haushalte mit alleinstehenden Frauen gehören. Diese Unterschiede zeigen sich jeweils auch in der Verteilung der ermittelten Kaufkrafttypen<sup>2</sup>. Während rund 20 Prozent aller Haushalte zu den kaufkraftschwachen Haushalten zu zählen sind, beträgt dieser Anteil in der Gruppe der alleinstehenden Frauen 31,6 Prozent. Auf der anderen Seite sind 16 Prozent der Beamtenhaushalte den kaufkraftstarken Haushalten zuzurechnen, wobei gleichzeitig der Anteil der kaufkraftstarken Haushalte insgesamt bei 6 Prozent liegt.

---

<sup>2</sup> Hierzu wurde das Konzept des Nettoäquivalenzeinkommens herangezogen, das eine Bedarfsgewichtung des gesamten Haushaltsnettoeinkommens in Abhängigkeit von der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen ermöglicht. Dies ist notwendig, um Haushalte mit verschiedener „Binnenstrukturen“ miteinander vergleichen zu können.

## 2 Einleitung

### 2.1 Ausgangslage

In der Bundesrepublik Deutschland wird der Alterungsprozess der Gesellschaft noch immer überwiegend negativ gesehen. Im Mittelpunkt steht die Belastung der Volkswirtschaft durch steigende Ausgaben für Altersversorgung, Gesundheit und Pflege alter Menschen. Zudem wird auch ein wirtschaftlicher Leistungseinbruch aufgrund einer überalterten Erwerbstätigenbevölkerung und eine Stagnation auf den Konsumgütermärkten befürchtet. Als Folge davon dominieren Negativszenarien, die von einer abnehmenden Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und einem konjunkturrehemmenden Konsumklima ausgehen.

Seit einiger Zeit wird darauf hingewiesen, dass auch die Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung stärker wahrgenommen werden sollten und den Bedürfnissen, Interessen und wirtschaftlichen Potenzialen älterer Menschen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss (Barkholdt et al. 1999). Dies wird u.a. damit begründet, dass ältere Menschen sich zunehmend zu einer eigenständigen Konsumentengruppe entwickeln und immer mehr ältere Menschen gegenwärtig in der Lage sind, sich mit ihrem Einkommen und zusätzlichen Vermögenswerten einen angenehmen Lebensstandard zu sichern. Dadurch stellen sie ein erhebliches Kaufkraftpotential dar. Für Nordrhein-Westfalen lässt sich beispielsweise nachweisen, dass die Wachstumsraten im Bereich von gesundheitsorientierten Produkten und Dienstleistungen in den letzten Jahren zu einem großen Teil auf das Altern der Gesellschaft zurückzuführen sind (Fretschner & Hilbert 2000) und in diesem Segment noch erhebliches Marktpotenzial vorhanden ist.

Bundesweit stiegen in den letzten 20 Jahren die Ausgaben der über 64jährigen besonders für Dienstleistungen um das achtfache, für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sogar um das zwölffache und damit deutlich stärker als in den übrigen Altersgruppen (Deutscher Bundestag 1998). Auf die Haushalte der über 64jährigen entfallen in Nordrhein-Westfalen rund ein Fünftel der gesamten Konsumausgaben aller privaten Haushalte. Dabei unterscheiden sich die heutigen Älteren erheblich von früheren Generationen in ihrer Konsummentalität. Dies drückt sich etwa in der veränderten – zunehmend genuss- und freizeitorientierten – Struktur der Einkommensverwendung aus (vgl. z.B. Brockmann 1998).

Konsequente Maßnahmen zur Erschließung des Seniorenmarktes wurden bislang kaum entwickelt, stattdessen folgen die Bemühungen der Wirtschaft – sowohl in der Produktentwicklung als auch im Marketing – nach wie vor einem jugendlichen Leitbild und lassen die wirtschaftlich bedeutendste Kundengruppe zu großen Teilen außen vor. Ausgehend von diesem Handlungsdefizit und geleitet von der o.g. Überlegung, dass das Altern der Gesellschaft nicht nur mit Belastungen und Risiken verbunden ist, sondern auch mit erheblichen Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen, hat die Landesregierung die „Landesinitiative Seniorenwirtschaft“ ins Leben gerufen. An der Initiative Seniorenwirtschaft ist eine Vielzahl von Akteuren aus der Wirtschaft, dem Handwerk, den Gewerkschaften, der öffentlichen Hand, dem ehrenamtlich-freigemeinnützigen Bereich, den Wohlfahrtsverbänden und der Wissenschaft sowie die Landesseniorenvertretung beteiligt. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung von Projekten, Produkten und Diensten für mehr Lebensqualität im Alter zu fördern und damit die Lebensqualität der Seniorinnen und Senioren zu steigern. Auf diesem Weg sollen Arbeitsplätze in der Wachstumsbranche Seniorenwirtschaft gesichert und geschaffen sowie durch ein verbessertes Angebot die Kaufkraft der Älteren mobilisiert werden und eine internationale Standardisierung des Absatzes erreicht werden.

Damit die Chancen, die mit der künftig expandierenden Bedeutung der Seniorenwirtschaft verknüpft sind, effizienter genutzt werden können, sind detaillierte Kenntnisse über die Einkommenssituation und die Einkommensverwendung im Alter notwendig. Erstens kann auf diese Weise mehr Wissen und Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse, Interessen und wirtschaftlichen Potenziale älterer Menschen erzeugt werden. Zweitens können dadurch bei der Entscheidung über die Entfaltung wirtschaftlicher Aktivitäten die Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen besser berücksichtigt werden.

Die bisher vorliegenden und verfügbaren Studien und Datensätze sind für die mögliche Beantwortung spezifischer Forschungsfragen für Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend. Insbesondere sind folgende drei Defizite festzustellen:

- Die weit überwiegende Mehrheit der vorliegenden Studien stellt nur Daten zur Einkommenserzielung der Haushalte, in denen ältere Menschen leben, zur Verfügung. Dies gilt insbesondere für die Studien<sup>3</sup> „Alterssicherung in Deutschland“ (AsiD), den Mikrozensus und das Sozio-ökonomisches Panel (SOEP). Angaben zur Einkommensverwendung bezogen auf Nordrhein-Westfalen fehlen dagegen weitgehend und sind

auch nicht aus neueren Studien, beispielsweise der Marktforschung (GfK AG, BBE-Unternehmensberatung GmbH), abzuleiten.

- Sofern Angaben zur Einkommensverwendung vorliegen – wie insbesondere im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) –, sind diese für einzelne zentrale Konsumbereiche nicht differenziert und auch nicht aktuell genug. Dies betrifft besonders die Konsumfelder Reisen, Mediennutzung und gesundheits-/haushaltsbezogene Dienstleistungen.
- Es sind keine Daten verfügbar, um die Einkommenssituation und -verwendung nach Teilregionen Nordrhein-Westfalens differenzieren zu können. Bisher sind nur Regionalauswertungen für das gesamte Gebiet Nordrhein-Westfalens möglich (z.B. im Rahmen der AsiD, der EVS).

Insgesamt ist deshalb bezogen auf die Einkommenssituation und das Ausgabeverhalten älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen festzustellen, dass auf mehrere höchst unterschiedliche und ursprünglich auf das Bundesgebiet bezogene Datenquellen zurückgegriffen werden muss. Auch Sonderauswertungen lassen bezogen auf die Fragestellungen der Landesinitiative zum Thema „Wirtschaftskraft Alter“ nicht die gewünschte Differenziertheit zu. Zudem stoßen sie hinsichtlich einer weiteren Regionalisierbarkeit schnell an ihre Grenzen. Diese Defizite bei den Kenntnissen über die Einkommen und Einkommensverwendungssituationen älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen bewogen die Akteure, die in der „Landesinitiative Seniorenwirtschaft“ mitwirken, dazu, die vorliegende Studie auf den Weg zu bringen.

---

<sup>3</sup> Eine Erläuterung dieser und der weiteren angeführten Studien und Datensätze findet sich im Anhang.

## 2.2 Zielsetzung der Studie

Trotz des großen Marktpotenzials ist die Seniorenwirtschaft kein „Selbstläufer“, sondern braucht Anstöße und Moderation von außen, um die wirtschaftlichen Chancen auch wahrnehmen zu können. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zur Einkommenssituation und -verwendung älterer Menschen sollen deshalb dazu beitragen, den „Silbermarkt“ systematischer als bisher zu entwickeln und die Lebensqualität älterer Menschen dadurch zu verbessern. Insbesondere soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dass:

- das öffentliche Bewusstsein dafür geschärft wird, über welches wirtschaftliche Potential ältere Menschen verfügen und in welchen Bereichen ihre Lebensqualität weiter gesteigert werden kann,
- die politischen Akteure, sei es auf Landesebene oder Kommunalebene, Grundlagen für eine gezieltere Steuerung und Nutzung der Seniorenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen an die Hand bekommen und
- wirtschaftliche Akteure, wie z.B. Branchen- und Arbeitgeberverbänden, Möglichkeiten und Grenzen für die weitere Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen für ältere Menschen erkennen können.

Im Rahmen dieser Zielformulierung stellt der vorliegende Bericht aktuelle und repräsentative Daten zur Einkommenssituation und Einkommensverwendung älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen bereit. Neben den genannten allgemeinen Zielsetzungen soll darüber hinaus die Beantwortung einer Reihe von konkreten Fragestellungen ermöglicht werden, die für die handlungsorientierte Umsetzung von seniorenwirtschaftlichen Initiativen notwendig ist. Bezüglich der Einkommenssituation handelt es sich hierbei primär um folgende Fragestellungen:

- Was sind die zentralen Einkommensquellen älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen?
- Welches durchschnittliche Einkommen können ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen mit diesen Einkommensquellen erzielen?
- Welche sozialen, altersgruppenspezifischen und regionalen Differenzierungen sind zu beobachten?



## 2.3 Methodische Anmerkungen

Die Befragung wurde in Form telefonischer Interviews in der Zeit vom 7. Februar bis zum 30. April 2002 durchgeführt. Der Zeitraum, über den die Befragten Auskunft geben sollten, war das Jahr 2001 bzw. ein durchschnittlicher Monat in diesem Jahr. Die Befragung selbst wurde von der infas GmbH vorgenommen.

Die Grundgesamtheit der Untersuchung bilden alle Haushalte in Nordrhein-Westfalen, in denen mindestens eine Person in der Altersgruppe von 55 bis 80 Jahren lebt. Die realisierte Nettostichprobe umfasst 5.013 Haushalte.

Die Auswahl der Altersgruppe der 55 bis 80 Jahre alten Personen begründet sich darin, dass a) durch den Einbezug der 55- bis 65jährigen auch diejenigen Personen erfasst werden sollten, die sich in der Übergangsphase zum Ruhestand befinden und b) durch den Ausschluss der 81 Jahre und älteren Personen Erhebungsprobleme vermieden werden sollten. Die Erfahrung aus anderen Untersuchungen hat gezeigt, dass Personen ab diesem Alter für telefonische Befragungen nur schwerlich zu gewinnen sind.

Die Befragung war eine Haushaltsbefragung, d.h. der Haushalt als Ganzes und nicht eine einzelne Person in diesem Haushalt wird als wirtschaftlicher Akteur angesehen. Dies begründet sich darin, dass in häuslicher Gemeinschaft lebende Menschen in der Regel gemeinsam wirtschaften und daher die ökonomische Situation der in Betracht genommenen Altersgruppe letztlich auch nur im Haushaltskontext sinnvoll untersucht werden kann. Insbesondere beim Ausgabeverhalten wird daher nicht differenziert, welche Person im einzelnen welche Ausgaben tätigt. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass Einkommen und Vermögen einzelner Haushaltsmitglieder gemeinsam im Haushaltskontext – z. B. für den Einkauf von Lebensmitteln, aber auch für größere Anschaffungen – verwendet werden.

Weil zu Beginn der Befragung die endgültige Einführung des Euro noch nicht abgeschlossen war und zudem davon ausgegangen werden konnte, dass es den Befragten leichter fallen würde, in DM Auskunft zu geben, wurden die entsprechenden Daten in DM erhoben. Die Angaben wurden anschließend zur Darstellung in diesem Bericht in EURO (€) umgerechnet.

Die in der Befragung gemessenen Verteilungen nach Haushaltsgröße und Durchschnittsalter in den Haushalten stimmen mit anderen repräsentativen Untersuchungen gut überein. Ledig-

lich bei der Differenzierung nach Haushaltsgröße und Geschlechterkonstellation musste eine Gewichtung des Datensatzes vorgenommen werden.

In einzelnen Auswertungsbereichen liegen die angegebenen Fallzahlen unter der Gesamtzahl der befragten Haushalte. Dies ist zum einen Plausibilitätsprüfungen geschuldet, um unrealistische oder widersprüchliche Angaben korrigieren zu können<sup>4</sup>. Zum anderen ist dies auf im Einzelfall nicht verfügbare oder verweigerte Angaben zurückzuführen.

Sofern die Befragten im Rahmen der Untersuchung nicht bereit oder in der Lage waren, absolute Beträge für bestimmte Einkommens- oder Ausgabepositionen zu nennen, wurden ersatzweise entsprechende Kategorien abgefragt<sup>5</sup>.

---

<sup>4</sup> Das Fragebogendesign erlaubte es, die Einkommensangaben in der Befragung auf Plausibilität zu untersuchen. Dabei wurde zunächst nach dem gesamten Haushaltsnettoeinkommen gefragt. Anschließend wurden für jedes Haushaltsmitglied differenziert die Einkommensarten und -höhen abgefragt. Durch Summieren dieser Einzelangaben konnte so eine Kontrollgröße gewonnen werden. Bei einer zu großen Abweichung zwischen diesen beiden Werten (+/- 50 %) wurde die Einkommensangabe als unplausibel zurückgewiesen.

<sup>5</sup> Die Kategorienbildung wurde von infas in Anlehnung an ähnliche Umfragen vorgenommen.

## 2.4 Sozio-demographische Strukturdaten

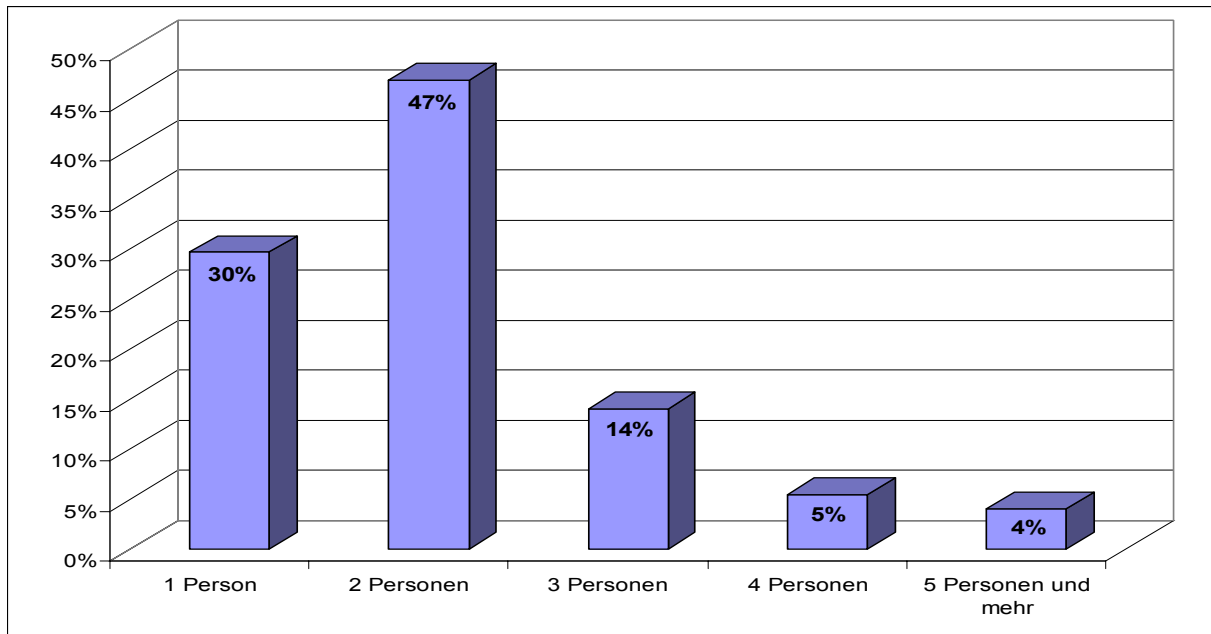
Im Rahmen der Untersuchung wurden 5.013 Haushalte befragt, in denen älteren Menschen im Alter von 55 bis 80 Jahren leben<sup>6</sup>. Im folgenden werden zentrale sozio-demographische Strukturmerkmale dieser Befragtengruppe dargestellt, um insgesamt eine bessere Einschätzung der Ergebnisse dieser Studie zu ermöglichen, und Angaben zur Größe und Struktur der Haushalte, zur beruflichen Stellung und Tätigkeit des Haupteinkommensbeziehers sowie zur Binnenstruktur einzelner Haushaltstypen gemacht.

### Haushaltsgröße und -struktur

Die Haushaltsgröße ist ein wesentlicher Parameter sowohl für die Einkommenserzielung als auch für die –verwendung: Je nachdem, wie viele und welche Mitglieder in einem Haushalt wohnen und gemeinsam wirtschaften, ergeben sich unterschiedliche Ausgabeerfordernisse und -präferenzen. Der Vergleich der befragten Haushalte nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder (vgl. Abbildung 1) zeigt, dass die Befragten überwiegend in Zwei-Personen-Haushalten (46,9 Prozent) wohnen. Es folgen Ein-Personen-Haushalte mit einem Anteil von 29,7 Prozent und Drei-Personen-Haushalten mit einem Anteil von 14 Prozent. Relativ unbedeutend sind dagegen in der vorliegenden Stichprobe Haushalte mit vier Personen (5,4 Prozent) oder mit mehr als vier Personen (4 Prozent).

---

<sup>6</sup> Insgesamt lebten in diesen Haushalten 10.508 Personen. Davon waren 7.288 Personen, d.h. fast 70 %, im Alter zwischen 55 und 80 Jahren.



**Abbildung 1: Verteilung der Haushaltsgrößen in der Stichprobe (N=5013)**

Die befragten Haushalte können des weiteren nach geschlechtsspezifischen Merkmalen und den vorliegenden Sozialbeziehungen unterschieden werden. In Tabelle 1 sind die daraus hervorgehenden Haushaltstypen ersichtlich. Es zeigt sich, dass Paarhaushalte ohne Kinder (43,8 Prozent) in der Stichprobe am häufigsten vertreten sind. Es folgen weibliche Singlehaushalte mit einem Anteil von 24,2 Prozent. Paare mit (zumeist erwachsenen) Kindern stellen einen Anteil von 10,6 Prozent. Von Bedeutung sind zudem noch männliche Singlehaushalte mit einem Anteil von 5,5 Prozent, Paare mit zwei Kindern mit einem Anteil von 3,7 Prozent und ein Elternteil mit einem Kind mit einem Anteil von 2,7 Prozent. Alle anderen Haushaltstypen haben quantitativ kaum eine Bedeutung.

<i>Haushaltstyp</i>	<i>Anzahl</i>	<i>Prozent</i>
(Ehe-)Paar (hetero- u. homosexuell)	2.196	43,8 %
Singlehaushalt weiblich	1.213	24,2 %
Singlehaushalt männlich	275	5,5 %
(Ehe-)Paar & ein Kind	532	10,6 %
Elternteil mit Kind	135	2,7 %
(Ehe-)Paar & zwei Kinder	184	3,7 %
(Ehe-)Paar & ein Elternteil	68	1,3 %
Erwachsener & zwei Kinder	37	0,7 %
Erwachsener & eine sonstige Person	8	0,2 %
Zwei Geschwister	6	0,1 %
(Ehe-)Paar & ein Enkel	7	0,1 %
Erwachsener & drei Kinder	6	0,1 %
Großelternanteil mit Elternteil und Kind	11	0,2 %
Großelternanteil-Enkel	3	0,1 %
sonstige Haushaltskonstellationen	332	6,6 %
<b>N</b>	<b>5.013</b>	<b>100 %</b>

**Tabelle 1: Haushaltsstruktur der Stichprobe**

Betrachtet man die aktuelle bzw. (bei den Rentnern bzw. Pensionären<sup>7</sup>) ehemalige berufliche Stellung des Haupteinkommensbeziehers<sup>8</sup>, so erkennt man, dass 76,9 Prozent der Haushalte zu derjenigen Gruppe gehören, die klassischerweise als „Arbeiter- und Angestelltenhaushalte“ bezeichnet werden (vgl. Abbildung 2). Dagegen sind 14,1 Prozent der Haushalte „Beamtenhaushalte“ und nur 9 Prozent gehören zu den „Selbstständigenhaushalten“<sup>9</sup>.

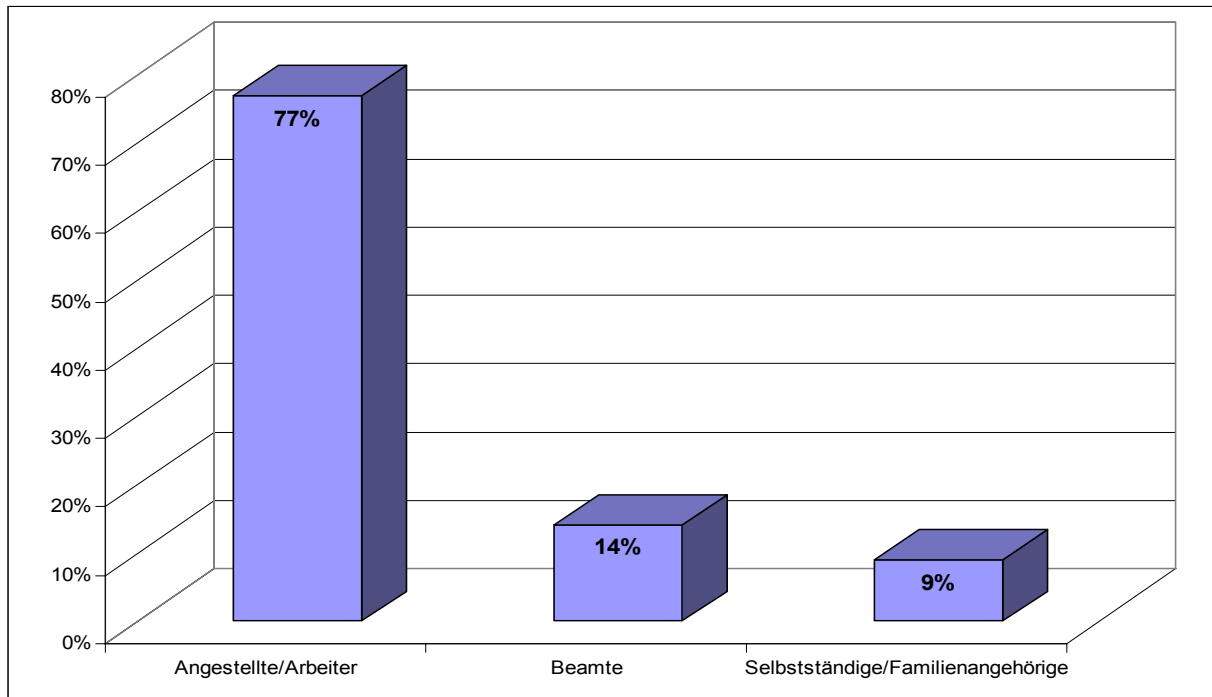


Abbildung 2: Berufliche Stellung des Haupteinkommensbeziehers (N=4422)

Die berufliche Tätigkeit des Haupteinkommensbeziehers ist in Abbildung 3 dargestellt. Insgesamt überwiegen die Haushalte, in denen der Haupteinkommensbezieher Rentner oder Pensionär ist (65,7 Prozent). Dabei nimmt der Anteil der Rentner- und Pensionärshaushalte mit steigender Haushaltsgröße deutlich ab. So ist der Haupteinkommensbezieher in Haushalten mit drei und mehr Personen nur noch in 34,1 Prozent der Fälle in Rente. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass hier verstärkt jüngere Haushaltsmitglieder erfasst wurden, die in der Regel noch erwerbstätig sind.

<sup>7</sup> Die Begriffe „Rentner“ und „Pensionär“ werden im folgenden weitgehend synonym benutzt.

<sup>8</sup> Als „Haupteinkommensbezieher“ wird diejenige Person bezeichnet, die den höchsten Anteil am Haushaltsnettoeinkommen hat, unabhängig davon, ob diese Person im Zielgruppenalter zwischen 55 und 80 Jahren ist. Dies erscheint im Haushaltskontext unbedeutend. Allerdings ist zu erwähnen, dass nicht in allen Haushalten der Haupteinkommensbezieher eindeutig identifiziert werden konnte, weil beispielsweise bei zwei Haushaltsmitgliedern Einkommen in gleicher Höhe zu verzeichnen waren.

<sup>9</sup> Die mithelfenden Familienangehörigen werden aufgrund ihrer strukturellen Position zu den Selbstständigen gerechnet.

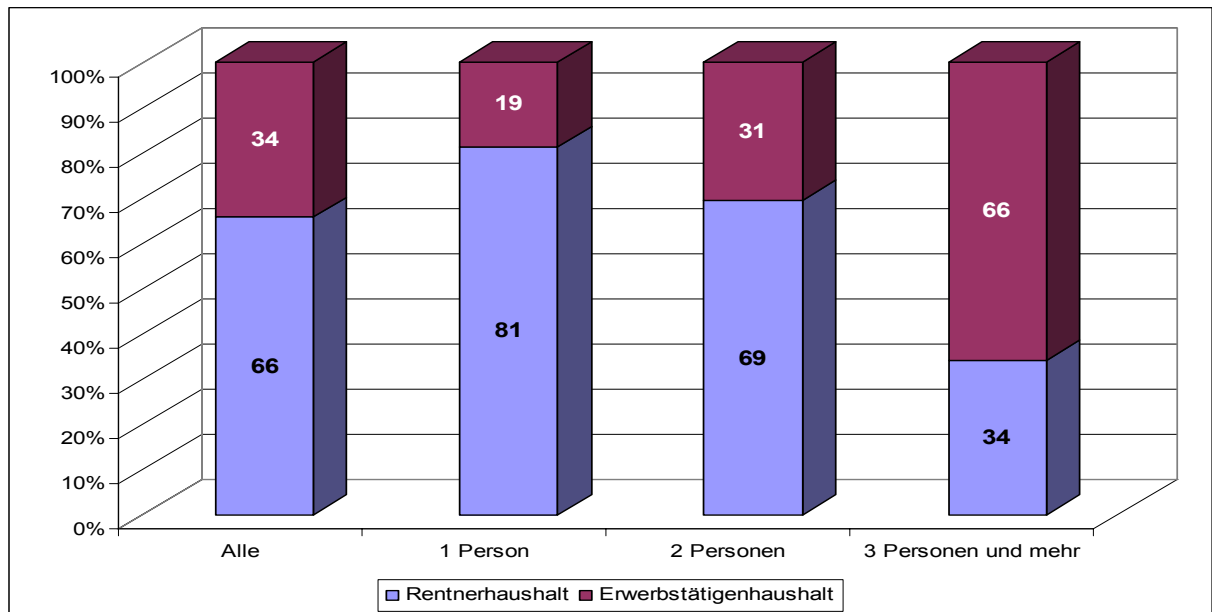


Abbildung 3: Berufliche Tätigkeit des Haupteinkommensbeziehers nach Haushaltsgröße (N=4461)

Hinsichtlich der Staatsangehörigkeit zeigt sich, dass hauptsächlich Haushalte mit ausschließlich deutschen Bewohnern zu finden sind (95,9 Prozent). Haushalte in denen nur ausländische Personen (im Sinne des Staatsbürgerrechts) wohnen, sind dagegen fast gar nicht in der Stichprobe vertreten (1,4 Prozent).

### Binnenstruktur einzelner Haushaltstypen

Die interne Differenzierung der Ein-Personen-Haushalte nach Alter und Geschlecht (vgl. Abbildung 4) zeigt deutlich, dass Frauen in allen Altersgruppen der Ein-Personen-Haushalte dominieren. Über alle Ein-Personen-Haushalte hinweg sind 81,6 Prozent der Bewohner weiblich, nur 18,4 Prozent männlich. Dabei steigt der Anteil der weiblichen Haushalte von 75 Prozent bei den 55- bis 65jährigen auf 90,4 Prozent bei den 75- bis 80jährigen.

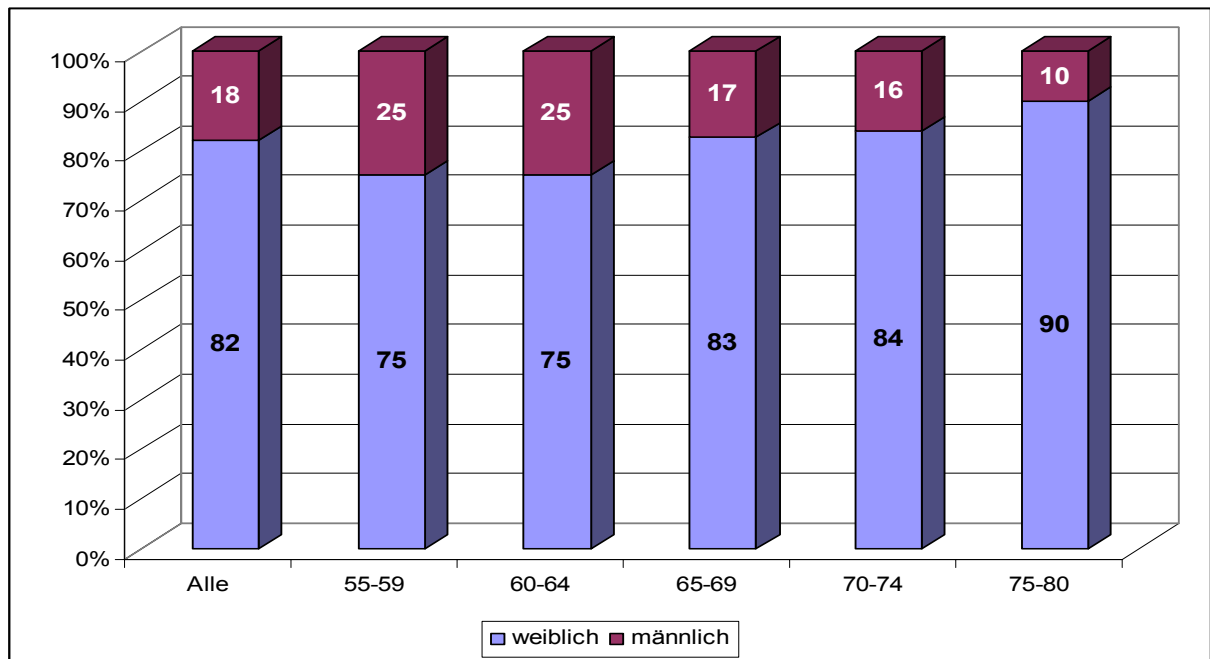


Abbildung 4: Geschlechtsverteilung in Ein-Personen-Haushalten nach Alter (N=1486)

Werden die Bewohner der Ein-Personen-Haushalte genauer nach ihrem jeweiligen Familienstand differenziert, so zeigt sich, dass die alleinlebenden Frauen zumeist verwitwet sind (63,8 Prozent). Dabei steigt der Anteil der Witwen von 38,5 Prozent bei den 55- bis 59jährigen auf 78,6 Prozent bei den 75- bis 80jährigen an.

In Zwei-Personen-Haushalten, die wie erwähnt den größten Anteil an allen Haushalten stellen, überwiegen eindeutig die Paarhaushalte<sup>10</sup> (93,5 Prozent). Daneben haben nur noch Haushalte, in denen ein Elternteil mit einem Kind zusammenlebt, eine nennenswerte Bedeutung (5,7 Prozent).

<sup>10</sup> Der Status als Paarhaushalt wurde in der Untersuchung über die Selbstauskunft der Befragten erfasst. Eine formale Eintragung des Paarstatus (durch Hochzeit, Eintragung als nichteheliche Lebensgemeinschaft etc.) wurde nicht als Kriterium angelegt.

### 3 Einkommens- und Vermögenssituation der Haushalte älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen

Haushalte verfügen über verschieden hohe ökonomische, regelmäßig reproduzierte Ressourcen (monatliches Haushaltseinkommen). In einschlägigen Studien zur Armut- und Reichtumsforschung (vgl. z.B. Hanesch et al. 2000, BMAS 2001a & 2001b) werden zur Differenzierung dieser ökonomischen Situationen bzw. der Wohlstandsniveaus üblicherweise die Begriffe „arm“, „wohlhabend“ und „reich“ genutzt.

Diese Studie wird im weiteren Verlauf diese begriffliche Einteilung nicht verwenden, um die politischen Konnotationen der Termini zu umgehen. Stattdessen werden die folgenden (dieser Trias entsprechenden) **Kaufkrafttypen** eingeführt: „schwache“, „mittlere“ und „starke Kaufkraft“, um die grundsätzliche Differenzierung aufrechtzuerhalten und dadurch Aussagen zur tatsächlichen Wirtschaftskraft der Grundgesamtheit zu ermöglichen.

Zur Bestimmung der äquivalenten Kaufkraft der Haushalte, also eines Kaufkraftvergleichs, ist es notwendig, die Haushaltsgröße und das Alter der Haushaltmitglieder zu berücksichtigen, um die Einsparpotenziale gemeinsamer Haushaltsführung realistisch nachbilden zu können. Aus diesem Grund wurde in der Studie auf das Konzept des Nettoäquivalenzeinkommens zurückgegriffen. Hierbei wird ein Pro-Kopf-Einkommen berechnet, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch einen die Haushaltsstruktur darstellenden Faktor dividiert wird. Dieser Faktor wird entsprechend des Gewichtungsvorschlags<sup>11</sup> der neuen OECD-Skala berechnet. Demnach wird dem ersten Erwachsenen der Faktor „1“ zugewiesen und allen weiteren Erwachsenen im Haushalt der Faktor „0,5“. Kinder bis zu einem Alter unter 14 Jahren erhalten einen Faktor „0,3“. Die Teilfaktoren werden anschließend addiert. Beispielsweise erhält so eine Familie mit zwei Erwachsenen und einem Kind unter 14 Jahren den Äquivalenzfaktor „1,8“ zugewiesen. Erwirtschaftet diese Familie nun beispielsweise monatlich ein Haushaltsnettoeinkommen von 2.500 €, so liegt das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen, das Nettoäquivalenzeinkommens, in dieser Familie bei 1.388,89 €. Natürlich steht dieser Betrag dem Einzelnen nicht real zur Verfügung, sondern er repräsentiert nur ein äquivalentes Wohlstandsniveau

---

<sup>11</sup> Die jeweilige Berechnungsgrundlage ist in der wissenschaftlichen und sozialpolitischen Literatur nicht einheitlich. Ohne auf diesen Umstand an dieser Stelle detailliert eingehen zu können, sei hier angemerkt, dass sich natürlich durch unterschiedliche Berechnungsweisen und Grenzwerte auch unterschiedliche Anteile der jeweiligen Kaufkrafttypen bzw. Kaufkrafttypen ergeben können (vgl. z.B. BMAS 2001a, 2001b). Zudem ist darauf hinzuweisen, dass sich diese Kaufkrafttypen ausschließlich an regelmäßigen Einkünften orientieren, ein eventueller Kapitalverzehr aus Vermögen wird nicht berücksichtigt.



bzw. die äquivalente Kaufkraft.

In einem nächsten Schritt kann dieser Wert in Beziehung zum bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland<sup>12</sup> gesetzt werden. Dadurch erhält man eine rangmäßige Einordnung des Haushalts und kann einschätzen, ob der Haushalt über ein durchschnittliches oder über ein über- bzw. unterdurchschnittliches Einkommen verfügt. In der vorliegenden Studie wurden zudem Grenzbeträge gesetzt, die es ermöglichen, die Haushalte in drei Gruppen aufzuteilen: Haushalte mit „schwacher“, „mittlerer“ und „starker Kaufkraft“. Diese Grenzen wurden ebenfalls nach Vorgaben der neuen OECD-Skala gewählt, d.h., dass ein Haushalt, in dem das Nettoäquivalenzeinkommen bei weniger als 60 % des Median des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens in Deutschland liegt, als „kaufkraftschwach“ bezeichnet wird, ein Haushalt, in dem das Einkommen über 200 % des Durchschnittwertes für Deutschland liegt, als „kaufkraftstark“. Die Haushalte zwischen diesen beiden Grenzen werden als Haushalte mit „mittlerer Kaufkraft“ bezeichnet.

---

<sup>12</sup> Für das Jahr 2001, auf das sich die Angaben dieser Studie beziehen, liegen bisher keine Daten zum Nettoäquivalenzeinkommen für das gesamte Bundesgebiet vor. Daher wird hier die Veröffentlichung „Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, als Referenzquelle genutzt (BMAS 2001b: 47). Der Median liegt hier für das Jahr 1998 (neue OECD-Skala) bei DM 3.037. Der durchschnittliche jährliche Anstieg (1973-1998) des Medians betrug etwa 80 DM, so dass sich für 2001 ein geschätzter Betrag von DM 3.277 ergibt. Dies entspricht 1.670 €.

## 3.1 Einkommen

### 3.1.1 Einkommenssituation der Haushalte mit älteren Menschen

Als eines der zentralen Ergebnisse dieser Studie gilt, dass die große Mehrheit der älteren Menschen (über 80 Prozent) in einer finanziell guten bis sehr guten Einkommenssituation lebt (vgl. Abbildung 5). Dieses Ergebnis bestätigt die These, dass älteren Menschen in ihrer Rolle als Konsumenten bereits heute eine große Bedeutung zukommt.

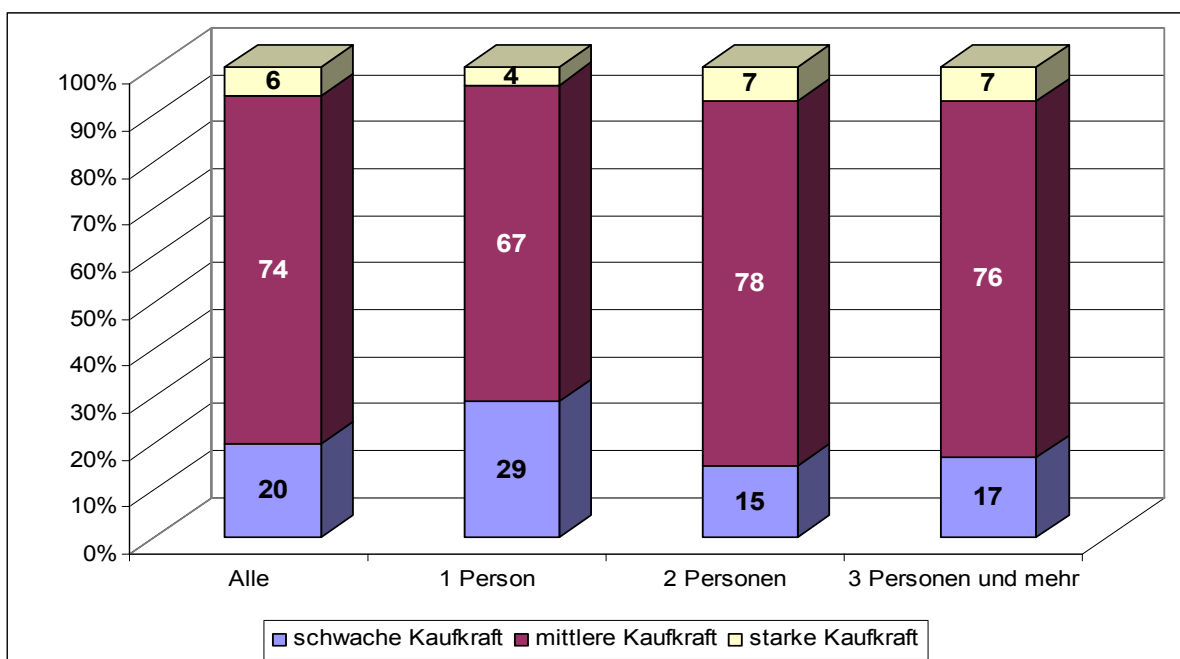


Abbildung 5: Anteil des jeweiligen Kaufkrafttypen insgesamt und nach Haushaltsgröße (N=4282)

Dies wird auch an der Höhe des durchschnittlich ermittelten Nettoeinkommens aller Haushalte ersichtlich: Demnach verfügt ein einzelner Haushalt in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich über einen Betrag von 2.550 € im Monat<sup>13</sup>, der zur Deckung von Gütern des täglichen Bedarfs sowie zur Finanzierung individueller Konsumwünsche verwendet werden kann.

Trotz des durchschnittlich hohen Monatseinkommens zeigen sich bei einer differenzierten Betrachtung der Einkommenssituation älterer Menschen erhebliche Einkommensunterschiede.

<sup>13</sup> Dieser Betrag kann als zuverlässig eingeschätzt werden, da er überwiegend auf der Nennung von Absolutbeträgen beruht. Allerdings ist zu bedenken, dass in einer Telefonstichprobe, in der die Angaben freiwillig getätigt wurden, eine gewisse Überschätzung vorliegen könnte.

In Abhängigkeit von der sozialen bzw. beruflichen Position, dem Geschlecht sowie dem Alter der Befragten fallen Einnahmen unterschiedlich hoch aus. An der ersten Stelle der Einkommenshierarchie finden sich die Haushalte sowohl erwerbstätiger (4.294 €) als auch pensionierter (3.156 €) **Beamter**. Diese Haushaltsgruppe nimmt nicht nur die durchschnittlich beste Position hinsichtlich des monatlichen Einkommens ein; sie kann auch in der Verteilung ihrer Kaufkraft als relativ homogen bezeichnet werden.

Die zweite Position kommt der Gruppe der **Selbstständigen** zu (erwerbstätig: 4.287 €, im Ruhestand: 2.190 €). Ein charakteristisches Merkmal dieser Haushalte ist jedoch ihre relative Einkommensheterogenität: Unter den befragten Haushalten befinden sich sowohl Haushalte mit einem sehr hohen als auch solche mit einem eher niedrigen Einkommen. Diese großen Einkommensunterschiede sind ein Hinweis auf eine ungleiche Verteilung der Kaufkraft der Selbständigenhaushalte in Nordrhein-Westfalen.

Gegenüber den Beamten und Selbstständigen verfügen **Arbeiter- und Angestelltenhaushalte** über ein deutlich niedrigeres Einkommen im Monat (Erwerbstätigenhaushalt: 3.027 € bzw. Rentnerhaushalt: 1.936 €). Obwohl auch hier Differenzen zu erkennen sind, darf angenommen werden, dass vor allem ehemalige Arbeiter- und Angestelltenhaushalte über eher kleine Spielräume für individuelle Konsumausgaben verfügen.

Beim Blick auf **geschlechtsbedingte Einkommensunterschiede** zeigt sich insbesondere bei den Single-Haushalten, dass Frauen in allen Altersgruppen zu den in Bezug auf Einkommen deutlich benachteiligten Personen gehören (vgl. Abbildung 6). Die Einkommenssituation der weiblichen Haushalte verschlechtert sich sogar noch leicht mit zunehmendem Alter. Denn nicht nur das Geschlecht, sondern auch das **Alter** der befragten Personen spielen beim Einkommen eine Rolle: Sowohl in Single- als auch in Zwei-Personen-Haushalten zeigte sich ein leichter Rückgang der monatlichen Einkommenshöhe mit steigendem Durchschnittsalter der befragten Bewohner/innen.

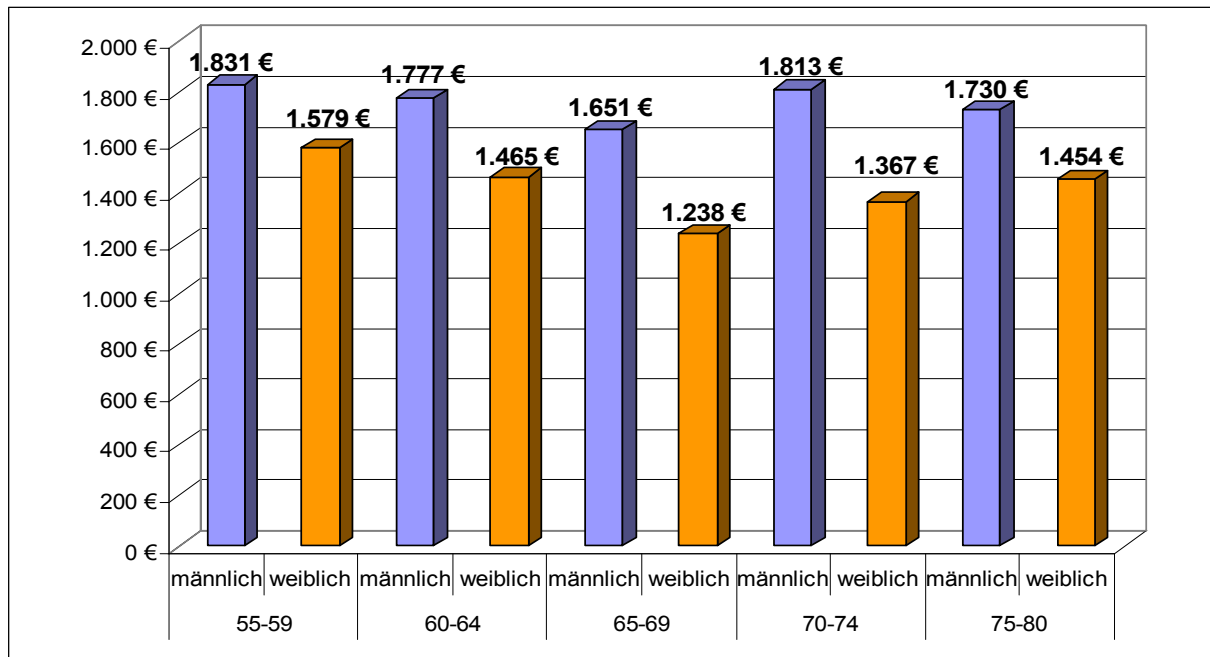


Abbildung 6: Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen in Ein-Personen-Haushalten nach Alter und Geschlecht (N=1317)

### Einkommensquellen der Seniorenhaushalte

Die monatlichen Nettoeinkommen Älterer in Nordrhein-Westfalen speisen sich vornehmlich aus den Leistungen der Alterssicherungssysteme (vgl. Tabelle 2). Etwas über 50 Prozent aller Einkommen der Haushalte, in denen Senioren im Alter zwischen 55 und 80 Jahren leben, stammen aus **Renten und Pensionen**. Dieser Anteil steigt mit dem Alter der befragten Haushaltsmitglieder erwartungsgemäß an. Einkünfte aus **Erwerbsarbeit** machen die zweitbedeutendste Einkommensquelle aus und betragen mehr als ein Viertel (ca. 27 Prozent) des Gesamteinkommens der entsprechenden Haushalte. Allen anderen Einkommensquellen, wie Kapitalerträgen (Einkünften aus Vermietung und Verpachtung, Lebensversicherungen und Zinserträgen u.a.), aber auch Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld und -hilfe, kommt eine nachrangige Bedeutung zu.

Wendet man sich den Einkommensquellen der einzelnen Kaufkrafttypen zu, sind in den Arten der erzielten Einkünfte einige charakteristische Unterschiede erkennbar. Bei den **kaufkraftstarken Haushalten** haben Einkommen aus Erwerbsarbeit ein hohes Gewicht. Gleichzeitig spielen in diesen Haushalten Einkünfte aus Kapitalanlagen (inklusive Vermietung und Verpachtung) eine wesentliche Rolle. Im Gegensatz dazu kommt der letztgenannten Einkommensquelle in Haushalten mit einer **schwachen Kaufkraft** fast keine Bedeutung zu. Während etwa kaufkraftschwache Zwei-Personen-Haushalte nur 1,8 Prozent ihres Haushaltsnettoein-

kommens aus Kapitalerträgen beziehen, sind es bei Haushalten mit mittlerer Kaufkraft fast 5 Prozent und kaufkraftstarke Haushalte kommen sogar auf 18,4 Prozent. Gleichzeitig ist zu erkennen, dass die Haupteinkommensquelle der kaufkraftschwächeren Haushalte aus Renteneinkünften besteht. So decken Einkommen aus Renten durchschnittlich 67,6 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens aller kaufkraftschwachen Haushalte.

Einkommensquelle	insgesamt	1 Person			2 Personen			3 Personen und mehr		
		Kaufkraft			Kaufkraft			Kaufkraft		
		schwach	mittel	stark	schwach	mittel	stark	schwach	mittel	stark
Erwerbsarbeit	26,6 %	3,7 %	17,6 %	24,2 %	9,8 %	24,9 %	44,8 %	35,9 %	52,3 %	61,7 %
Rente	51,1 %	74,8 %	64,2 %	46,2 %	67,6 %	53,7 %	30,5 %	29,1 %	22,3 %	12,4 %
Übergangsgelder	3,3 %	3,7 %	1,8 %	0,0 %	6,7 %	3,0 %	2,0 %	7,3 %	3,7 %	2,2 %
Kapitalerträge	5,2 %	2,1 %	5,6 %	18,8 %	1,8 %	4,9 %	18,4 %	2,0 %	4,5 %	15,6 %
Staatliche und kommunale Leistungen	1,9 %	4,5 %	0,2 %	0,2 %	0,9 %	0,2 %	0,3 %	7,1 %	3,8 %	2,0 %
sonstiges	11,9 %	11,2 %	10,7 %	10,6 %	13,2 %	13,2 %	3,9 %	18,5 %	13,5 %	6,2 %
<b>N</b>	<b>4282</b>	<b>380</b>	<b>886</b>	<b>50</b>	<b>307</b>	<b>1577</b>	<b>147</b>	<b>159</b>	<b>708</b>	<b>68</b>

Tabelle 2: Relative Bedeutung der jeweiligen Einkommensart in allen Haushalten am Haushaltsnettoeinkommen

### 3.1.2 Vermögen und Immobilienbesitz der Seniorinnen und Senioren in Nordrhein-Westfalen

Für eine Einschätzung der materiellen Lage von Haushalten älterer Menschen sowie der potenziellen Konsummöglichkeiten von Senioren in Nordrhein-Westfalen, spielen – neben dem monatlichen Nettoeinkommen – der Besitz von Immobilien und Geldvermögen eine wesentliche Rolle. Das dem einzelnen Haushalt zur Verfügung stehende Barvermögen sowie der Besitz von Wohneigentum und anderen Immobilien, bestimmen den finanziellen Rahmen, innerhalb dessen individuelle Konsumbedürfnisse befriedigt werden können, maßgeblich mit.

Die Verfügbarkeit über Barvermögen<sup>14</sup> und Immobilien weist ähnliche Verteilungsmuster auf wie im Fall der bereits oben dargestellten Einkommensunterschiede. Sowohl Geld als auch

<sup>14</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass eine im Vergleich zu anderen Items sehr hohe Zahl von Befragten die Auskünfte zu diesen Fragen verweigerte. In die Auswertung sind nur die gültigen Fälle eingeflossen.

Eigentum sind in Abhängigkeit von der beruflichen Position sowie der Haushaltsgröße der befragten Personen unterschiedlich vorhanden. Teilweise erhebliche Differenzen bestehen gleichzeitig zwischen den drei genannten Kaufkrafttypen. Der enge Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Vermögensbesitz ist kein zufälliger: Er kann in erster Linie dadurch erklärt werden, dass bei einem lebenslang hohen Erwerbseinkommen die Chancen für einen Immobilienkauf bzw. ein effizientes Sparverhalten besser sind.

### Barvermögen in Seniorenhaushalten

Die Haushalte mit älteren Menschen in Nordrhein-Westfalen verfügen über beträchtliche Barvermögen (vgl. Abbildung 7). Betrachtet man die Vermögenssituation aller Haushalte unabhängig von ihrer Größe, so zeigt sich eine folgende Verteilung: ca. 15 % aller Haushalte verfügen über Gelder in Höhe von unter 2.550 €. Mehr als einem Viertel (rd. 27 %) steht ein Betrag von 2.550 € bis 12.750 € zur Verfügung. Fast ein Drittel aller Haushalte (29,6 %) ist im Besitz von 12.750 € bis 51.000 € und einem weiteren Anteil von ca. 14 % aller Haushalte stehen Gelder in Höhe zwischen 51.000 € und 510.000 €. zur Verfügung. Rund ein Prozent der Haushalte besitzt sogar ein darüber hinausgehendes Barvermögen.

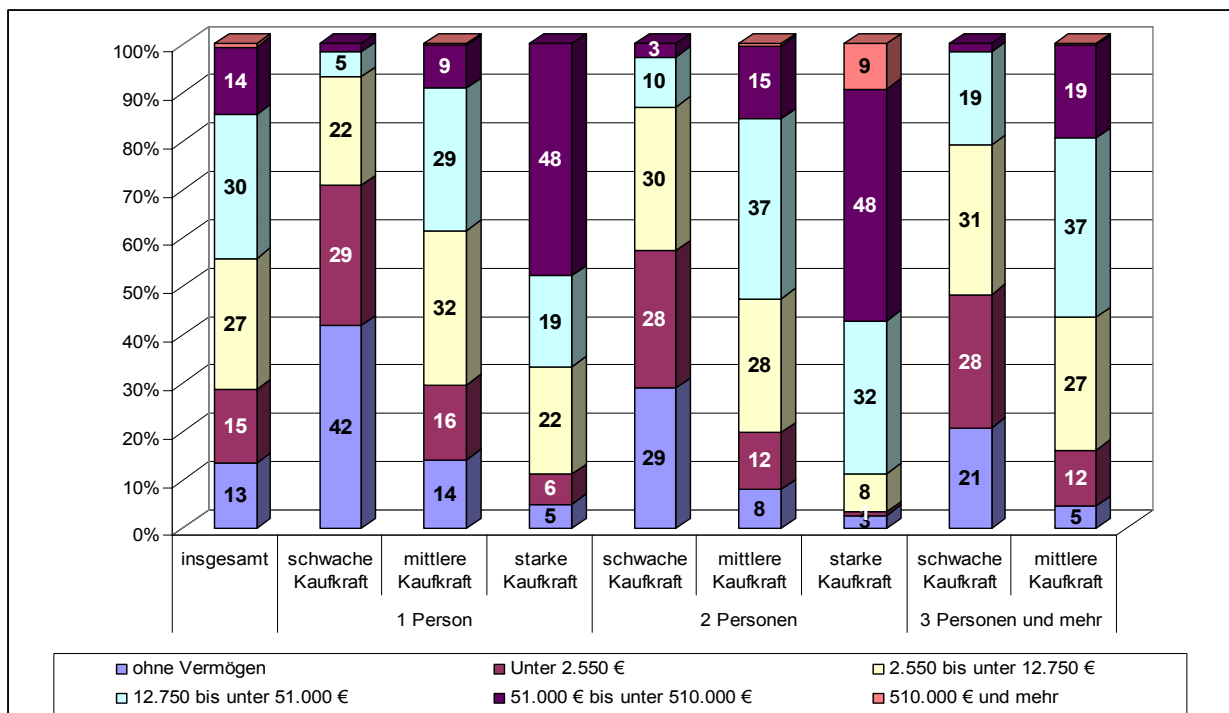


Abbildung 7: Barvermögen der befragten Haushalte nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp (N=3971)

Vermögensbestände wirken sich auf die **Kaufkraft** eines Haushaltes aus. Je höher die Kaufkraft eines Haushaltes bewertet wird, desto wahrscheinlicher ist, dass dieser Haushalt im Be-

sitz von Geldvermögen ist. Betrachtet man den Zusammenhang zwischen der Kaufkraftstärke und der Verteilung des Vermögens am Beispiel der Singlehaushalte, so zeigt sich, dass nur 58 Prozent der kaufkraftschwachen Ein-Personen-Haushalte über Barvermögen verfügen. Unter den alleine wohnenden Älteren, die zu den kaufkraftstärksten gehören, verfügen dagegen 95 Prozent über Vermögen. Die Kaufkraft bestimmt sich jedoch nicht alleine durch die Tatsache, über Geldbestände zu verfügen, sondern gleichzeitig durch deren (absolute) Höhe. Während sich bei den kaufkraftstarken Haushalten durchaus solche mit einem Geldvermögen von mehr als 510.000 € finden, gehören derartige Wertbestände in den Gruppen mit mittlerer Kaufkraft eher zur Ausnahme.

Die Verfügbarkeit über größere Geldbestände variiert in Abhängigkeit von dem **Alter** der Befragten sowie deren **Haushaltsgröße**. Die alleine lebenden Senioren der älteren Kohorten verfügen deutlich seltener über Bargeldbestände: Nur ca. 26 Prozent der 75- bis 80jährigen verfügt überhaupt über solche Gelder. Ein ähnlicher Zusammenhang besteht bei den Zwei-Personen-Haushalten: Im hohen Alter ist man nicht nur seltener im Besitz von Barvermögen, bei hochaltrigen Paaren fällt auch dessen Höhe geringer aus. Nichtsdestotrotz gibt es unter den Senioren auch Personen, die über sehr hohe Vermögenswerte verfügen. Der größte Anteil an Älteren mit einem sehr hohen Vermögen befindet sich in der Gruppe der 60- bis 64jährigen. Hier besitzen fast 13 Prozent der Haushalte mehr als 51.000 €.

Hinsichtlich der **beruflichen Stellung** des Haupteinkommensbeziehers ist zu erkennen, dass hier insbesondere Beamte und Selbstständige auf größere Vermögen zurückgreifen können. 22,5 Prozent der Beamten und 30,7 Prozent der Selbstständigen sind im Besitz eines Geldvermögens von mehr als 51.000 €. Während die Beamtenhaushalte fast durchgehend über derartige Gelder verfügen (nur 4 Prozent haben *kein* Barvermögen!), fällt die Vermögensverteilung in der Gruppe der Selbstständigen differenzierter aus. Neben 12 Prozent, die kein Vermögen haben, existiert eine kleine Gruppe von Personen, die auf Barvermögen von über 510.000 € zurückgreifen kann. Bei Arbeiter- und Angestelltenhaushalten ist nicht nur der Besitz von Barvermögen seltener – 15 Prozent der Befragten besitzen *kein* Vermögen –, sondern auch die Höhe der Barbestände fällt geringer aus.

Die Vermögenssituation der Senioren variiert darüber hinaus – ähnlich wie im Falle des Einkommens – in Abhängigkeit vom **Geschlecht**. Auch hier ist die deutliche Benachteiligung der Frauen zu erkennen. Während fast 24 Prozent der älteren Frauen kein Barvermögen haben, sind es bei Männern 14 Prozent. Auch bei den „Spitzenvermögenden“ finden sich fast ausschließlich Männer. Während nur 6,5 Prozent der Frauen auf Gelder im Wert von über 51.000

€ zurückgreifen können, sind es bei Männern fast 16 Prozent.

### 3.1.3 Immobilienbesitz

Insgesamt besitzen 62,3 Prozent der befragten Haushalte Immobilien (Haus, Wohnung, Grundstück, Halle etc.). Der Immobilienbesitz wird hierbei unabhängig davon betrachtet, ob die Mitglieder des Haushalts ihn für eigene Wohnzwecke nutzen.

Zu erkennen ist, dass der Immobilienbesitz mit zunehmender Haushaltsgröße und steigender Kaufkraft zunimmt (vgl. Abbildung 8). Während zum Beispiel kaufkraftschwache Ein-Personen-Haushalte nur eine Besitzquote von 23,9 Prozent aufweisen, beträgt diese bei kaufkraftstarken Haushalten gleicher Größe 79,7 Prozent. Des weiteren verfügt in kaufkraftstarken Haushalten mit drei oder mehr Personen und einer Besitzquote von über 98 Prozent fast jeder Haushalt über Immobilieneigentum, in kaufkraftschwachen Haushalten gleicher Größe hingegen nur knapp zwei Drittel.

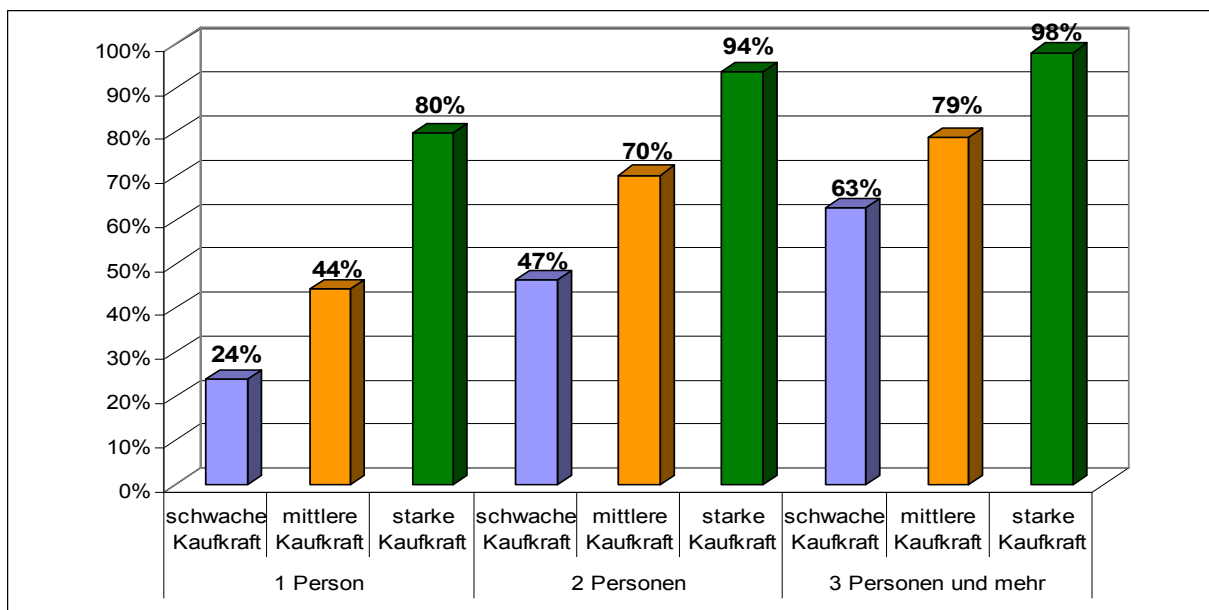


Abbildung 8: Anteil der Immobilienbesitzer nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp (N=4282)

In Abbildung 9 wird der Anteil der Immobilienbesitzer nach Haushaltsgröße und beruflicher Stellung des Haupteinkommensbezieher differenziert. Gut zu erkennen ist, dass die Gruppe der Arbeiter und Angestellten hinsichtlich des Immobilienbesitzes deutlich gegenüber den Gruppen der Beamten und Selbstständigen abfällt. Die beiden letzteren Gruppen ähneln sich tendenziell, allerdings verfügen die Beamtenhaushalte anteilmäßig über einen leicht höheren Immobilienbesitz.



Der Immobilienbesitz ist nicht nur von der beruflichen Stellung abhängig, sondern nimmt auch unabhängig davon mit der Haushaltsgröße zu: Von den Beamten besitzen 59,2 Prozent der Ein-Personen-Haushalte Immobilien, 81,9 Prozent der Zwei-Personen-Haushalte und 90,9 Prozent der Haushalte mit drei oder mehr Personen. In Ein-Personen-Haushalten mit einem selbstständigen Bewohner liegt der Besitzquote dieser Gruppe bei 56,2 Prozent, in den größeren Haushalten jeweils um ca. 83 Prozent. In Ein-Personen-Haushalten haben Arbeiter und Angestellte eine Besitzquote von 36,7 Prozent, in Zwei-Personen-Haushalten dagegen immerhin schon von 63,7 Prozent, in noch größeren Haushalten von 71,8 Prozent.

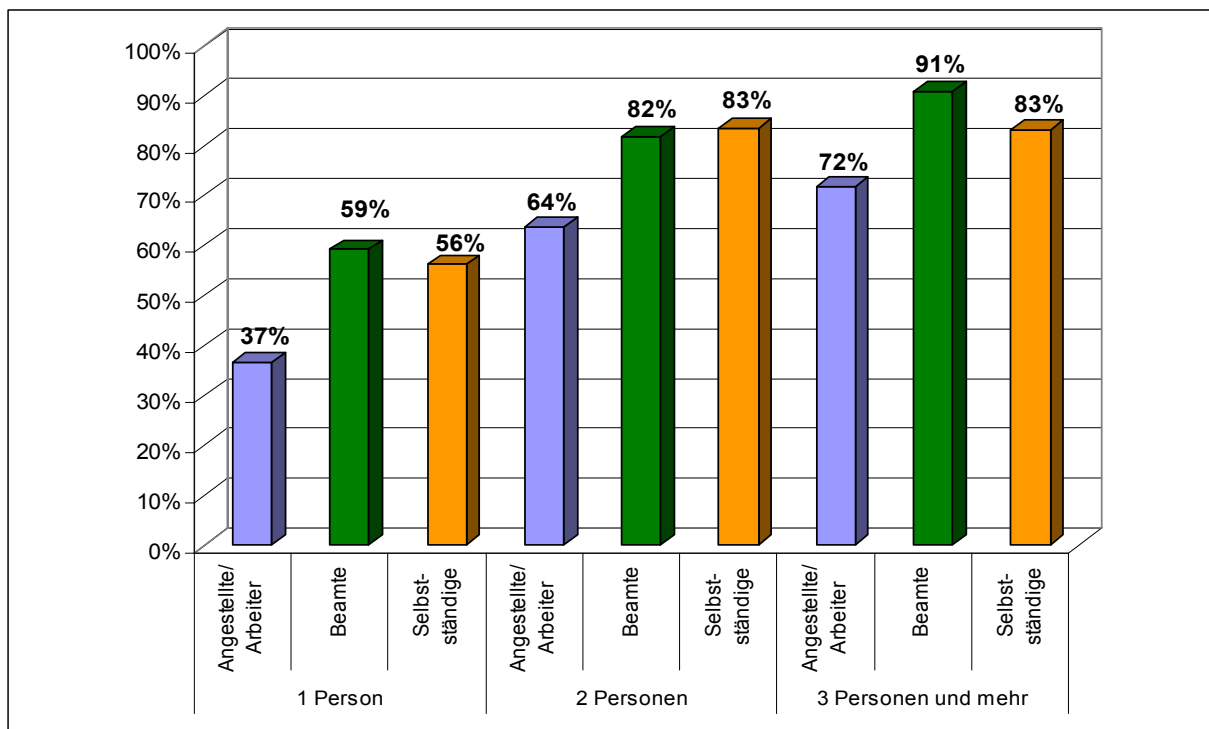


Abbildung 9: Anteil der Immobilienbesitzer nach Haushaltsgröße und beruflicher Stellung des Haupteinkommensbeziehers (N=3900)

### 3.1.4 Einkommens- und Vermögenssituation – Zusammenfassung

Im Hinblick auf die potenziell zu mobilisierenden Kaufkraftpotenziale der Seniorenhaushalte in Nordrhein-Westfalen lässt sich resümierend festhalten, dass 80 Prozent der Haushalte in einer guten bis sehr guten Einkommenssituation leben. Gleichzeitig verfügt ein hoher Anteil der Haushalte über erhebliche Barvermögen. Trotz weiterhin bestehender Altersarmut, die sich von Region zur Region anders gestaltet, belegt die Studie, dass der überwiegende Teil der Senioren und Seniorinnen in Nordrhein-Westfalen über beträchtliche Kaufkraftpotenziale verfügt. Im weiteren Schritt wird somit zu untersuchen sein, für welche Güter bzw. Dienstleistungen ältere Menschen ihr Einkommen verwenden und welche Konsummuster zu beobach-

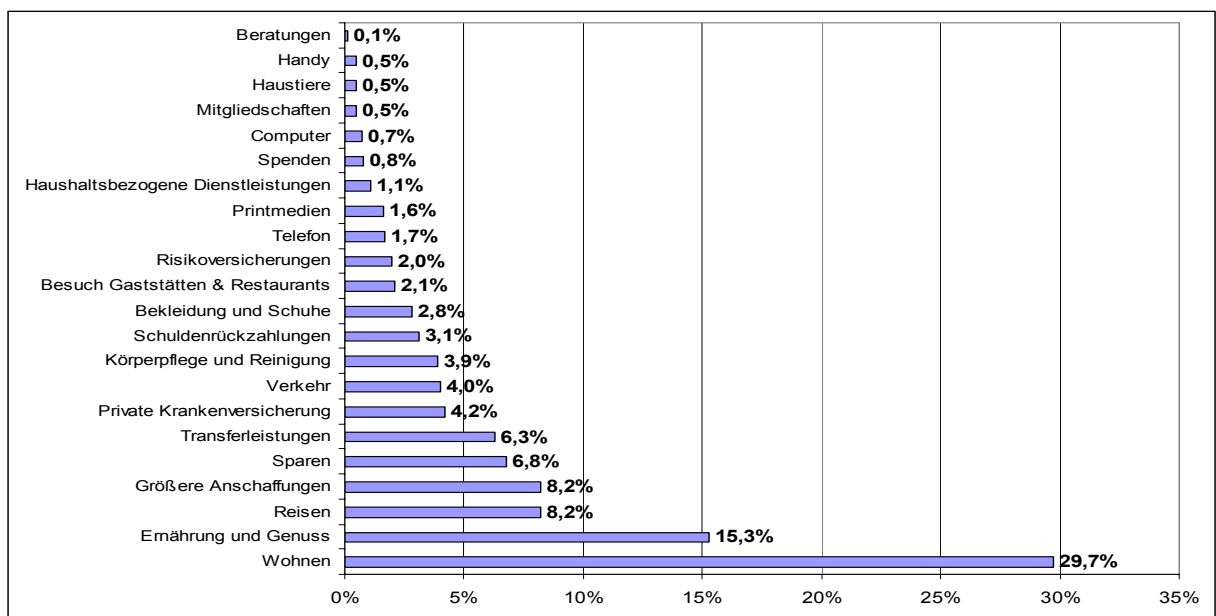
ten sind.

Eines des wichtigsten Ergebnisse dieser Studie bildet die Beobachtung, dass Renten und Pensionen weiterhin zu den wesentlichen Einkommensquellen der Seniorinnen und Senioren in Nordrhein-Westfalen gehören. Da monatliche Nettoeinkommen die Kaufkraft eines Haushaltes wesentlich bestimmen, ist davon auszugehen, dass Veränderungsmaßnahmen, die diese Einkommensquelle betreffen, direkte Auswirkungen auf künftige Entwicklungen des Seniorenmarktes haben können. Gleichzeitig lassen die Daten erkennen, dass es eine nicht zu unterschätzende Gruppe von Haushalten gibt, deren Mitglieder auf weitere Einkommensquellen, wie z.B. Geldvermögen oder Einkünfte aus Kapitalanlagen, zurückgreifen können. Der Aufbau von Vermögen innerhalb des Lebenslaufs beeinflusst nicht nur auf die Kaufkraft im Alter; Geldvermögen scheint in vielen Seniorenhaushalten zudem eine „Sicherheitsressource“ zu bilden, die im Falle altersbezogener Risiken notfalls zur Verfügung steht. Hervorzuheben ist darüber hinaus, dass fast zwei Drittel aller Altenhaushalte über Immobilien verfügen. In Bezug auf die Einkommenssituation der Seniorenhaushalte in Nordrhein-Westfalen lassen sich folgende differenzierende Aussagen machen:

- Ein Anstieg des kalendarischen Alters führt tendenziell nur zu einem leicht niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen, ein ähnlicher Verlauf ist auch hinsichtlich der Vermögen zu beobachten.
- Ältere Frauen weisen tendenziell niedrigere Einkommen auf als Männer. Hier wirkt nach wie vor eine lebenslang erfahrene geschlechtsabhängige Ungleichheit in der Einkommenserzielung fort.
- Beamtenhaushalte verfügen durchschnittlich über die höchsten Einkommen und Vermögen. Es folgen die Selbstständigenhaushalte und – mit relativ großem Abstand – die Arbeiter- und Angestelltenhaushalte.
- Den Erwerbstätigenhaushalten steht durchschnittlich ein höheres Nettoeinkommen zur Verfügung als den Rentnerhaushalten.
- Hinsichtlich des Vermögens- und Immobilienbesitzes zeigen sich vergleichbare Verteilungsmuster wie bei den Einkommen. Sowohl Geld als auch Eigentum sind in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße und der beruflichen Position des Haupteinkommensbeziehers unterschiedlich vorhanden.

## 4 Ausgaben der Haushalte älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen

Ein Gesamtblick auf die Einkommensverwendung der Nordrhein-Westfalen-Haushalte, in denen ältere Menschen leben, zeigt, dass getätigte Ausgaben nicht auf alle **Konsumfelder** in gleicher Weise verteilt sind. So lassen sich einige Konsumbereiche aufzeigen, für die deutlich höhere Summen ausgegeben werden (vgl. Abbildung 10). Dies gilt insbesondere für Güter des täglichen Bedarfs (Wohnen, Lebens- und Genussmittel etc.) als auch für einige Freizeitaktivitäten, wie Reisen. Ein weiteres Feld bilden besondere Anschaffungen der Haushalte, für die auch Mittel aus eigenen Ersparnissen aufgewendet werden.



**Abbildung 10: Durchschnittliche Anteile der jeweiligen Konsumfelder am durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen (N=4282); unvollständige Liste, da beispielsweise Ausgaben für Benzin oder Audio- und Videomedien nicht erhoben wurden**

Die Daten lassen des weiteren erkennen, dass Einkommens- und Vermögensunterschiede der Haushalte älterer Menschen sich gleichzeitig deutlich im Ausgabeverhalten der Befragten widerspiegeln. Die Konsummuster variieren in Abhängigkeit von der **Kaufkraft** und der **Anzahl der Haushaltsmitglieder**. Diese beiden Variablen üben einen entscheidenden Einfluss darauf aus, welche Güter erworben und welche Dienste in Anspruch genommen werden. Gleichzeitig bestimmen sie mit, wie hoch die Gesamtsumme innerhalb bestimmter Konsumbereiche ausfällt. Dabei geben sowohl kaufkraftstärkere Haushalte als auch jene mit einer größeren Mitgliederzahl in allen Konsumsparten erwartungsgemäß mehr Geld aus als kaufkraftschwächere und kleinere Haushalte.

Als eine weitere Größe, die das Konsumverhalten zu beeinflussen vermag, erweist sich das **Alter**. Die Auswertungen zeigen, dass - obwohl vorhandene finanzielle Mittel auch im hohen Alter größtenteils in den Konsum von Gütern und Dienstleistungen eingehen - die Konsumneigung mit zunehmendem Alter abzunehmen scheint. Gleichzeitig ist zu bemerken, dass in einigen Konsumfeldern Altersdifferenzen im Zusammenhang mit **geschlechtsabhängigen Verhaltenstendenzen** stehen. So zeigen Frauen und Männer – in Abhängigkeit von der Kohortenzugehörigkeit – oftmals unterschiedliche Konsummuster auf.

## **4.1 Einkommensverwendung nach Konsumfeldern**

In diesem Abschnitt werden die Ausgaben der befragten Haushalte innerhalb ausgewählter Konsumfelder betrachtet. Dabei erfolgt zunächst eine Konzentration auf diejenigen Ausgabefelder, die im Rahmen der „Landesinitiative Seniorenwirtschaft“ im Mittelpunkt stehen wie Wohnen und haushaltsbezogene Dienstleistungen, Reisen, Freizeit, Sport und Neue Medien. Darüber hinaus wird noch auf die Bereiche Gesundheit, größere Anschaffungen, Verkehr sowie Sparen eingegangen. Abschließend setzen wir uns in einer Gesamtschau damit auseinander, wie das frei verfügbare Einkommen der älteren Menschen verwendet wird.

### **4.1.1 Wohnen**

Die Wohnverhältnisse älterer Menschen stellen eine wesentliche Dimension ihrer Lebenslage dar. Diese ergibt sich schon allein aus der Tatsache, dass die Zeit, die in der eigenen Wohnung verbracht wird, mit dem Lebensalter immer weiter ansteigt (Reichert & Saup 1999). Darüber hinaus ist es der Wunsch der überwiegenden Mehrheit älterer Menschen, den Umzug in ein Heim zu vermeiden oder zumindest so lange wie möglich hinauszuschieben. Auch in den Ausgaben für Wohnen spiegelt sich diese Bedeutung wider. Im Einzelnen sind beim Thema „Wohnen“ zunächst im Überblick folgende Ergebnisse der Studie hervorzuheben:

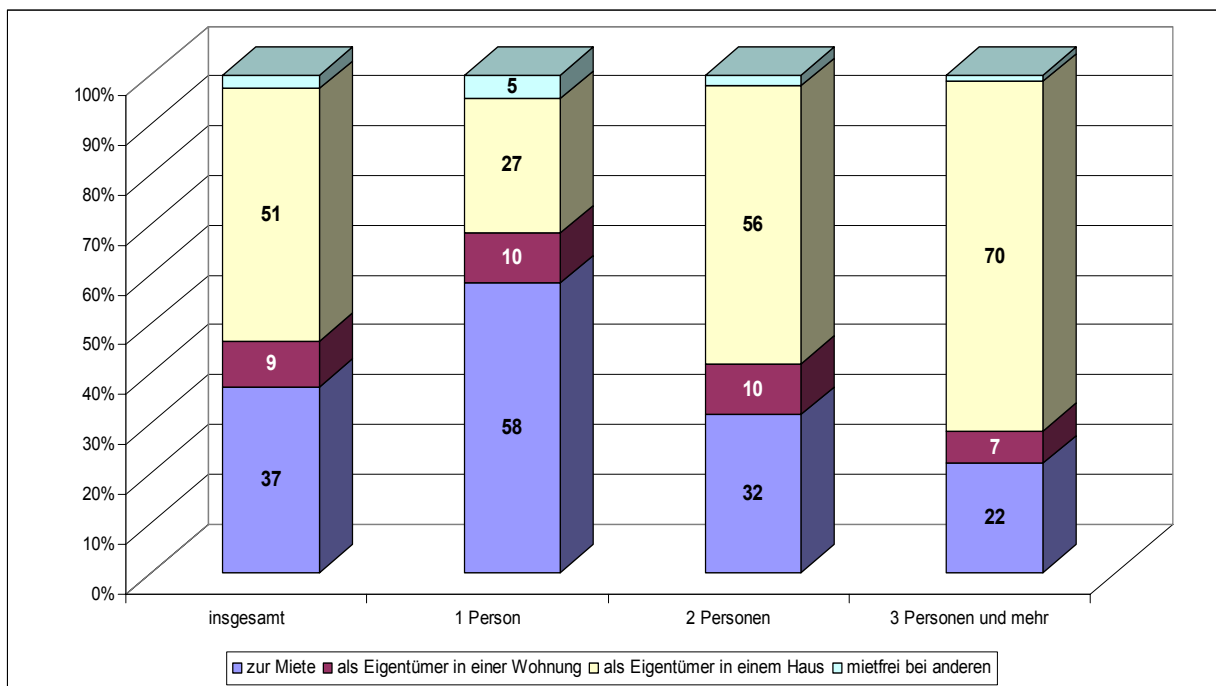
Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für Wohnen belaufen sich in den befragten Haushalten auf 669 €. Damit fließen fast ca. 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens in diesen Bereich.

### **Besitzstandsformen**

Rund zwei Drittel leben im eigenen Haus, in einer Eigentumswohnung oder mietfrei bei anderen, lediglich 37 Prozent wohnen zur Miete (vgl. Abbildung 11).

Es wird auch deutlich, dass mit zunehmender Haushaltsgröße der Anteil derjenigen Haushalte steigt, die als Hauseigentümer im eigenen Haus leben. In Haushalten mit drei oder mehr Personen sind dies ca. 70 Prozent.

Die meisten Mieter finden sich bei den Ein-Personen-Haushalte (58,2 Prozent). In Zwei-Personen-Haushalten findet man Mietverhältnisse nur noch in 31,8 Prozent der Haushalte und in noch größeren Haushalten nur noch zu 22 Prozent.



**Abbildung 11: Eigentumsverhältnisse des Wohnraums nach Haushaltsgröße (N=5013)**

Beim Vergleich der Kaufkrafttypen zeigt sich, dass insbesondere kaufkraftstarke Haushalte ein eigenes Haus bewohnen (vgl. Abbildung 12). Die Tendenz, dass je kaufkraftstärker ein Haushalt ist, desto öfter Wohneigentum vorhanden ist, zeigt sich in allen Haushaltsgrößen. So finden sich z.B. in den Ein-Personen-Haushalten bei den kaufkraftstarken Haushalten fast 61 Prozent Hausbesitzer, während kaufkraftschwache Ein-Personen-Haushalte nur zu 17,3 Prozent selbstbewohntes Hauseigentum besitzen.

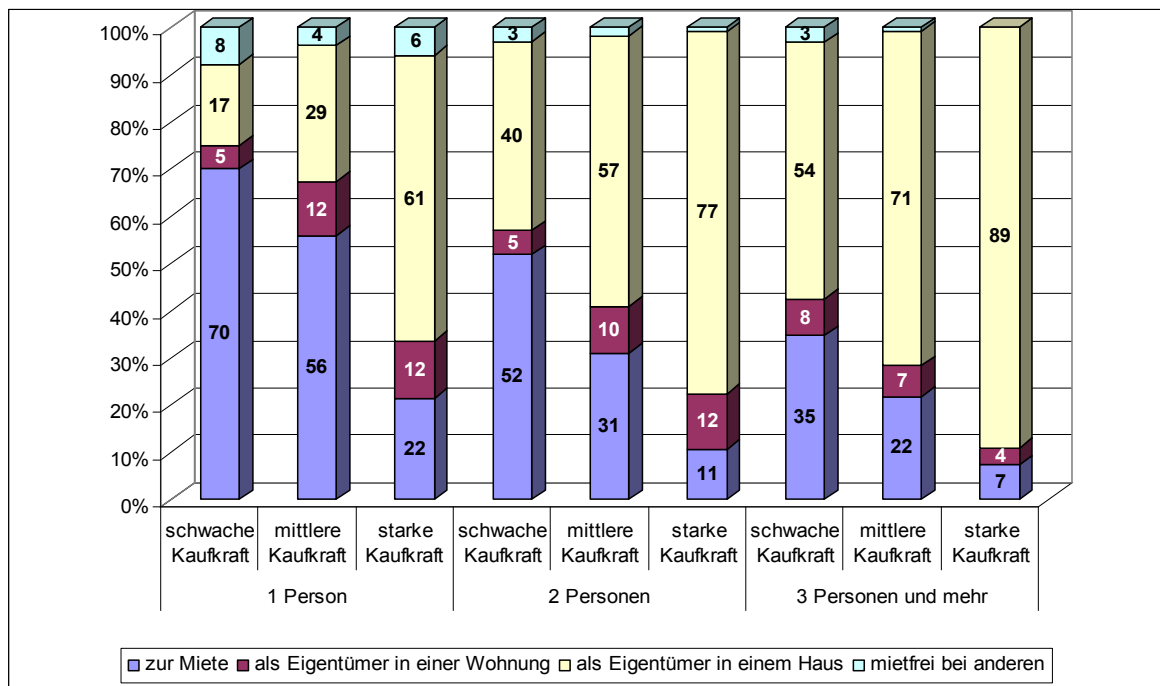
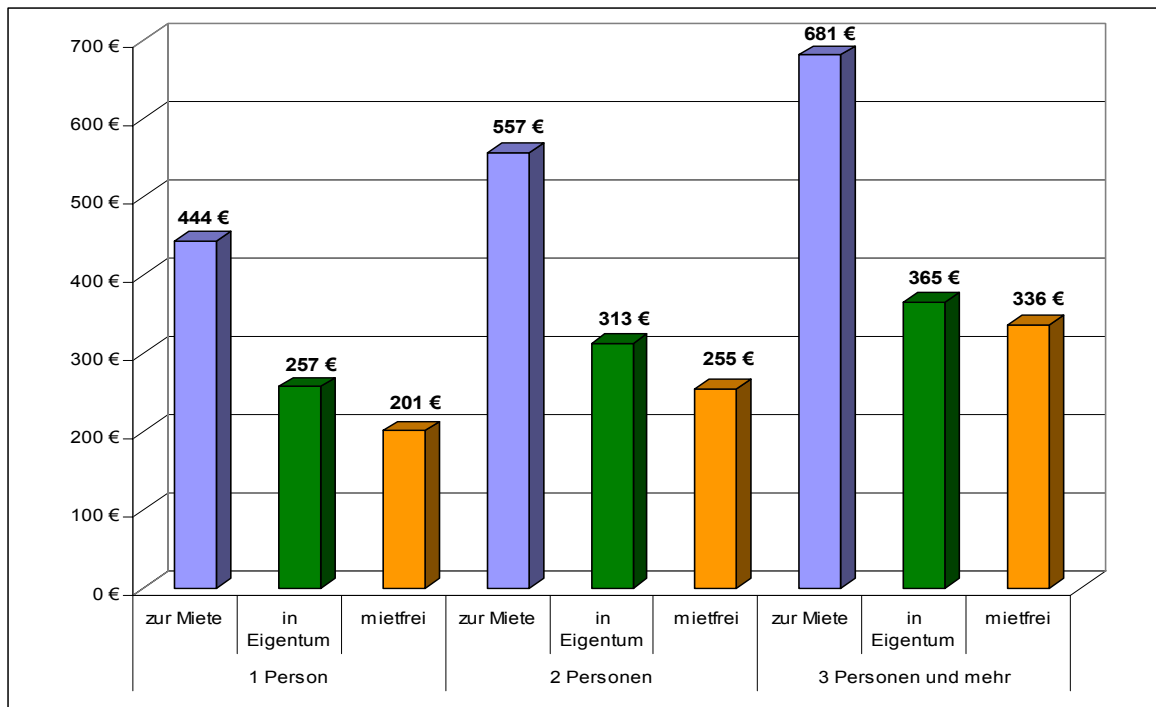


Abbildung 12: Eigentumsverhältnisse des Wohnraums nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp (N=4282)

### Monatliche Ausgaben für Wohnen

Hinsichtlich der regelmäßigen monatlichen Ausgaben für Wohnen zeigt sich, dass die zur Miete wohnenden Haushalte am meisten gefordert sind (vgl. Abbildung 13). So geben etwa Zwei-Personen-Haushalte, die zur Miete wohnen, dafür durchschnittlich 557 € im Monat aus, Zwei-Personen-Haushalte, die über Eigentum verfügen, dagegen nur 313 €. Die Belastung der Bewohner von Eigentum liegt insgesamt um 40 Prozent bis 50 Prozent niedriger als die Belastung der zur Miete wohnenden Haushalte.

Des weiteren ist festzustellen, dass die Haushaltsgröße einen dämpfenden Effekt auf die durchschnittlichen Belastungen der Haushalte mit Ausgaben für Wohnen hat. Beispielsweise zahlt ein zur Miete wohnender Ein-Personen-Haushalt im Durchschnitt 444 € für Wohnen im Monat, ein Zwei-Personen-Haushalt in gleicher Eigentumsform nur 557 €, also gerade einmal 113 € mehr für die zweite Person.

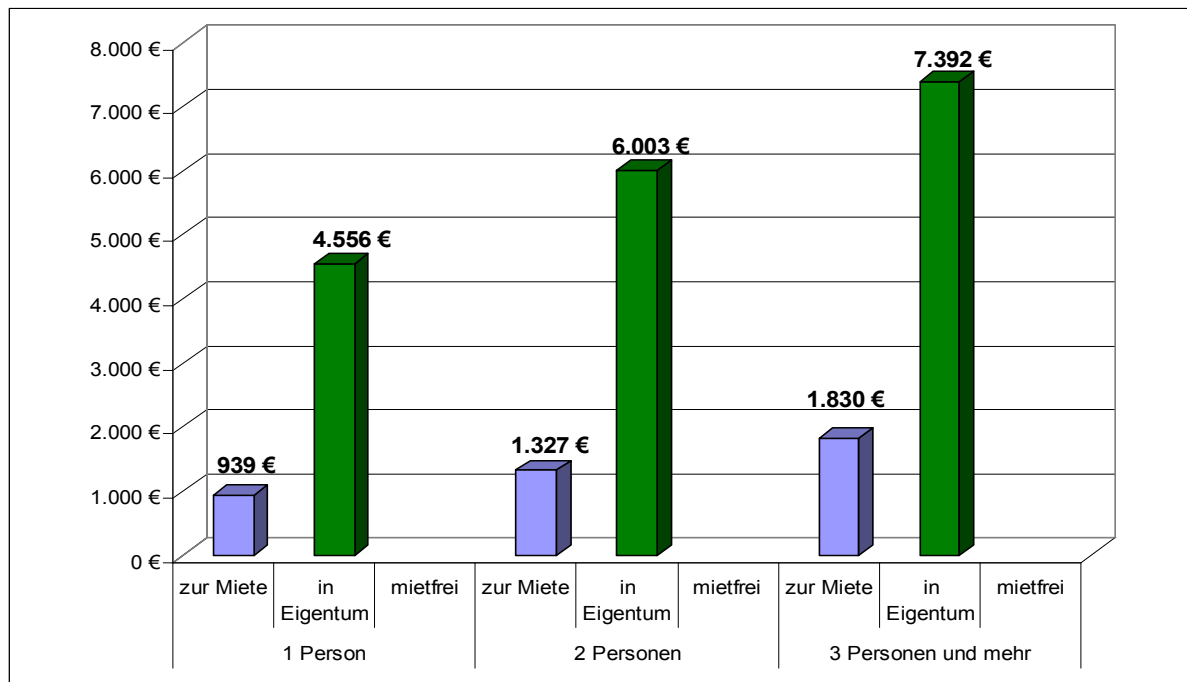


**Abbildung 13: Regelmäßige monatliche Ausgaben (Miete, Nebenkosten etc.) für Wohnen nach Haushaltsgröße und Eigentumsverhältnissen des Wohnraums (N=3602)**

Bei Einbeziehung der jährlich anfallenden Kosten für Investitionen, Modernisierung, Instandhaltung/Renovierung, Rücklagen und Versicherungen (vgl. Abbildung 14) zeigt sich allerdings, dass Haushalte, die über Wohneigentum verfügen, hohe zusätzliche Kosten bewältigen müssen. Die monetären Vorteile dieser Gruppe, die sich bei ausschließlichen Betrachtung der monatlichen Kosten zeigen, werden dadurch wieder kompensiert<sup>15</sup>.

Rechnet man beispielsweise die jährlichen Kosten der Eigentümer auf die monatlichen Kosten anteilmäßig um, so hatten z.B. die Mieter in Zwei-Personen-Haushalten eine monatliche Belastung im Jahr 2001 von insgesamt 668 €, Eigentümer dagegen eine Kostenbelastung von 813 €. Allerdings berücksichtigt diese Betrachtung natürlich nicht die qualitative Dimension des Wohnens (Lage, Ausstattung etc.).

<sup>15</sup> Zudem ist zu beachten, dass die tatsächlichen Kosten wahrscheinlich für Hausbesitzer noch wesentlich höher liegen, da hier unter Einbezug der Wohnungseigentümer gemittelt wurde und bei diesen von einer geringeren Belastung ausgegangen werden kann.



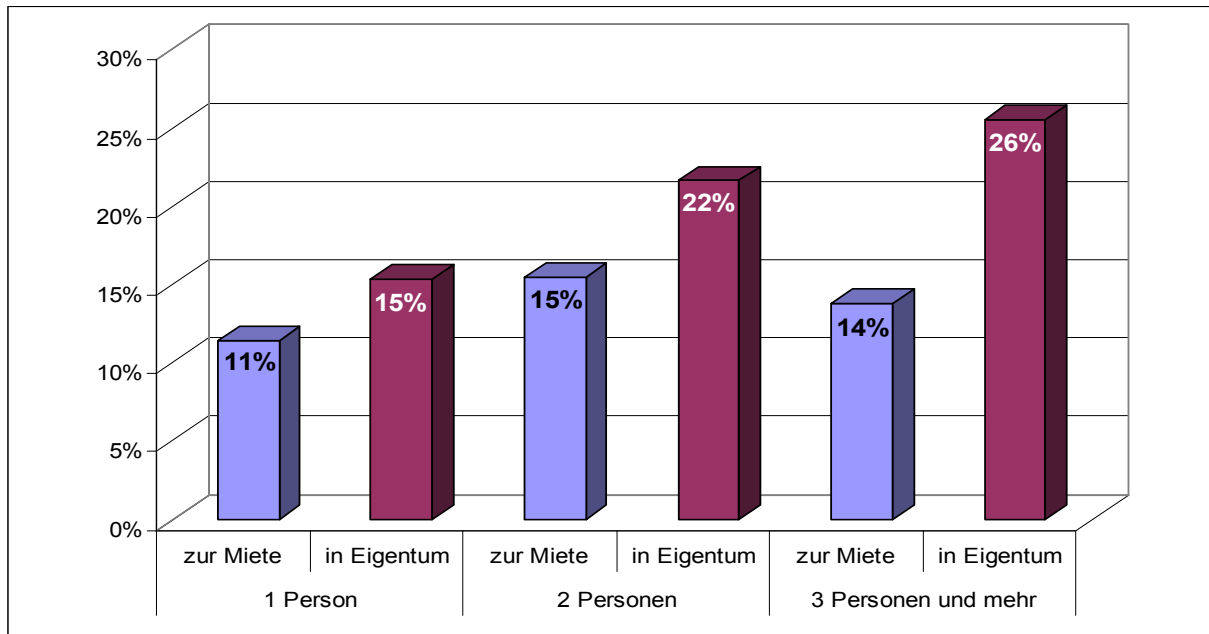
**Abbildung 14: Nur jährlich anfallende Ausgaben für Wohnen im Jahr 2001 nach Haushaltsgröße und Eigentumsverhältnissen des Wohnraums (N=2603)**

Differenziert nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp zeigt sich, dass die Ausgaben für Wohnen sowohl mit zunehmender Haushaltsgröße als auch mit zunehmender Kaufkraft anteilmäßig sinken. In der Konsequenz eröffnen sich für große bzw. kaufkraftstärkere Haushalte Spielräume für andere Konsumwünsche. So zeigt sich, dass nur 15 Prozent der kaufkraftstarken Ein-Personen-Haushalte, aber 87,6 Prozent der kaufkraftschwachen Ein-Personen-Haushalte mehr als 20 Prozent ihres Einkommens für Miete und ähnliche Ausgaben aufwenden.

### *Altersgerechte Wohnraumanpassung*

Abbildung 15 zeigt, welcher Anteil der Befragten in nächster Zeit plant, den Wohnraum altersgerecht umzugestalten. Deutlich wird, dass diese Absicht stärker bei Eigentümern ausgeprägt ist. Immerhin 15,4 Prozent aller Befragten in Ein-Personen-Haushalten, die in Eigentum leben, planen solche Maßnahmen, während dies bei den Mietern nur 11,4 Prozent sind. Deutlich drastischer fällt der Unterschied in Haushalten mit drei oder mehr Personen aus. Während hier bei den Eigentümern jeder vierte Haushalt (25,4 Prozent) solche Änderungen plant, sind es bei den Mietern nur etwas mehr als die Hälfte dieses Anteils (13,8 Prozent).





**Abbildung 15: Anteil derjenigen, die in den nächsten Jahren planen, den Wohnraum altersgerecht zu gestalten nach Haushaltsgröße (N=4137)**

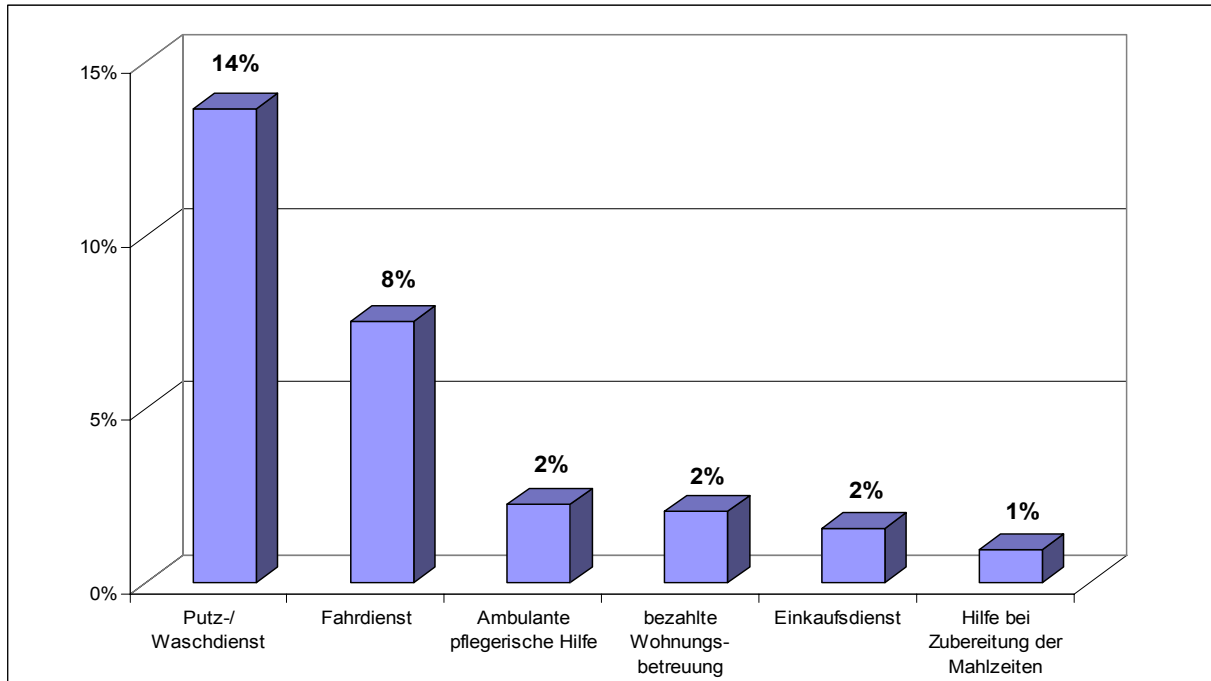
#### 4.1.2 Haushaltsbezogene Dienstleistungen

Die Inanspruchnahme haushaltsbezogener Dienstleistungen kann eine wichtige Basis zur Steigerung der Lebensqualität darstellen. Durch die Abgabe schwerer oder belastender Tätigkeiten an andere Personen können Leistungsminderungen aufgefangen werden. Dadurch ist es auch älteren Menschen möglich, länger am sozialen Leben zu partizipieren, was nicht zuletzt zu einer erhöhten Zufriedenheit führen kann.

Um diese Dimension fassen zu können, wurden die Ausgaben für sechs typische haushaltsbezogene Dienstleistungen abgefragt. Es stellte sich heraus, dass in der Summe durchschnittlich 23,96 € (1,1 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens) für solche Dienstleistungen ausgegeben werden. Dabei zeigt sich aber, dass in der überwiegenden Zahl der Haushalte die meisten Dienstleistungen überhaupt nicht genutzt werden. Aufgrund der teilweise sehr geringen Fallzahlen ist deshalb auch nur eine eingeschränkte Auswertung möglich.

In Abbildung 16 sind die Anteile der Haushalte ersichtlich, die die jeweilige Dienstleistung regelmäßig oder zumindest gelegentlich in Anspruch nehmen. Es ist eindeutig erkennbar, dass Putz- und Waschkostenleistungen mit 13,7 Prozent und professionelle Fahrdienste (Taxi etc.) mit 7,5 Prozent zu den am meisten in Anspruch genommenen Dienstleistungen gehören. Es

folgen mit deutlichem Abstand ambulante pflegerische Hilfe (2,3 Prozent), kommerzielle Wohnungsbetreuung bei Abwesenheit (2 Prozent), Einkaufsdienste (1,6 Prozent) und Hilfe bei der Zubereitung und dem Herstellen von Mahlzeiten mit einem Anteil von nur 1 Prozent.



**Abbildung 16: Anteil der Haushalte, die die jeweils benannte Dienstleistung mindestens einmal im Jahr 2001 in Anspruch genommen haben (N=5011)**

Der Vergleich der Kaufkrafttypen (vgl. Tabelle 3) zeigt, dass insbesondere die Inanspruchnahme von Putz- und Waschkraften mit dem Kaufkraftniveau zunimmt. So ist der Anteil in kaufkraftstarken Haushalten (29,4 Prozent) mehr als dreimal höher als in kaufkraftschwachen Haushalten (8,3 Prozent). Auf niedrigerem Niveau, aber mit einem vergleichbaren Faktor, verläuft die Nutzung von bezahlter Wohnungsbetreuung. Während nur 2 Prozent der kaufkraftschwachen Haushalte diese Dienstleistung in Anspruch nehmen, sind es bei den kaufkraftstarken Haushalten 5,5 Prozent. Diese Unterschiede zwischen den Kaufkrafttypen zeigen sich bei den anderen erhobenen Dienstleistungen allerdings nicht. Hier liegen die Anteile auf einem ähnlich niedrigen Niveau.

	<i>schwache Kaufkraft</i>	<i>mittlere Kaufkraft</i>	<i>starke Kaufkraft</i>
<b>Putz-/ Waschkdienst</b>	<b>8,3 %</b>	<b>13,8 %</b>	<b>29,4 %</b>
N	1151	3377	356
<b>Fahrdienst</b>	<b>8,6 %</b>	<b>6,9 %</b>	<b>8,9 %</b>
N	1151	3375	356
<b>ambulante pflegerische Hilfe</b>	<b>2,6 %</b>	<b>2,2 %</b>	<b>3,0 %</b>
N	1152	3377	356
<b>bezahlte Wohnungsbetreuung</b>	<b>2,0 %</b>	<b>1,7 %</b>	<b>5,5 %</b>
N	1151	3377	356
<b>Einkaufsdienst</b>	<b>1,9 %</b>	<b>1,5 %</b>	<b>1,5 %</b>
N	1149	3376	354
<b>Zubereitung der Mahlzeiten</b>	<b>0,7 %</b>	<b>1,0 %</b>	<b>1,0 %</b>
N	1152	3377	356

**Tabelle 3: Anteil der Haushalte, die die jeweils benannte Dienstleistung mindestens einmal im Jahr 2001 in Anspruch genommen haben, nach Kaufkrafttyp**

Allerdings zeigt sich auch, dass dann, wenn Haushalte solche Dienstleistungen bemühen, die Ausgaben relativ hoch sind. Des weiteren zeigt sich, dass auch die Ausgaben mit steigendem Kaufkrafttyp tendenziell zunehmen (vgl. Tabelle 4). Beispielsweise geben diejenigen kaufkraftschwachen Haushalte, die überhaupt diese Dienstleistung in Anspruch nehmen, ca. 48 € im Monat für Putzdienste und Waschkdienste aus, Haushalte mit mittlerer Kaufkraft dagegen mit ca. 89 € fast das Doppelte. Kaufkraftstarke Haushalte haben mit ca. 183 € im Vergleich zu den kaufkraftschwachen Haushalten sogar fast die vierfachen Ausgaben.

	<i>schwache Kaufkraft</i>	<i>mittlere Kaufkraft</i>	<i>starke Kaufkraft</i>
<b>Putz-/ Waschkdienst</b>	<b>48,02 €</b>	<b>88,59 €</b>	<b>183,27 €</b>
N	52	389	78
<b>Fahrdienst</b>	<b>33,07 €</b>	<b>25,70 €</b>	<b>43,98 €</b>
N	31	139	23
<b>ambulante pflegerische Hilfe</b>	<b>110,66 €</b>	<b>262,55 €</b>	<b>247,67 €</b>
N	5	27	4
<b>bezahlte Wohnungsbetreuung</b>	<b>100,89 €</b>	<b>545,45 €</b>	<b>792,38 €</b>
N	5	33	15
<b>Einkaufsdienst</b>	<b>71,56 €</b>	<b>46,34 €</b>	-
N	11	25	0
<b>Zubereitung der Mahlzeiten</b>	<b>93,09 €</b>	<b>178,15 €</b>	<b>437,23 €</b>
N	6	24	4

**Tabelle 4: Durchschnittliche monatliche Ausgaben für die benannten Dienstleistungen nach Kaufkrafttyp**

#### 4.1.3 Reisen

Reisen spielen innerhalb der Konsumausgaben älterer Menschen eine große Rolle. Die befragten Haushalte gaben durchschnittlich 2.213 € im Jahr für Reisen aus, was immerhin 8,2 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens entspricht. Innerhalb der letzten fünf Jahren sind in 80 Prozent aller Haushalte die Aufwendungen für Reisen mindestens auf dem gleichen Niveau

geblieben, wenn nicht sogar gestiegen sind. Von diesen Ausgaben entfällt jedoch nur ein kleiner Anteil auf Reisen innerhalb Nordrhein-Westfalens, dafür werden durchschnittlich jährlich 81,63 € ausgegeben.

Bevorzugt werden längere Reisen mit mehr als vier Tagen (vgl. Abbildung 17). Diese wurden von 66 Prozent aller „reisenden“ Haushalte unternommen. Zudem ist zu beobachten, dass die Reishäufigkeit sowohl bei Kurzreisen als auch bei längeren Reisen mit steigender Haushaltsgröße zunimmt. Dies erklärt sich vor allem durch die höhere Wahrscheinlichkeit, dass innerhalb des untersuchten Zeitraumes zumindest ein Haushaltsmitglied verreist ist.

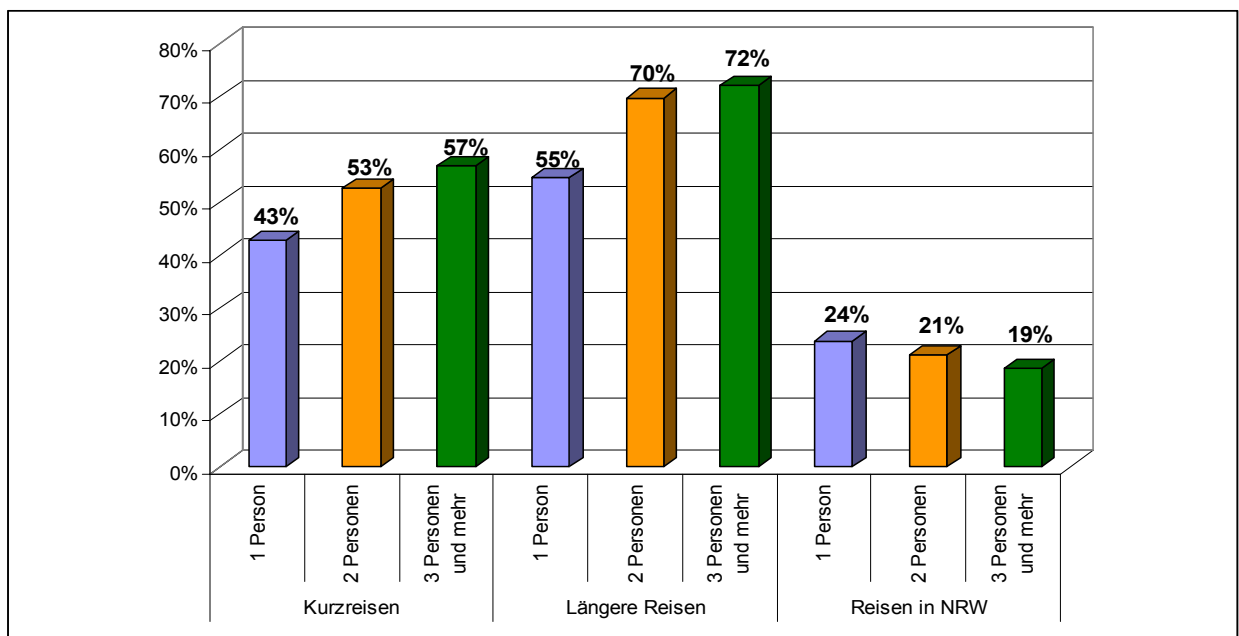


Abbildung 17: Anteil derjenigen Haushalte, die im Jahr 2001 den jeweiligen Reisetyp unternommen haben, nach Haushaltsgröße (N=5003)

Die Reishäufigkeit geht mit zunehmendem **Alter** zurück. Dies betrifft sowohl längere als auch kürzere Reisen. So hatten im Jahr 2001 80 Prozent der unter 60jährigen Paare eine längere Reise unternommen. Bei den über 70jährigen sind nur 59 Prozent für eine längere Zeit verreist. Der Rückgang an Kurzreisen mit zunehmendem Alter lässt sich vor allem bei den Ein-Personen-Haushalten nachzeichnen. Während hier 48 Prozent der 55- bis 59jährigen Singles kurz verreist sind, waren es bei den 75- bis 80jährigen nur noch 35 Prozent.

Kaufkraftstarke Haushalte geben im Vergleich zu kaufkraftschwachen Haushalten jährlich mehr als das Vierfache für Kurzreisen aus und verreisen länger. Während 90 Prozent der kaufkraftstarken Haushalte im Jahr 2001 für längere Zeit verreist sind, waren es bei den kaufkraftschwachen Haushalten weniger als die Hälfte (42 Prozent).

Für die Entwicklung regionaler Reiseangebote für Senioren sind Angaben über **Reiseverhalten Älterer innerhalb Nordrhein-Westfalens** von besonderer Bedeutung. Offensichtlich ist, dass der „Reisemarkt Nordrhein-Westfalen“ noch nicht in einem ausreichenden Maße ausgeschöpft ist. So gaben nur ca. 17 Prozent aller Haushalte an, im Jahr 2001 eine Reise innerhalb Nordrhein-Westfalens unternommen zu haben. Es sind tendenziell die eher kaufkraftschwächeren Ein-Personenhaushalte, die solche Reisen unternehmen, die Reishäufigkeit innerhalb von Nordrhein-Westfalen nimmt mit zunehmender Haushaltsgröße und Kaufkraftstärke ab.

#### 4.1.4 Sport

Die Ausgaben im Sportbereich umfassen Aufwendungen für Sportbekleidung und Sportgeräte sowie sportbezogene Eintritte und Gebühren (z.B. Schwimmbad, Fitnessstudio). Dabei zeigt sich, dass im Jahr 2001 46,7 Prozent aller Haushalte Sportbekleidung und Geräte gekauft haben und 53,4 Prozent der Haushalte Gelder für Eintritte bzw. Gebühren ausgegeben haben. Was die **Höhe der Ausgaben** anbetrifft, zeigt sich, dass ca. 10 Prozent aller Haushalte mehr als 255 € im Jahr für Sportbekleidung und -geräte ausgegeben haben. Obwohl diese Summe tendenziell etwas höher liegt als bei den Gebühren und Eintritten, wird erkennbar, dass die gesamten Aufwendungen für Sport auf einem eher niedrigen Niveau liegen. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass zwei Drittel aller Haushalte älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen Geld für Sport ausgaben. Betrachtet man das Konsumverhalten im Sportbereich differenzierter, wird erkennbar, dass Ausgaben mit zunehmender Kaufkraft (vgl. Abbildung 18) und der Haushaltsgröße steigen.

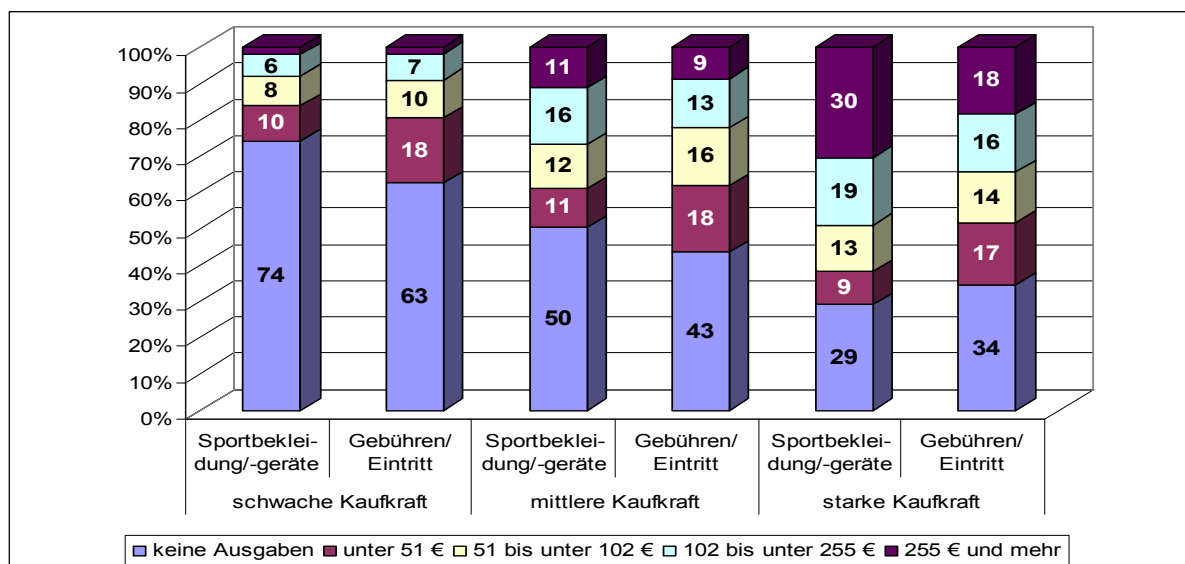


Abbildung 18: Sportbezogene Ausgaben im Jahr 2001 nach Kaufkrafttyp (N=3936)

Insgesamt betrachtet, sind Ausgaben für Sport in den letzten fünf Jahren überwiegend gleichgeblieben bzw. sogar leicht gestiegen. Je älter die Menschen allerdings sind, desto bescheidener ist die Höhe der Ausgaben in diesem Bereich.

#### 4.1.5 Freizeitaktivitäten

Freizeitaktivitäten spielen im Alter eine besondere Rolle. Dazu gehören Ausgaben für Kultur (Besuch von Konzerten, Kino, Theater und anderen Veranstaltungen), Bildung (Lehrgänge, Volkshochschule und ähnliches) sowie andere individuell variierenden Tätigkeiten bzw. Hobbies, wie Gartenarbeit, Sammeln, Heimwerkern usw. Im Jahr 2001 haben fast 70 Prozent aller befragten Haushalte zumindest gelegentlich Kulturveranstaltungen besucht, 35 Prozent haben an Bildungsveranstaltungen teilgenommen und 70 Prozent gaben Geld für Hobbies aus.

Betrachtet man die **durchschnittliche Ausgabenhöhe** im Freizeitbereich, so zeigt sich, dass für Kultur wesentlich mehr ausgegeben wird als für Hobbies oder für Bildung. So geben ca. 37 Prozent aller Haushalte zwischen 102 € und 255 € im Jahr für Konzerte, Musicals und ähnliche Veranstaltungen aus. Fast 34 Prozent der Befragten geben den gleichen Betrag für eigene Hobbies aus. Bei den Ausgaben für Bildung sinkt der Anteil derjenigen, die jährlich die gleiche Summe ausgeben auf nur ca. 30 Prozent.

Auch bei den Konsumausgaben für Freizeit wird die Bedeutung der Kaufkraft deutlich. Während nur 40,5 Prozent der kaufkraftschwachen Singles an Kulturveranstaltungen teilnehmen, steigt der Anteil bei den Ein-Personen-Haushalten mit mittlerer Kaufkraft auf 70 Prozent und bei den kaufkraftstarken Haushalten sogar auf 87,1 Prozent. Ähnliches gilt für die **Haushaltsgröße**: Je mehr Personen ein Haushalt zählt, desto größer die Anzahl der ausgeübten Freizeitaktivitäten. Dies lässt sich exemplarisch am Beispiel kultureller Aktivitäten aufzeigen: Während nur ca. 59 Prozent aller Ein-Personen-Haushalte mit mittlerer Kaufkraft Kulturveranstaltungen besucht haben, waren es in Zwei-Personen-Haushalten der gleichen Kategorie 72,2 Prozent und in Haushalten mit drei oder mehr Personen des gleichen Kaufkrafttypus sogar fast 84 Prozent. Offensichtlich hängt die Freizeitgestaltung sehr stark von der Kaufkraft ab. Die kaufschwachen Haushalte stellen den größten Anteil derjenigen, die *keine* Ausgaben für alle genannten Freizeitaktivitäten aufweisen.

Bei den Ein- und Zwei-Personen-Haushalten zeigt sich ein Rückgang der Freizeitaktivitäten mit zunehmendem **Alter**. Dies betrifft vornehmlich die Bereiche Kultur und Bildung, wohin-

gegen andere Hobbies seltener aufgegeben werden. Damit verbunden ist gleichzeitig ein Rückgang in der Ausgabenhöhe.

#### 4.1.6 Neue Medien

Die Informations- und Kommunikationstechnik hat inzwischen auch in vielen Haushalten älterer Menschen Einzug gehalten. Fast 45 Prozent aller befragten Haushalte verfügen über einen PC, einen Handheld oder ein Notebook. In 30 Prozent aller befragten Haushalte befindet sich zudem ein heimischer Internetzugang, der regelmäßig genutzt wird.

Besonders in **großen Haushalten** ist ein Computer mit Internetanschluss zu finden (vgl. Abbildung 19). In Haushalten mit drei oder mehr Personen findet sich zu 81,9 Prozent ein PC und in 73,5 Prozent dieser Haushalte sogar ein eigener Internetzugang. Dagegen verfügen nur 16,2 Prozent der Ein-Personen-Haushalte über einen PC. Von diesen Haushalten besitzt wiederum lediglich die Hälfte (54,5 Prozent) einen Zugang zum Internet.

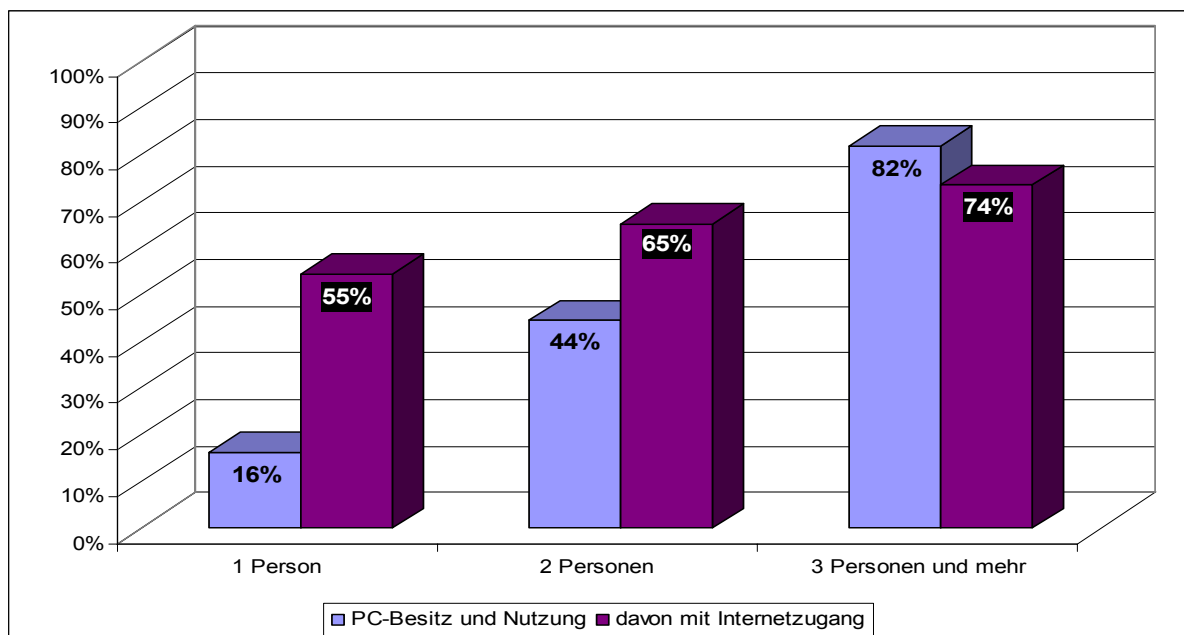


Abbildung 19: Besitz und Nutzung eines PC und Internetzugang nach Haushaltsgröße (N=5013)

Mit zunehmendem **Alter** sinkt die Zahl der PC-Benutzer. Während bei den 55- bis 59jährigen in Ein-Personen-Haushalten noch 31,9 Prozent der Befragten über einen eigenen PC verfügen, sinkt dieser Wert auf 7,2 Prozent in der Altersgruppe der 75- bis 80jährigen.

Der PC-Besitz hängt stark von der Kaufkraft ab. Mehr als 75 Prozent der kaufkraftstarken Haushalte verfügen über einen PC und davon haben wiederum 76,4 Prozent gleichzeitig einen

Zugang zum Internet. In kaufkraftschwachen Haushalten dagegen besitzen nur 21,5 Prozent einen PC. Allerdings verfügen von diesen Haushalten immerhin 60,6 Prozent über einen Internetzugang. In Haushalten mit einer mittlerer Kaufkraft ist wiederum in 47,2 Prozent ein PC und 67,1 Prozent der Fälle auch ein Internetzugang vorhanden.

Eine der deutlichsten Unterschiede im PC-Besitz zeigt sich zwischen Haushalten von Paaren, in denen ein Kind wohnt, und denjenigen Paar-Haushalten, die mit einem Elternteil zusammen leben. Während die erste Gruppe mit einer Ausstattungsquote von 82,9 Prozent einen sehr hohen Wert erreicht, liegt die zweite Gruppe mit einem Anteil von 58,2 Prozent deutlich zurück. Dieser Vorsprung der Paare mit Kind bleibt bei der Ausstattung mit heimischen Internetanschlüssen bestehen. Während Paare mit Kind einen Anteil von 71,8 Prozent erreichen, sind es bei Paaren, die mit einem Elternteil zusammen leben, lediglich 62,5 Prozent.

Für den eigenen PC sowie das Internet werden – über alle Haushalte gemittelt – durchschnittlich 15,52 € im Monat ausgegeben. Dies entspricht 0,7 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens. Diejenigen Haushalten, die über einen PC verfügen, geben für den Computer durchschnittlich fast 40 € im Monat aus. Die **Ausgabenhöhe** variiert in Abhängigkeit von der Kaufkraft (vgl. Abbildung 20) sowie der Haushaltsgröße. In mehr als 40 Prozent der Haushalte mit drei oder mehr Personen werden mehr als 50 € im Monat für Computer und Internet ausgegeben. Bei den Ein-Personen-Haushalten sind es dagegen lediglich ca. 15 Prozent, die diese Ausgabenhöhe erreichen. Diskrepanzen im Ausgabeverhalten zeigen sich ebenfalls zwischen den Kaufkrafttypen. In diesem Konsumfeld fallen die Unterschiede jedoch nicht so hoch aus, wie in anderen Ausgabebereichen, weil bestimmte Basiskosten (Lizenzen, Onlinegebühren etc.) in Kauf genommen werden müssen.



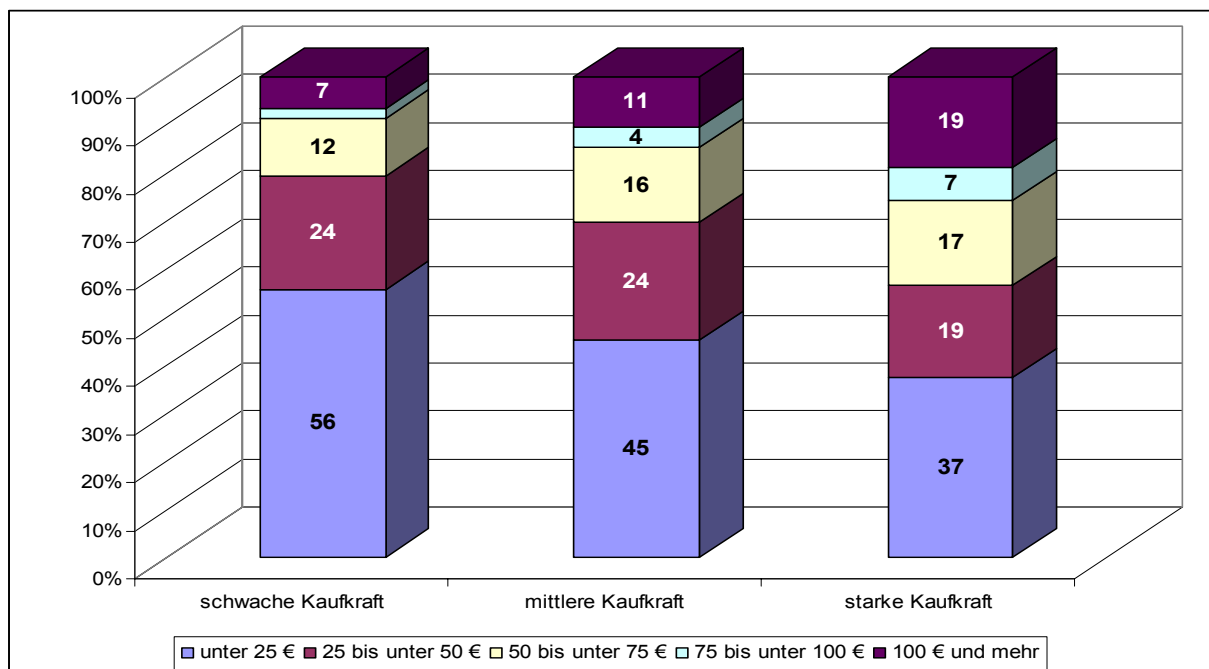


Abbildung 20: Monatliche Ausgaben für Computer- und Internetnutzung nach Kaufkrafttyp (N=1544)

#### 4.1.7 Ausgaben im Bereich Gesundheit

Die Ausgaben für Gesundheit<sup>16</sup> fallen relativ hoch aus. Dabei kommt den verschiedenen **Ausgabenarten** ein unterschiedlich großes Gewicht zu. Einen der wesentlichen Schwerpunkte bilden Aufwendungen für private Kranken(zusatz-)versicherungen sowie Ausgaben für medizinische Zuzahlungen. Relativ gering fallen dagegen Aufwendungen aus, die im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Kuren stehen.

Betrachtet man die **Ausgaben für Gesundheit und medizinische Zuzahlungen** (z.B. Zuzahlungen für Medikamente, Ausgaben für medizinische Behandlungen und Hilfsmittel, etc.), so zeigt sich, dass etwas mehr als 40 Prozent aller erfassten Haushalte jährlich einen Betrag von 102 € bis 510 € (Messkategorien) ausgeben. Der Anteil derjenigen, die in diesem Bereich keine Ausgaben hatte, belief sich lediglich auf 12,6 Prozent aller Haushalte.

In Bezug auf die Ausgabenhöhe für medizinische Zuzahlungen erweist sich die **Kaufkraft** eines Haushaltes als entscheidende Größe. Betrachtet man die Ein-Personen-Haushalte, so zeigt sich für das Jahr 2001: 40 Prozent der Kaufkraftschwachen hatten *keine* Aufwendungen für Gesundheit, wie Zuzahlungen zu Medikamenten oder medizinischen Dienstleistungen,

<sup>16</sup> Die Daten wurden überwiegend in Kategorien abgefragt. Absolute Beträge sind daher meist nicht ausweisbar.

dagegen nur 13,9 Prozent bei den Haushalten mit mittlerer Kaufkraft und 19,1 Prozent bei den kaufkraftstarken Haushalten. Umgekehrt hierzu gestaltet sich das Ausgabeverhalten bei *sehr hohen* Aufwendungen für Gesundheit. Betrachtet man unterschiedliche Kaufkrafttypen nach der Höhe ihrer Ausgaben, geben nur 4,1 Prozent der kaufkraftschwachen Ein-Personen-Haushalte jährlich mehr als 510 € für ihre Gesundheit aus. Bei den kaufkraftstarken Ein-Personen-Haushalten liegt dieser Anteil bereits bei 29 Prozent.

In Haushalten, in denen mindestens ein Mitglied **gesundheitlich eingeschränkt** ist, wird deutlich, dass diese Haushalte in Relation zu ihrem Einkommen wesentlich mehr Geld für Gesundheit und Krankheitsprävention ausgeben als in anderen Haushalte der gleichen Größe. Während fast 67 Prozent der Haushalte, in denen mindestens eine Person gesundheitlich eingeschränkt ist, jährlich mehr als 102 € für diese Zwecke ausgeben, sind es bei den Haushalten, deren Mitglieder keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen aufweisen, nur 53,3 Prozent, die diese Ausgabenhöhe erreichen.

Nicht nur gesundheitliche Einschränkungen führen zu höheren Ausgaben, auch das **Alter** der Befragten spielt eine Rolle. Der Zusammenhang ist jedoch ein umgekehrter als erwartet. Am Beispiel der Ein-Personen-Haushalte ist zu erkennen, dass die höchsten Ausgaben von den unter 60jährigen getätigt werden. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass diese Personengruppe an Präventions- bzw. auch Wellnessangeboten stärker interessiert ist und gleichzeitig größere Bereitschaft aufweist, für derartige Dienste private Mittel aufzuwenden.

#### 4.1.8 Kuren

Im Jahr 2001 wurde in 7,7 Prozent der befragten Haushalte (mindestens) eine medizinische Kur unternommen<sup>17</sup>. Ein-Personen-Haushalte liegen dabei mit 5,7 Prozent unter dem Durchschnitt aller Haushalte, während Haushalte mit zwei oder mehr Bewohnern mit einem Anteil von 8,5 Prozent leicht über dem Durchschnitt liegen.

Von denjenigen Haushalten, die im Jahr 2001 eine Kur realisiert haben, hatten mehr als zwei Drittel Zuzahlungen geleistet. Ohne Zuzahlungen kamen lediglich 23,3 Prozent aus. Mit zunehmender Haushaltsgröße sinkt der Anteil der Haushalte, die keine Zuzahlungen leisten mussten. So wurden bei 24 Prozent der Zwei-Personen-Haushalte keine Zuzahlungen fällig

und in nur 13,3 Prozent der Haushalte mit drei oder mehr Personen.

Die überwiegende Mehrheit derjenigen Haushalte, die eine Kur unternommen haben, hat dafür zwischen 102 € und 510 € zuzahlen müssen (vgl. Abbildung 21). 9,4 Prozent haben weniger als 102 € an Zuzahlungen geleistet und 27,2 Prozent mehr als 510 €. In größeren Haushalten sind die Zuzahlungen tendenziell höher. 76 Prozent der Haushalte mit drei oder mehr Personen zahlten mehr als 102 € für Kuren, dagegen nur 58 Prozent der Ein-Personen-Haushalte.

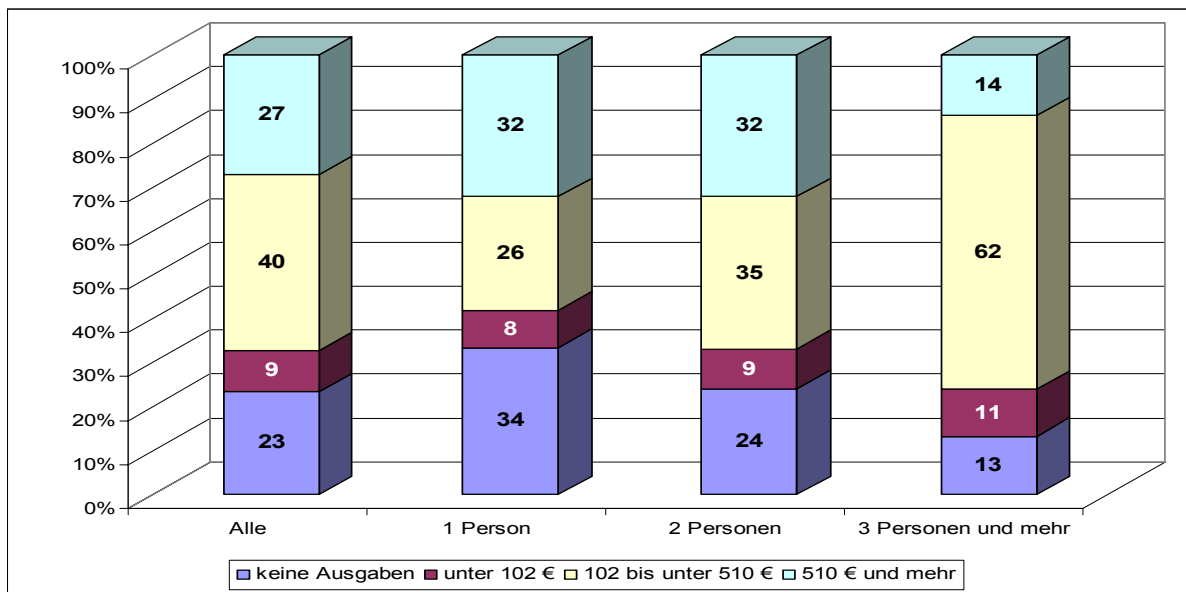


Abbildung 21: Ausgaben für Kuren im Jahr 2001 nach Haushaltsgröße (N=301)

Im Vergleich der Altersgruppen ist insgesamt ein kurvenförmiger Verlauf festzustellen. Bis zur Altersgruppe der 65- bis 69jährigen ist ein Rückgang der Kuren zu beobachten (vgl. Abbildung 22). In der Altersgruppe der 55- bis 59jährigen beträgt der Anteil der Kuranten 6,5 Prozent. Dieser Wert sinkt in der Altersgruppe der 65- bis 69jährigen auf 3,6 Prozent. Der Anteil steigt dann wieder auf 6,7 Prozent bei den 75- bis 80jährigen an.

<sup>17</sup> Der geringe Anteil an Haushalten, in denen überhaupt eine Kur angetreten wurde, macht es im weiteren Verlauf unmöglich, auf einer validen Basis differenzierte Angaben zu geben. Die Darstellung bleibt deshalb auf wenige Verteilungen beschränkt.

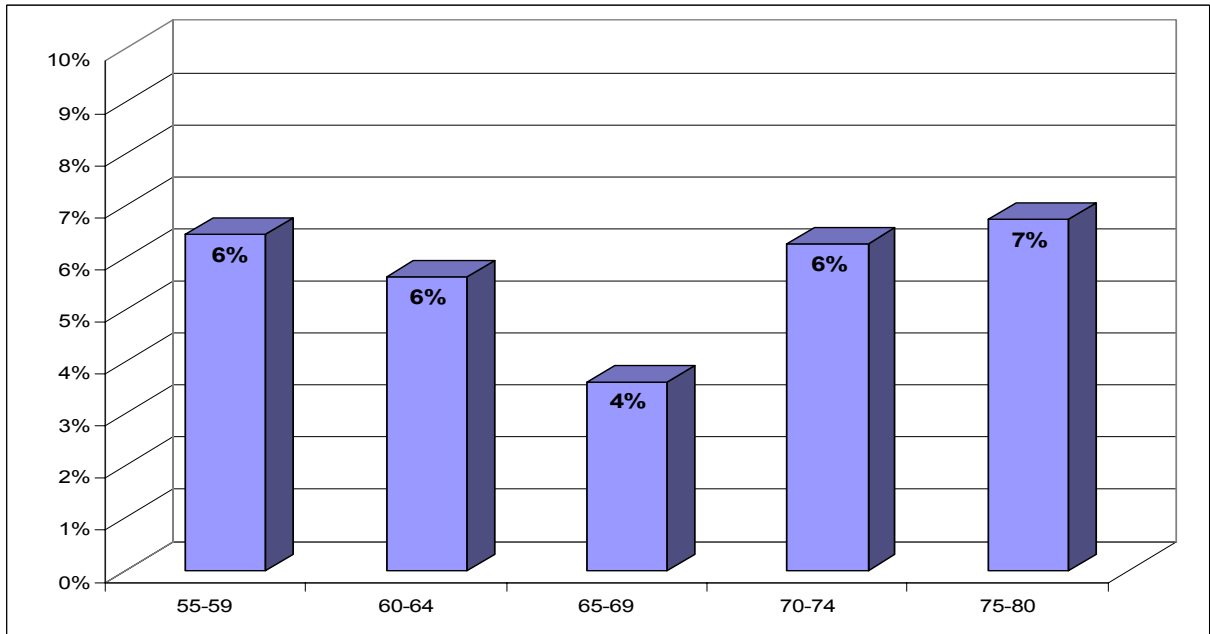


Abbildung 22: Anteil derjenigen Ein-Personen-Haushalte, die im Jahr 2001 eine Kur unternommen haben, nach Alter (N=1486)

Abbildung 23 vergleicht Paarhaushalte verschiedenen Alters. Deutlich wird, dass der Anteil der Kuranten von ca. 8 Prozent auf 11 Prozent in der Gruppe der über 70jährigen Paare steigt.

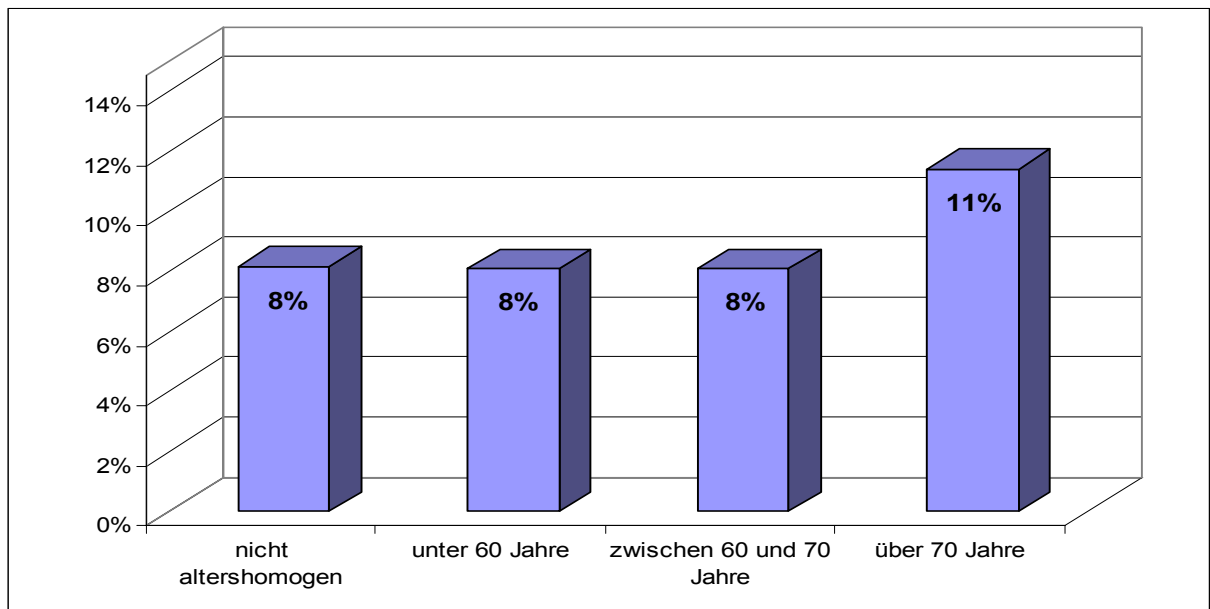


Abbildung 23: Anteil derjenigen Paarhaushalte, die im Jahr 2001 eine Kur unternommen haben, nach Alter (N=1633)

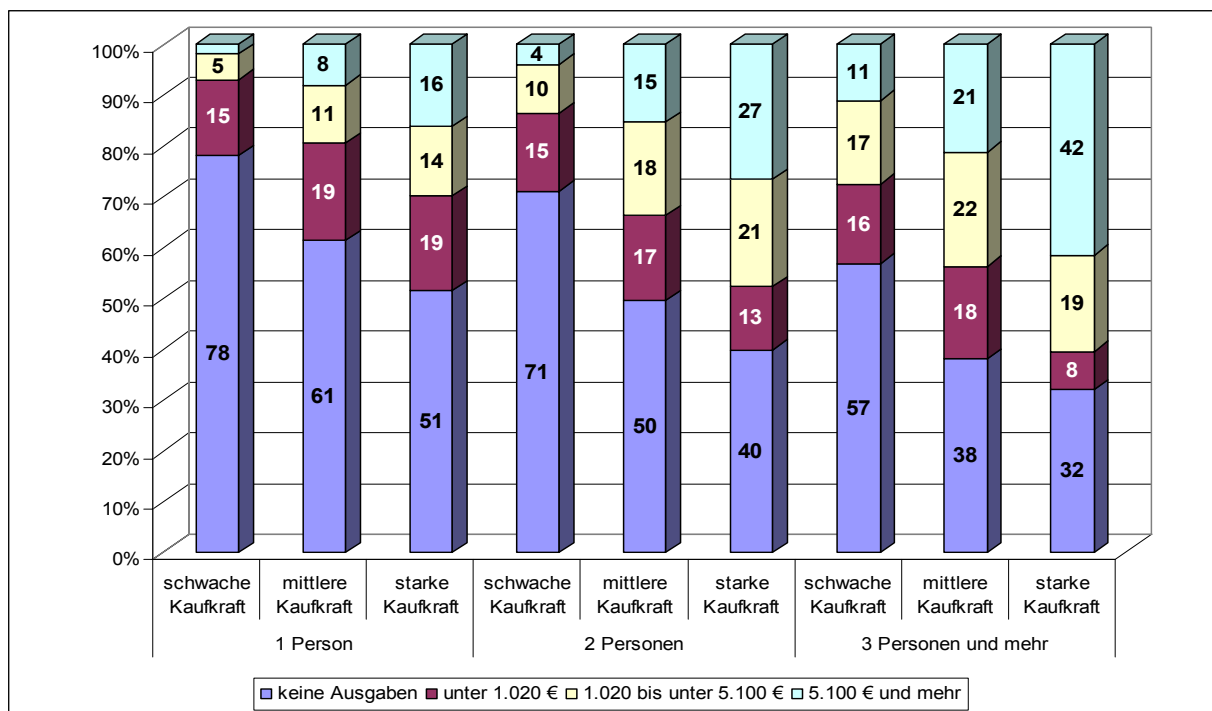
Insgesamt besitzen 41,7 Prozent der Haushalte eine **private Kranken- bzw. Zusatzversicherung**. Für diese Versicherungsleistung werden durchschnittlich 93,40 € im Monat ausgegeben, was einem Anteil von 4,2 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens entspricht.

### 4.1.9 Größere Anschaffungen

Ausgaben für größere Anschaffungen, wie beispielsweise Möbel, Elektrogeräte oder ein Auto, sind bei knapp der Hälfte der Befragten (45,6 Prozent) im Jahr 2001 angefallen.

Wie Abbildung 24 zeigt, ist die Anschaffungszurückhaltung mit 32 Prozent in der Gruppe der kaufkraftstarken Haushalte mit drei oder mehr Personen am niedrigsten und steigt auf bis zu 78,1 Prozent in der Gruppe der kaufkraftschwachen Ein-Personen-Haushalte. Insgesamt ist auch hier festzustellen, dass die Ausgaben mit zunehmender Haushaltsgröße und Kaufkraft natürlich entsprechend steigen.

Durchschnittlich wurden im Jahr 2001 2212,44 € pro Haushalt für größere Anschaffungen aufgebracht. Damit haben die Ausgaben für größere Anschaffungen einen beachtlichen Anteil von 8,2 Prozent am Haushaltsnettoeinkommen.



**Abbildung 24: Jährliche Ausgaben für größere Anschaffungen nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp (N=3860)**

Beim Vergleich der Ausgaben für größere Anschaffungen in Ein-Personen-Haushalten nach Alter und Geschlecht lässt sich ein Rückgang der Ausgaben mit dem Alter beobachten. Im Vergleich von Männern und Frauen ist dagegen keine einheitliche Tendenz zu erkennen.

#### 4.1.10 Verkehr

Das Mobilitätsverhalten älterer Menschen unterscheidet sich zum Teil grundlegend von dem anderer Bevölkerungsgruppen. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung kommt der Kenntnis der zugehörigen Verhaltensweisen aus diesem Grunde eine besondere Bedeutung für gegenwärtige und zukünftige verkehrliche und verkehrspolitische Planungen zu. Allerdings ist eine differenzierte Betrachtung notwendig, um zielgruppengerechte Angebote zu schaffen.

Zunächst wird deshalb der Bereich des motorisierten Individualverkehrs betrachtet, genaue genommen der Autobesitz und die Kosten (ohne Treibstoff) hierfür. Anschließend wird der Bereich des öffentlichen Personenverkehrs untersucht.

##### ***Motorisierter Individualverkehr***

79,5 Prozent der befragten Haushalte besitzen mindestens ein Auto. Die durchschnittlichen jährlichen Ausgaben<sup>18</sup>, d.h. die Ausgaben für Versicherungen, Instandhaltung etc., betragen pro Haushalt 960,36 € im Jahr (4 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens).

In Abbildung 25 ist gut zu erkennen, dass der Pkw-Besitz mit zunehmender Haushaltsgröße stark steigt. In Ein-Personen-Haushalten besitzt die Hälfte der Befragten kein Auto (50,9 Prozent). In Zwei-Personen-Haushalten sieht das dagegen bereits deutlich anders aus. Hier besitzen nur 9,9 Prozent der Befragten kein Auto, aber 66,2 Prozent mindestens ein Auto und 23,9 Prozent zwei Autos oder mehr. Wie zu sehen ist, besteht in noch größeren Haushalten beinahe eine Vollaussattung mit Pkws. Von den 96,8 Prozent Haushalten, die mindestens einen Pkw besitzen, besitzen 45 Prozent zwei Autos und 23,3 Prozent sogar drei oder mehr Autos.

---

<sup>18</sup> Die Ausgaben für Treibstoff wurden nicht erhoben. Die tatsächlichen Ausgaben liegen deshalb vermutlich wesentlich höher.

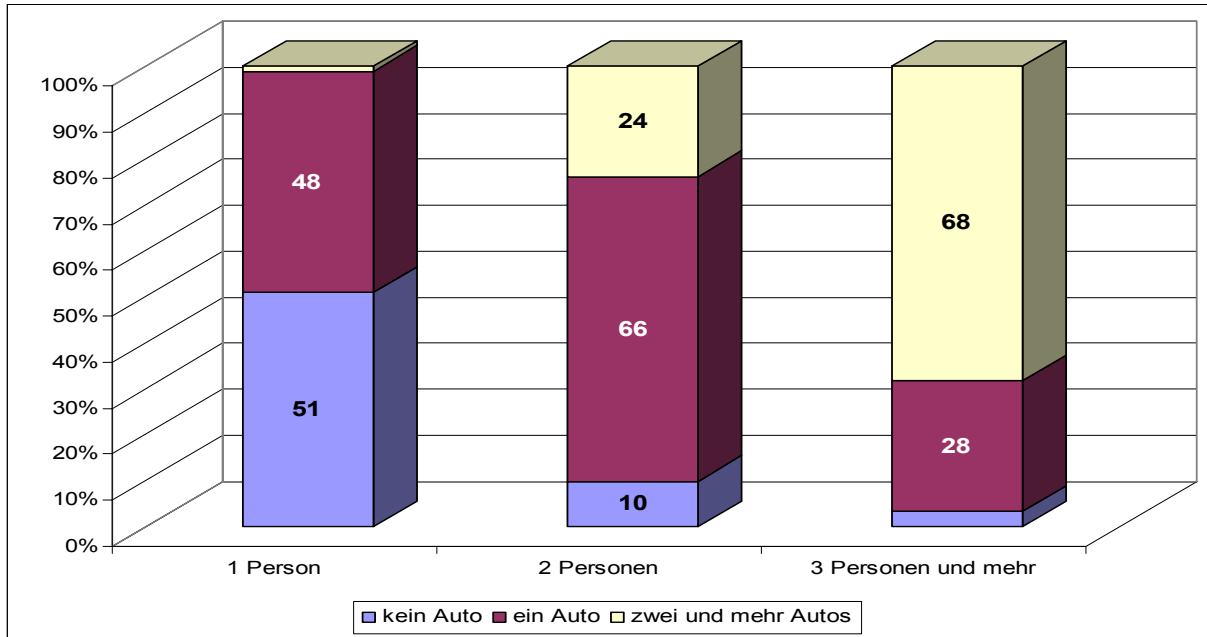


Abbildung 25: Anzahl der Pkw im Haushalt nach Haushaltsgröße (N=5009)

Die Ausstattungsquote mit Pkws nach Kaufkrafttyp und Haushaltsgröße ist in Abbildung 26 ersichtlich. Deutlich wird die Abhängigkeit der Ausstattungsquote mit Pkws von der Haushaltsgröße und der jeweiligen Kaufkraft. Je kleiner und je kaufkraftschwächer ein Haushalt ist, desto geringer ist die Besitz- und Mehrfachbesitzquote. So besitzen beispielsweise 74,9 Prozent der kaufkraftschwachen Ein-Personen-Haushalte kein Auto, aber nur ca. 25 Prozent der kaufkraftstarken Ein-Personen-Haushalte.

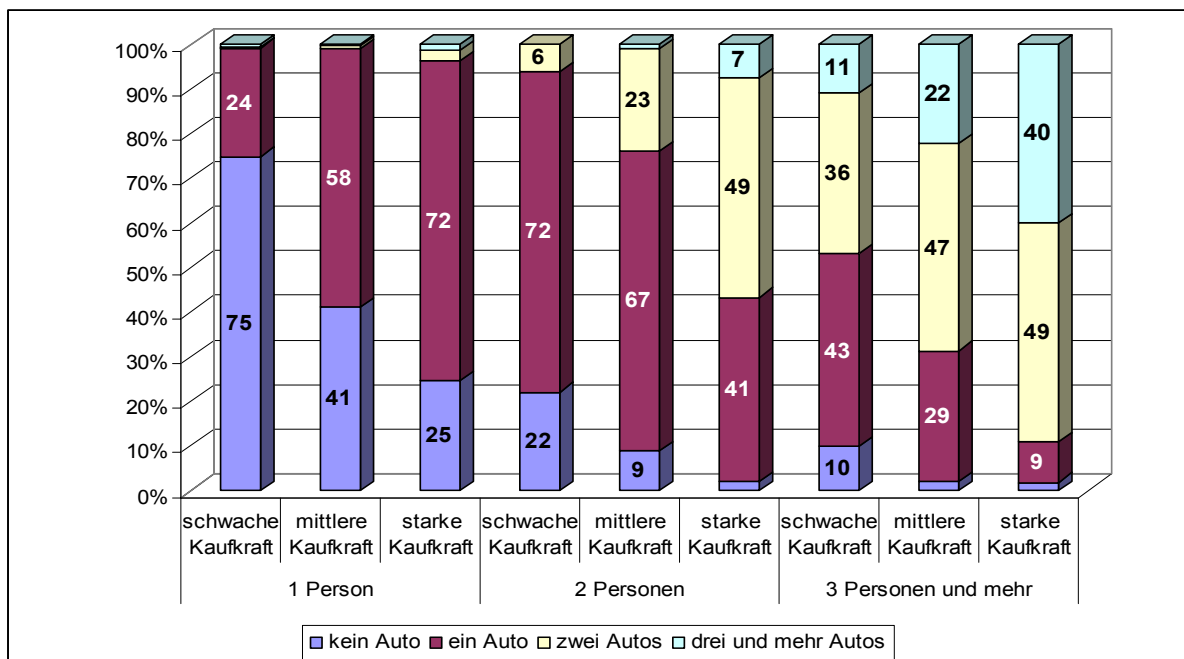


Abbildung 26: Anzahl der Pkw im Haushalt nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp (N=4279)

Differenziert man die jährlichen Kosten für Ausgaben rund ums Auto (ohne Anschaffung und

Treibstoff) nach Kaufkrafttypen, zeigt sich folgendes Bild (vgl. Abbildung 27): Über alle Haushaltsgrößen hinweg geben kaufkraftstarke Haushalte mehr Geld aus als kaufkraftschwache Haushalte. Beispielsweise geben knapp 16 Prozent der kaufkraftschwachen Ein-Personen-Haushalte mehr als 1.000 € im Jahr für ihr Auto aus, während dies bei den Haushalten mit mittlerer Kaufkraft 23 Prozent und bei den kaufkraftstarken Haushalten 40 Prozent sind.

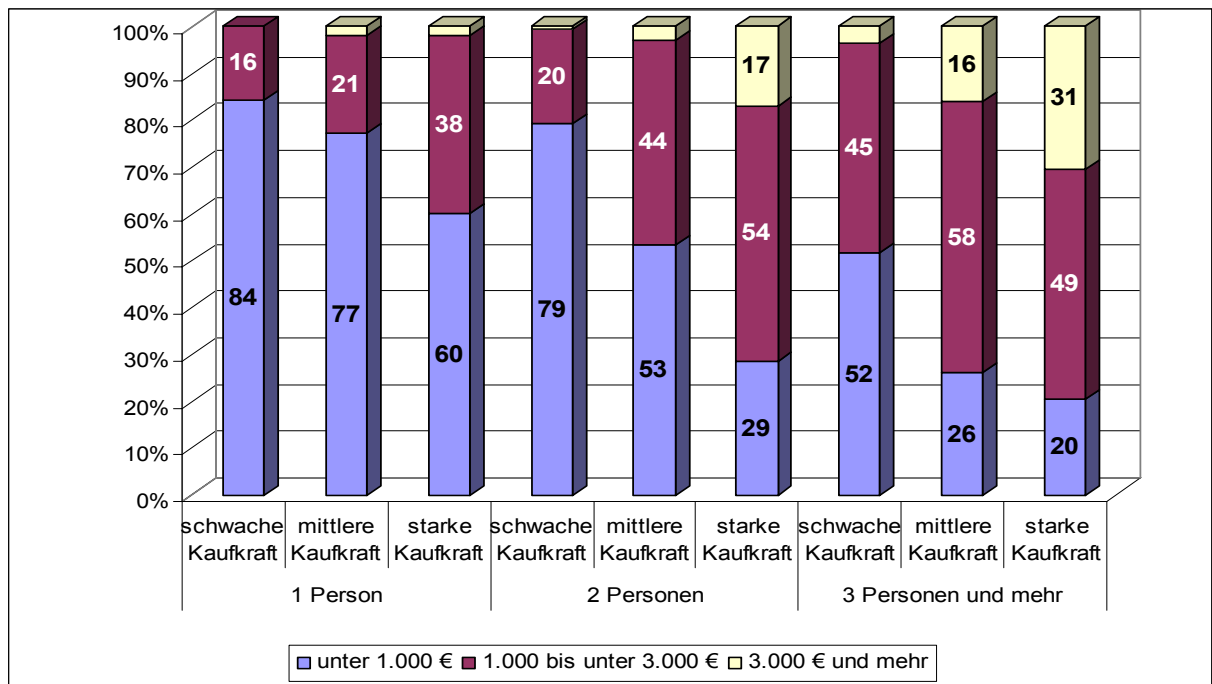


Abbildung 27: Jährliche autobezogene Ausgaben nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp (N=2961)

Mit dem Alter nimmt die Ausstattungsquote mit Pkws ab. Dabei zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede (vgl. Abbildung 28). Bei Männern in Ein-Personen-Haushalten geht die Ausstattung im Vergleich der Altersgruppen mit steigendem Alter dabei nur leicht zurück und liegt auch noch in der höchsten hier betrachteten Altersgruppe bei 65,9 Prozent. Bei alleinlebenden Frauen nimmt die Ausstattung – ausgehend von einem nur etwas niedrigeren Niveau als bei den Männern – deutlich stärker mit dem Alter ab: Während noch 69 Prozent der 55- bis 59jährigen Frauen mindestens einen Pkw besitzen, sinkt diese Quote auf 23 Prozent bei den 75- bis 80jährigen<sup>19</sup>.

<sup>19</sup> Inwieweit diese Ergebnisse für die höheren Altersgruppen hinsichtlich der geringen Zellbesetzung bei den männlichen Personen valide sind, kann hier nicht beurteilt werden. Allerdings ist davon auszugehen, dass der grundsätzliche Trend gut nachgezeichnet wurde.



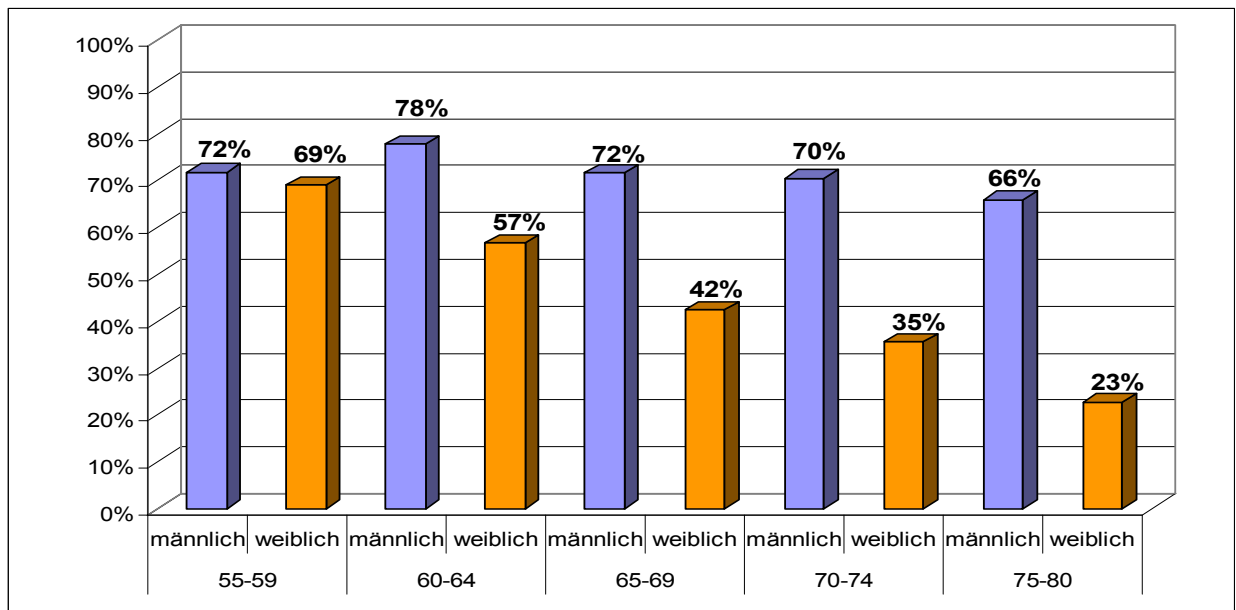


Abbildung 28: Vorhandensein mindestens eines Pkws in Ein-Personen-Haushalten nach Alter und Geschlecht (N=1487)

Auch in Zwei-Personen-Haushalten ist ein Rückgang des Pkw-Besitzes mit zunehmendem Alter zu beobachten (vgl. Abbildung 29). Der Anteil derjenigen, die kein Auto besitzen, steigt von 3,7 Prozent bei den unter 60jährigen Paaren auf 18,6 Prozent bei den über 70jährigen.

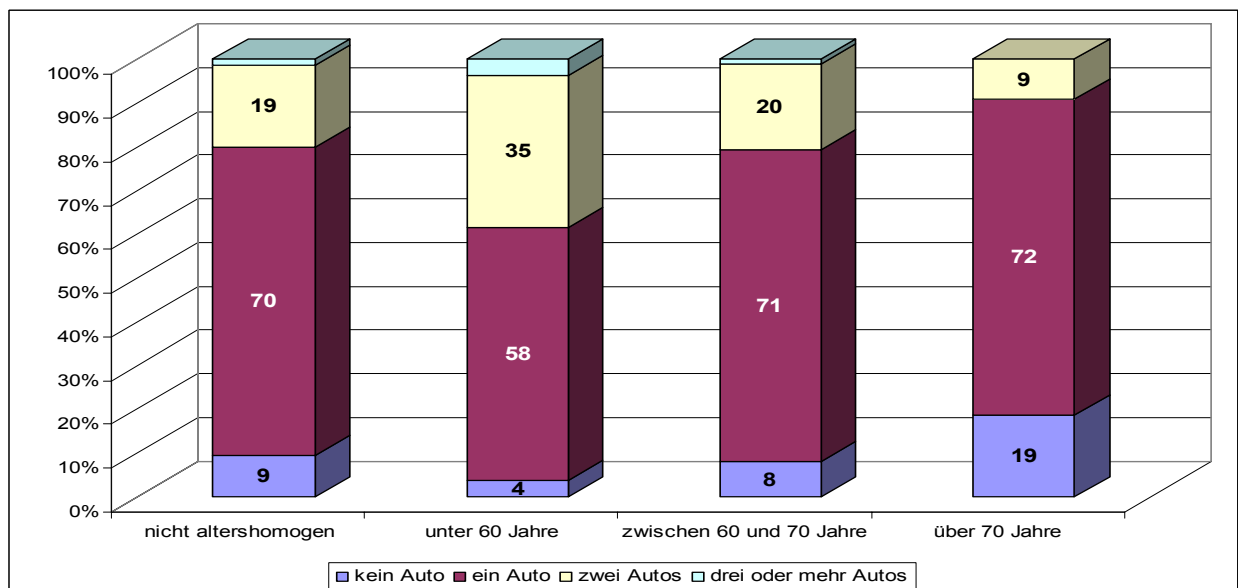


Abbildung 29: Anzahl der Pkw in Paarhaushalten nach Alter (N=1924)

Vergleicht man die Haushalte, in denen ein Paar mit einem Kind zusammenlebt mit den Haushalten, in denen ein Paar mit einem Elternteil zusammenlebt (vgl. Abbildung 30), zeigt sich, dass in Haushalten mit Kind mehr Autos vorhanden sind. 18,6 Prozent dieser Haushalte verfügen über drei oder mehr Autos, aber nur 1,9 Prozent der Paare mit einem Elternteil.

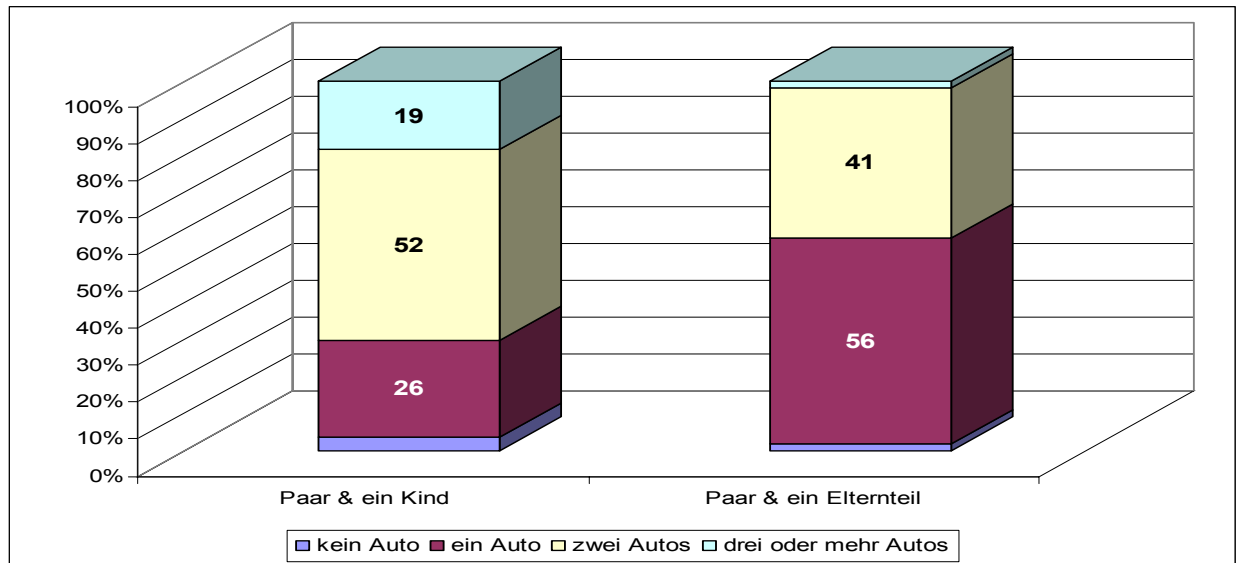


Abbildung 30: Anzahl der Pkw in ausgewählten Drei-Personen-Haushalten (N=598)

Gesundheitliche Einschränkungen bei einzelnen Haushaltsmitgliedern schlagen sich auch im Pkw-Besitz nieder. 83,9 Prozent der Haushalte ohne gesundheitliche Einschränkungen der Mitglieder besitzen mindestens einen PKW, 33,5 Prozent sogar zwei oder mehr Fahrzeuge. In der Vergleichsgruppe besitzen nur 75 Prozent mindestens ein Fahrzeug und nur 21,6 Prozent zwei oder mehr Fahrzeuge.

### **Öffentlicher Nahverkehr**

Neben dem Individualverkehr besitzt auch der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) eine große Bedeutung für ältere Menschen. Dies gilt umso mehr vor der im letzten Abschnitt getroffenen Feststellung, dass der Pkw-Besitz mit zunehmendem Alter abnimmt.

Durchschnittlich geben die befragten Haushalte monatlich 9,67 € (0,4 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens) für den ÖPNV aus.

Im Vergleich der monatliche Ausgaben für den öffentlichen Nahverkehr nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp (vgl. Abbildung 31) zeigt sich in Ein-Personen-Haushalten, dass sich mit zunehmender Kaufkraft die Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel verringern. Während bei den kaufkraftschwachen Haushalten 47,7 Prozent der Befragten keine Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel angaben, waren es bei den Haushalten mit mittlerer Kaufkraft bereits 51,3 Prozent und bei den kaufkraftstarken Haushalten 58,1 Prozent.

Die Tendenz in den Zwei-Personen-Haushalten stellt sich dagegen etwas anders dar. Hier zeigen sich nur sehr geringe Unterschiede zwischen den Kaufkrafttypen, wobei die kaufkraftstar-

ken Haushalte sogar leicht höhere Ausgaben aufzuweisen haben.

Bei den Haushalten mit drei und mehr Personen dreht sich die Verteilung im Vergleich zu den Ein-Personen-Haushalten um. 60,7 Prozent der kaufkraftschwachen Haushalte haben demnach keine monatlichen Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel, aber nur 51,9 Prozent der kaufkraftstarken Haushalte. Auch der Anteil der Haushalte, die mehr als 20 € im Monat ausgeben, ist bei den kaufkraftstarken Haushalten mit 40,7 Prozent höher als bei den kaufkraftschwachen Haushalten mit 35,8 Prozent.

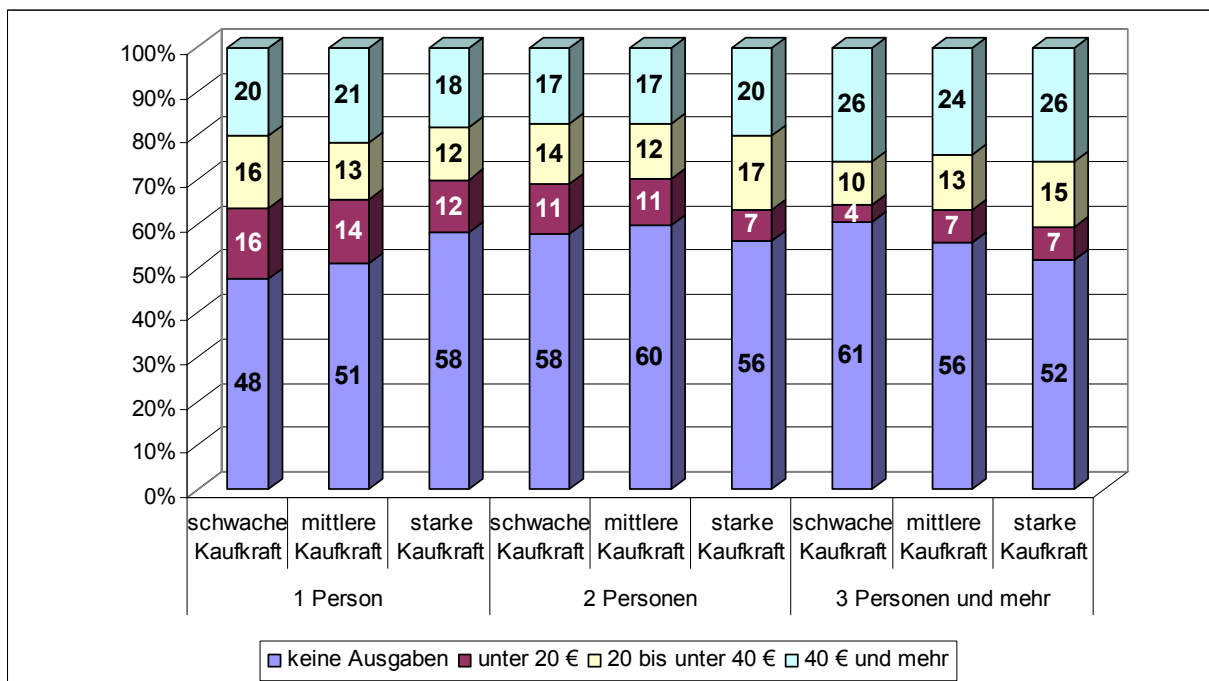


Abbildung 31: Monatliche Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel nach Haushaltsgröße und Kaufkrafttyp (N=3951)

Des Weiteren sind altersabhängige Unterschiede zwischen Männern und Frauen in Ein-Personen-Haushalten zu beobachten (vgl. Abbildung 32). Während in der Altersgruppe der 55- bis 59jährigen die Männer mehr Geld für den ÖPNV ausgeben, dreht sich das Verhältnis in den anderen Altersgruppen um. Dies dürfte primär auf die Aufgabe der beruflichen Tätigkeit bei den Männern zurückzuführen sein. Zudem ist bei den 55- bis 59jährigen Männern der Anteil geringer, der keine Ausgaben für den ÖPNV hat (52,4 Prozent der Männer zu 62,4 Prozent der Frauen). Doch auch dies ändert sich bereits in der nächsten Altersgruppe und bleibt bis zur höchsten Altersgruppe bestehen. So liegt in der höchsten hier betrachteten Altersgruppe der Anteil der Männer, die keine Ausgaben für öffentliche Nahverkehrsmittel haben, bei 69,2 Prozent, während dieser Anteil bei den Frauen nur bei 37,4 Prozent liegt.

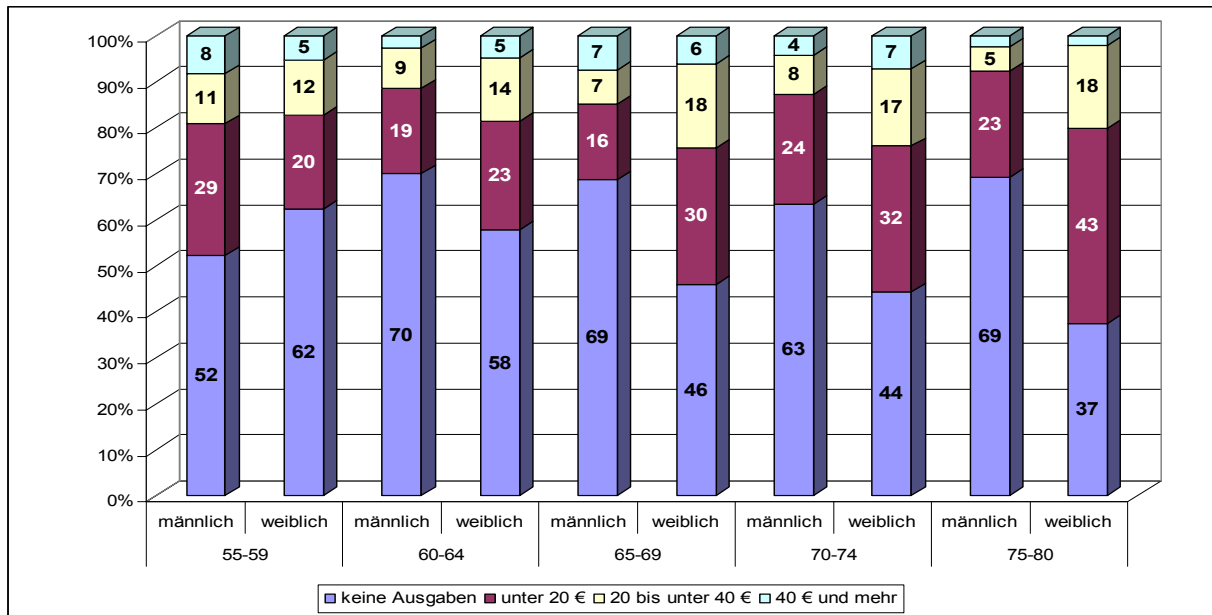


Abbildung 32: Monatliche Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel in Ein-Personen-Haushalten nach Alter und Geschlecht (N=1200)

Im Vergleich der Altersgruppen in Zwei-Personen-Haushalten (vgl. Abbildung 33) zeigt sich, dass der Anteil derjenigen, die keine Ausgaben für den öffentlichen Nahverkehr haben, bis zum Alter von 70 Jahren stabil bleibt und jeweils ca. 60 Prozent beträgt. In der Gruppe der über 70jährigen sinkt dieser Anteil dann auf 54 Prozent. Die Gruppe der über 70jährigen ist es auch, die tendenziell das meiste Geld für öffentliche Verkehrsmittel aufwendet. Fast 37 Prozent dieser Altersgruppe geben monatlich mehr als 20 € dafür aus.

Betrachtet man die Ausgabesituation der unter 60jährigen noch einmal näher, so gibt es in dieser Gruppe zwar einen hohen Anteil, der kein Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel hat. Gleichzeitig ist in dieser Altersgruppe aber mit 21,4 Prozent auch der größte Anteil derjenigen Haushalte vertreten, die mehr als 40 € im Monat (durchschnittlicher Preis für eine Monatskarte des ÖPNV) für öffentliche Verkehrsmittel ausgeben. Dies erklärt sich sicherlich dadurch, dass in dieser Altersgruppe die größte Anzahl an erwerbstätigen Personen zu finden ist und diese Gruppe berufsbedingte Ausgaben in diesem Bereich hat.

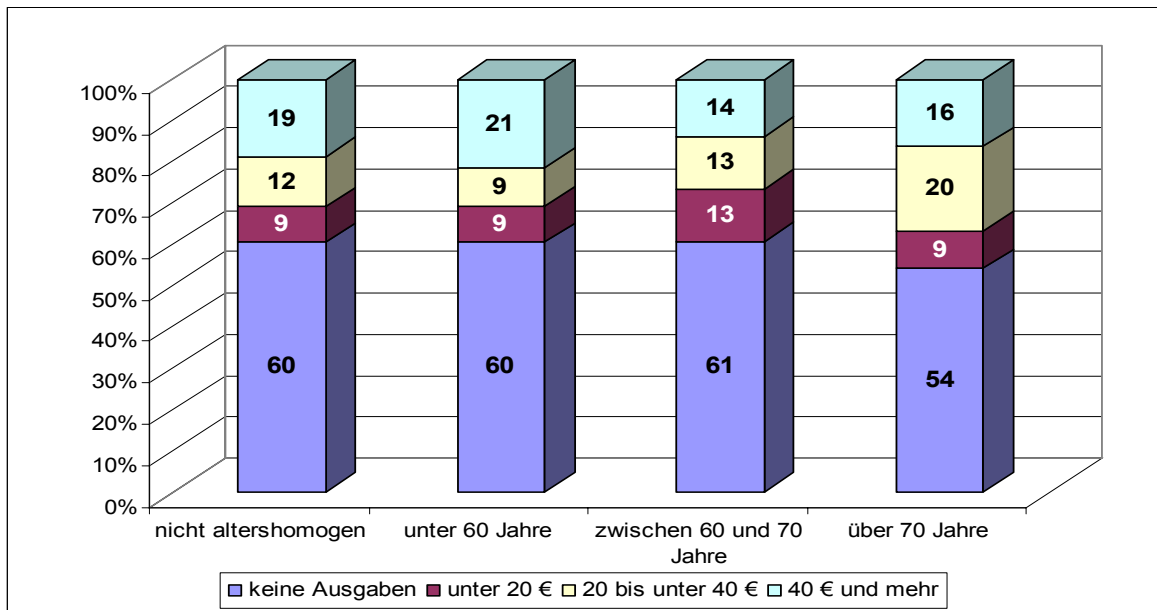


Abbildung 33: Monatliche Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel in Paarhaushalten nach Alter (N=1734)

Auch im Vergleich der Paarhaushalte, in denen ein Kind lebt, und derjenigen Haushalte, in denen ein Paar mit einem Elternteil lebt (vgl. Abbildung 34), zeigen sich Unterschiede, die sich durch die Altersstruktur und die damit verbundene Erwerbstätigkeit einzelner Haushaltsmitglieder erklären lassen. So geben 65,9 Prozent der Paare mit einem Elternteil an, keine Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel zu tätigen. Gleichzeitig geben auch nur 14,6 Prozent dieser Gruppe mehr als 40 € im Monat aus. Dagegen sind es in der Gruppe der Paare mit einem Kind 56,4 Prozent, die keine Ausgaben haben, aber 23,9 Prozent mit Ausgaben über 40

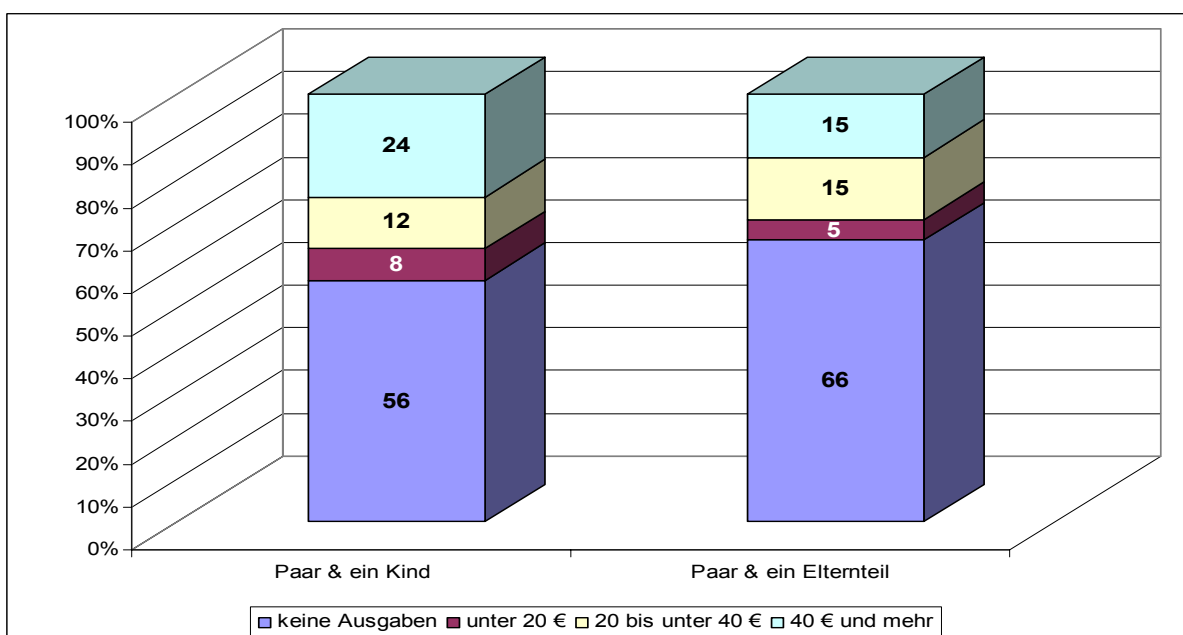


Abbildung 34: Monatliche Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel in ausgewählten Drei-Personen-Haushalten (N=455)

€.

Gesundheitliche Einschränkungen wirken sich nicht auf die Ausgaben für den ÖPNV aus.

Aufschlussreicher ist der Vergleich zwischen den Ausgaben der Haushalte mit mindestens einem Auto und der Haushalte, die kein Auto besitzen (vgl. Abbildung 35). Während nur 27,6 Prozent der Haushalte ohne Auto keine Ausgaben für öffentliche Nahverkehrsmittel angeben, sind dies bei Haushalten mit mindestens einem Fahrzeug 63,3 Prozent. Zudem geben 56,3 Prozent der Haushalte ohne Auto mehr als 20 € im Monat aus, 36,2 Prozent sogar mehr als 40 €. In Haushalten mit einem Fahrzeug dagegen werden nur in 27,2 Prozent der Haushalte mehr als 20 € ausgegeben, 16 Prozent geben mehr als 40 € aus.

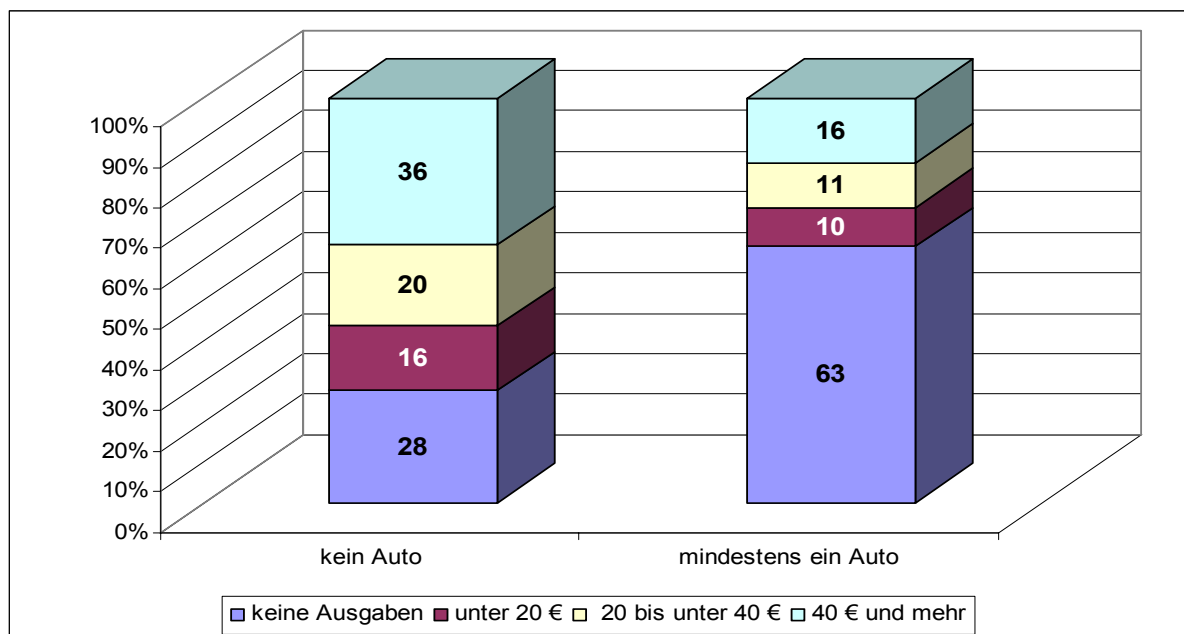


Abbildung 35: Monatliche Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel nach PKW-Besitz (N=3951)

#### 4.1.11 Sparen

Ersparnisse gelten als jene Mittel, die (zunächst) nicht in den allgemeinen Konsum einfließen. Gleichzeitig könnten diese als Gelder betrachtet werden, die bei zusätzlichen Konsumwünschen ohne eine Verringerung der Ausgaben in anderen Bereichen bei Bedarf aktiviert werden können. 65,4 Prozent aller Haushalte älterer Menschen haben im Jahr 2001 Geld gespart. Betrachtet man im Einzelnen, welche Haushalte Geld zurückgelegt haben, so wird deutlich, dass dieser Anteil mit steigender Kaufkraft und Haushaltsgröße zunimmt. So zeigen die Daten, dass 33,4 Prozent der kaufkraftschwachen Ein-Personen-Haushalte und über 90 Prozent der

kaufkraftstarken Ein-Personen-Haushalte im Jahr 2001 Geld gespart haben.

Die durchschnittliche **Sparsumme** – gemittelt über alle Haushalte – beträgt 153,88 € im Monat und liegt damit bei ca. 6,8 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens. Der Anteil steigt jedoch auf 10 Prozent bei jenen Haushalten, die im Jahr 2001 tatsächlich gespart haben. Tendenziell werden umso höhere Anteile des Haushaltsnettoeinkommens zurückgelegt, je kaufkraftstärker der Haushalt ist. Kaufkraftstarke Ein-Personen-Haushalte sparen mit einer Gesamtsumme von durchschnittlich 7.132 € im Jahr mehr als das achtfache dessen, was kaufkraftschwache Haushalte dieser Größe ersparen.

## **4.2 Verwendung des frei verfügbaren Einkommens**

Im folgenden Abschnitt wird das Ausgabeverhalten der untersuchten Haushalte auf das frei verfügbare Einkommen bezogen. Hiermit werden in Ergänzung zum vorhergehenden Abschnitt zwei Zielsetzungen verfolgt: Zum einen soll noch stärker als bisher deutlich gemacht werden, wie ältere Menschen bestehende finanzielle Spielräume nutzen. Nivellierungstendenzen durch gleichbleibend hohe Fixkosten, z.B. Wohnen, bleiben dabei ausgeschlossen. Zum anderen soll dargestellt werden, ob und wenn ja, in welcher Höhe das frei verfügbare Einkommen überhaupt „verkonsumiert“ wird bzw. in welcher Höhe eventuelle Kaufkraftpotenziale brach liegen.

Das frei verfügbare Einkommen wird hierbei wie folgt definiert: Das frei verfügbare Einkommen ergibt sich aus dem verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen abzüglich aller durch Fixkosten bedingten Ausgaben. Diese Ausgaben werden wiederum dadurch definiert, dass sie entweder nicht periodisch schwanken können (wie z.B. Versicherungsbeträge) oder nicht substituierbar sind (z.B. Ausgaben für Miete). Eine differenzierte Auflistung der jeweiligen Ausgabearten findet sich in Tabelle 5.

Diese Differenzierungskriterien und die daraus folgende Einteilung bergen sicherlich in einigen Bereichen Interpretationsspielräume bzw. Grauzonen. Bei einer einheitlichen Handhabung lassen sich jedoch – wie im folgenden zu sehen sein wird – prägnante Aussagen treffen.

<i>Feste Ausgaben</i>	<i>Disponible Ausgaben</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Tilgung der Schulden/Zinsen</li> <li>• gesetzliche Unterhaltszahlungen an andere Personen</li> <li>• Kosten für Kinder im Haushalt</li> <li>• Nebenkosten Wohnen Mieter</li> <li>• Warmmiete</li> <li>• Betrag für Renovierung, Modernisierung, bauliche Veränderungen</li> <li>• Nebenkosten Wohnen Eigentümer</li> <li>• Nebenkosten Eigentümer Zusatz</li> <li>• Renovierung, Modernisierung, baul. Veränderungen Eigentümer</li> <li>• Telefonanschluss/-gebühren</li> <li>• ÖPNV</li> <li>• KFZ-Steuer</li> <li>• Autoversicherung</li> <li>• Autoreparaturen, etc.</li> <li>• private Krankenversicherung</li> <li>• Risikoversicherungen</li> <li>• Mitgliedschaften</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Frisörbesuche</li> <li>• Textilreinigung</li> <li>• Gastwirtschaften und Restaurants</li> <li>• Haltung von Haustieren</li> <li>• Grundnahrungsmittel</li> <li>• Genussmittel</li> <li>• Artikel der Körperpflege</li> <li>• Reinigungsmittel</li> <li>• Bekleidung</li> <li>• größere Anschaffungen</li> <li>• Spenden</li> <li>• Kurzreisen</li> <li>• Reisen</li> <li>• Zeitungen, Zeitschriften und Bücher</li> <li>• private Computernutzung</li> <li>• Handy</li> <li>• Verbraucherberatung</li> <li>• Gesundheitsberatung</li> <li>• Wohnberatung</li> <li>• Versicherungs- und Vermögensberatung</li> <li>• Einkaufsdienst</li> <li>• Putz-/Waschdienst</li> <li>• Fahrdienst</li> <li>• Wohnungsbetreuung</li> <li>• Mahlzeitendienst</li> <li>• ambulante Pflege</li> </ul>

**Tabelle 5: Definition der festen und disponiblen Ausgaben**

#### 4.2.1 Generelles Ausgabeverhalten

Folgt man der hier verwendeten Definition des frei verfügbaren Einkommens, so stehen den Nordrhein-Westfalen-Haushalten im Durchschnitt monatlich 1.492 € zur Verfügung. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,1 Personen beträgt somit rein rechnerisch das verfügbare pro Kopf -Einkommen der hier betrachteten Zielgruppe 710,5 €.

Abbildung 36 verdeutlicht, dass der private Konsum von drei Faktoren stark geprägt wird. Der höchste Anteil des frei verfügbaren Einkommens wird mit 20,5 Prozent für Grundnahrungsmittel ausgegeben. Es folgen größere Anschaffungen (12,5 Prozent) sowie Ausgaben für Reisen. Addiert man zu den längeren Reisen auch die Kurzreisen, so geben die Nordrhein-Westfalen-Haushalte 11,9 Prozent des frei verfügbaren Einkommens für touristische Zwecke aus. Insgesamt werden 69 Prozent des verfügbaren Einkommens für die in Abbildung 35 und 36 dargestellten Posten ausgegeben.

Ausgedrückt in absoluten Zahlen (vgl. Abbildung 37), geben die Haushalte im Durchschnitt monatlich 306 € für Grundnahrungsmittel, 184,4 € für größere Anschaffungen sowie 177,6 €



für Reiseaktivitäten aus<sup>20</sup>. Danach folgen mit großem Abstand Ausgaben für Bekleidung oder dem Verzehr in Gastwirtschaften bzw. Restaurants.

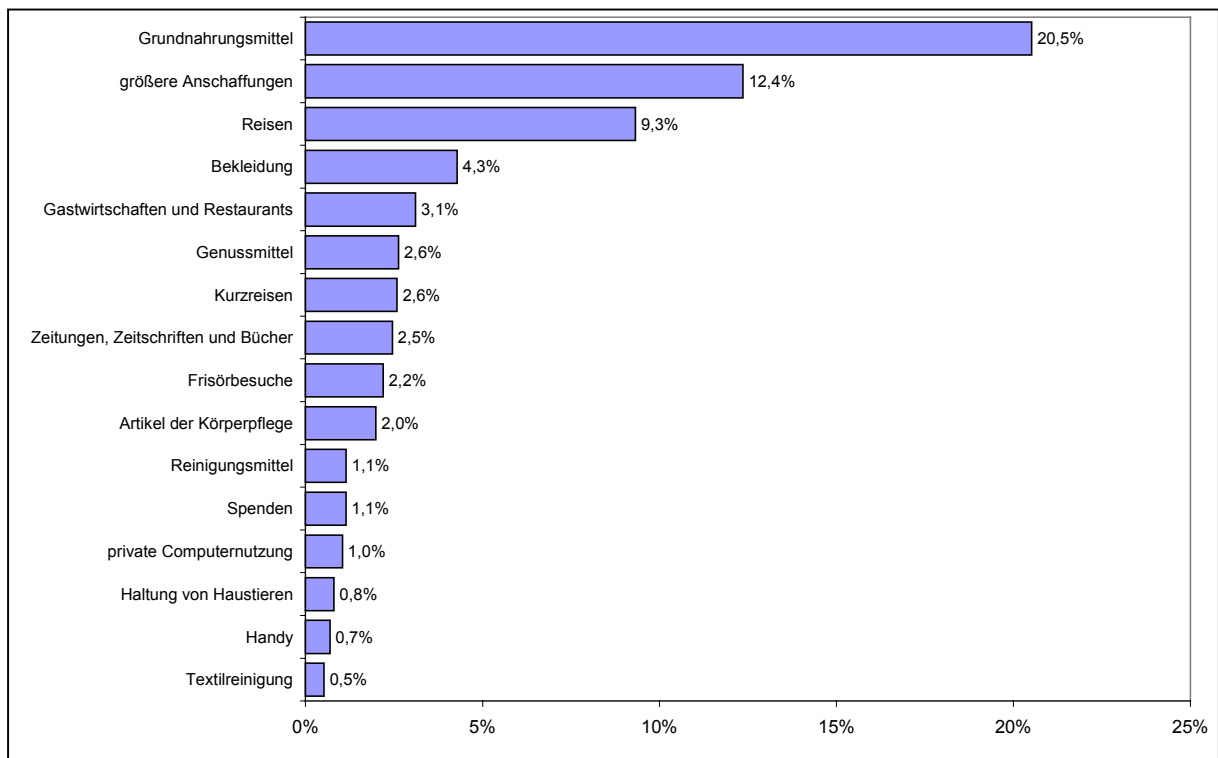


Abbildung 36: Verwendungszweck in Prozent vom frei verfügbaren Einkommen

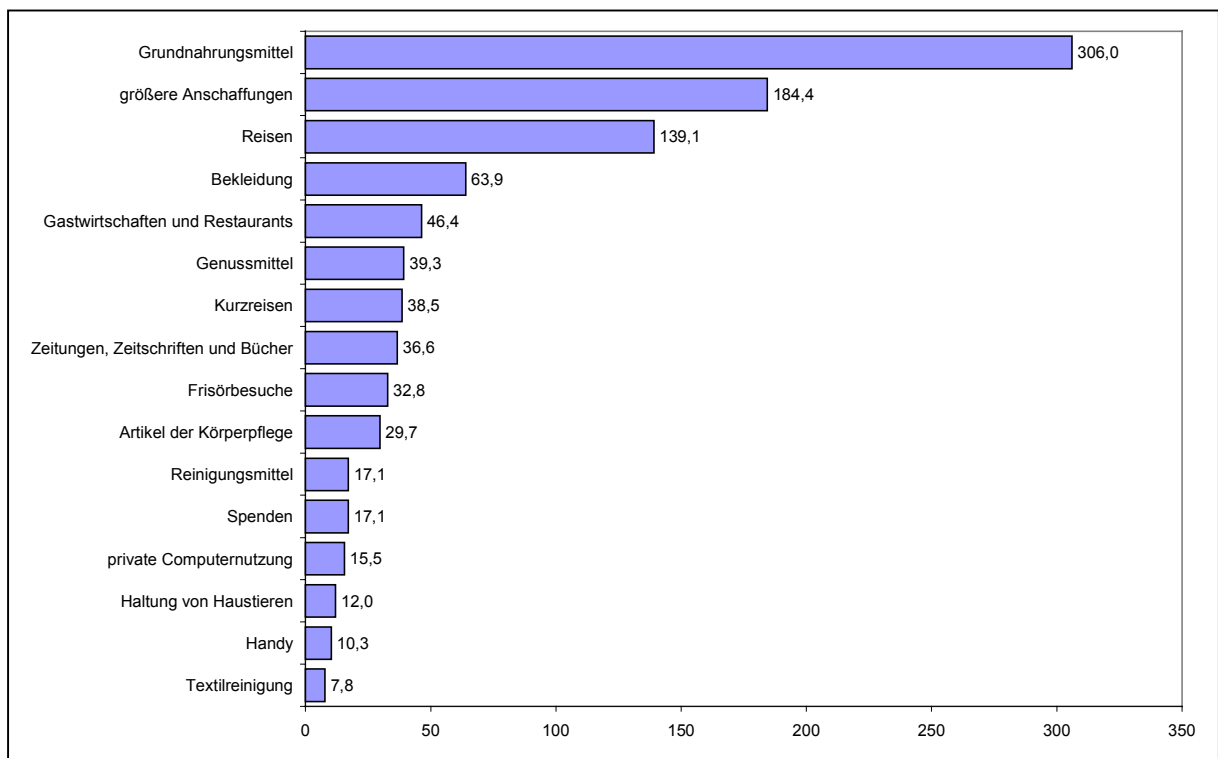


Abbildung 37: Monatliche Konsumausgaben

<sup>20</sup> Die Ergebnisse unterscheiden sich aufgrund methodischer Unterschiede leicht von den Ergebnissen in Kapitel 4.

Die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen und haushaltsbezogenen Dienstleistungen nimmt im Gesamtkontext nur eine untergeordnete Position ein. So werden für Putz- und Waschdienste im monatlichen Schnitt 13,5 € (1,3 Prozent des frei verfügbaren Einkommens), für Wohnungsbetreuung 8 € (0,7 Prozent des frei verfügbaren Einkommens) sowie für ambulante Pflegeleistungen lediglich 6 € (0,6 Prozent des frei verfügbaren Einkommens) bereitgestellt.

#### 4.2.2 Einkommensverwendung nach Kohorten

Für die Analyse des kohortenspezifischen Ausgabeverhaltens wurde das arithmetische Mittel aller Haushaltsmitglieder zugrunde gelegt<sup>21</sup>. Abbildung 38 verdeutlicht, dass zwischen den einzelnen Altersgruppen z.T. erhebliche Unterschiede im Konsumverhalten bestehen.

Als kauffreudigste Zielgruppen lassen sich die Haushalte der 55- bis 64jährigen identifizieren. Sie konsumieren fast drei Viertel ihres frei verfügbaren Einkommens. Mit steigendem Alter sinkt danach das Ausgabeverhalten linear ab. In der Kohorte der 75- bis 80jährigen beträgt der Konsumanteil nur noch 55,5 Prozent.

Differenziert man diesen generellen Trend nach den einzelnen Ausgabeposten, so ist in erster Linie der Rückgang an größeren Anschaffungen für die Diskrepanzen zwischen den Altersgruppen verantwortlich. Beträgt der Anteil von größeren Anschaffungen in der Gruppe der 55- bis 59jährigen noch 15,5 Prozent, so sinkt er bei den 75- bis 80jährigen auf 4,6 Prozent ab.

---

<sup>21</sup> Insofern weichen diese Analysen in ihrem Vorgehen vom übrigen Teil ab, in dem altersbezogene Aussagen nur für Ein- und Zwei-Personen-Haushalte getroffen wurden.

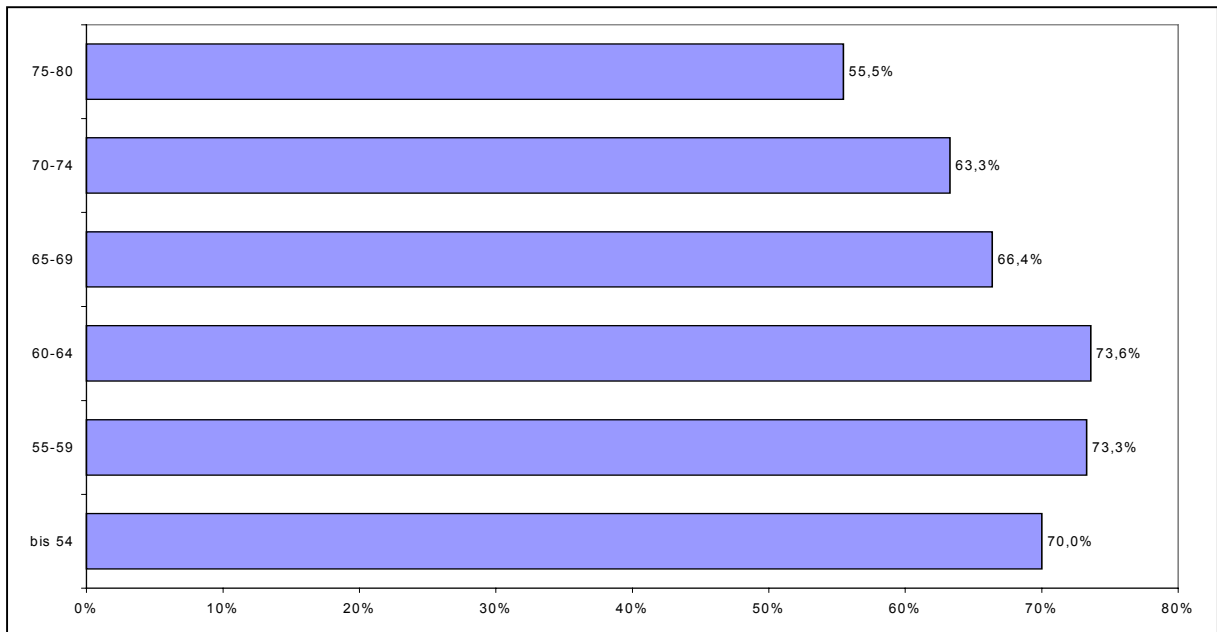


Abbildung 38: Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen nach Kohorten

Ein weiterer Faktor liegt in der sinkenden Reisebereitschaft älterer Menschen. Die Daten spiegeln die Ergebnisse einschlägiger Studien wider, wonach die Reiseintensität mit zunehmendem Alter rückläufig ist (vgl. Abbildung 39). Die Ursache dieser Reduktion wird vor allem in dem Mangel an zielgruppenspezifischen Angeboten für höherbetagte Menschen gesehen (Hübner et al. 1999).

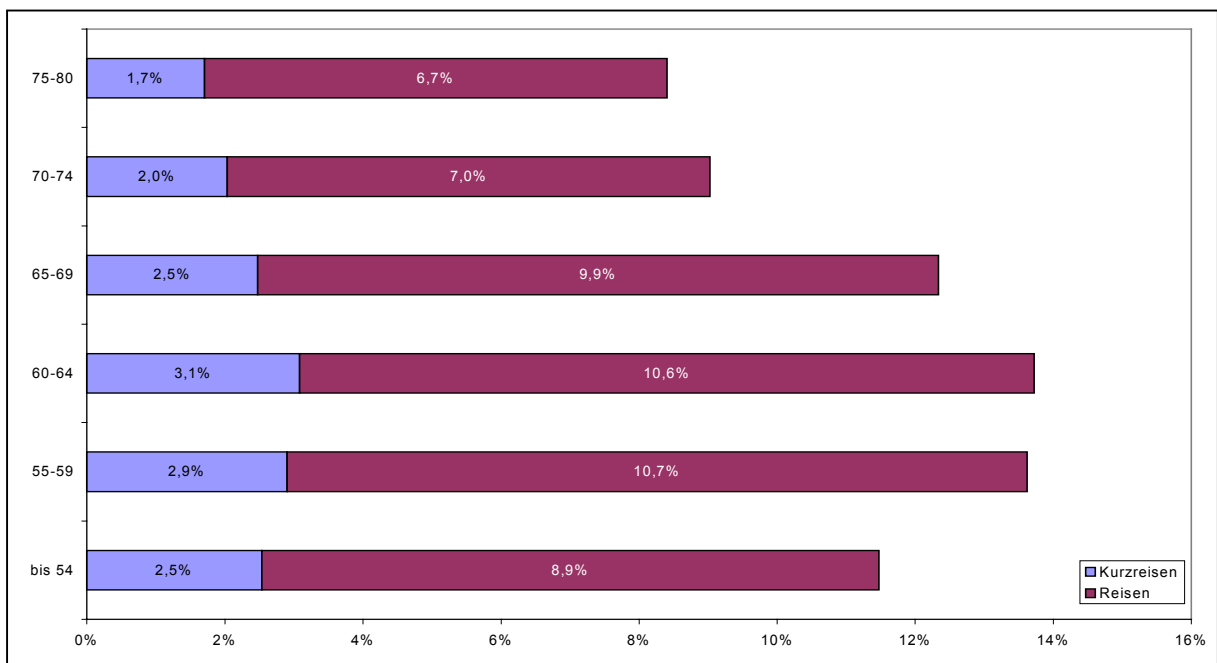


Abbildung 39: Anteil der Reiseausgaben am verfügbaren Einkommen

Bedingt durch die eingeschränkte Mobilität werden die eigenen vier Wände als zentraler Lebensraum im Alter immer bedeutsamer. So zeigt sich auch in den untersuchten Haushalten, dass die Ausgaben für haushaltsbezogene Dienstleistungen im Alter dominanter werden (vgl.

Abbildung 40). Geben die bis unter 60jährigen nur 1 Prozent des verfügbaren Einkommens für diese Dienstleistungen aus, so wachsen die Ausgaben in den älteren Kohorten kontinuierlich bis 6 Prozent an. Insbesondere Putz- und Waschdienste sowie die Betreuung der eigenen Wohnung werden von älteren Menschen stärker zugekauft.

Auffällig ist ferner, dass die Ausgaben für ambulante Pflegedienste in der Gruppe der 65- bis 69jährigen am höchsten sind und mit steigendem Alter sinken. Dies liegt darin begründet, dass die Pflegeausgaben nicht für die eigene Altersgruppe erbracht werden, sondern für weitere im Haushalt lebende ältere Mitglieder (in der Regel die Eltern). In den älteren Kohorten nehmen die Pflegeausgaben deshalb ab, weil die Eltern bzw. Angehörige entweder nicht mehr leben oder stationär gepflegt werden müssen.

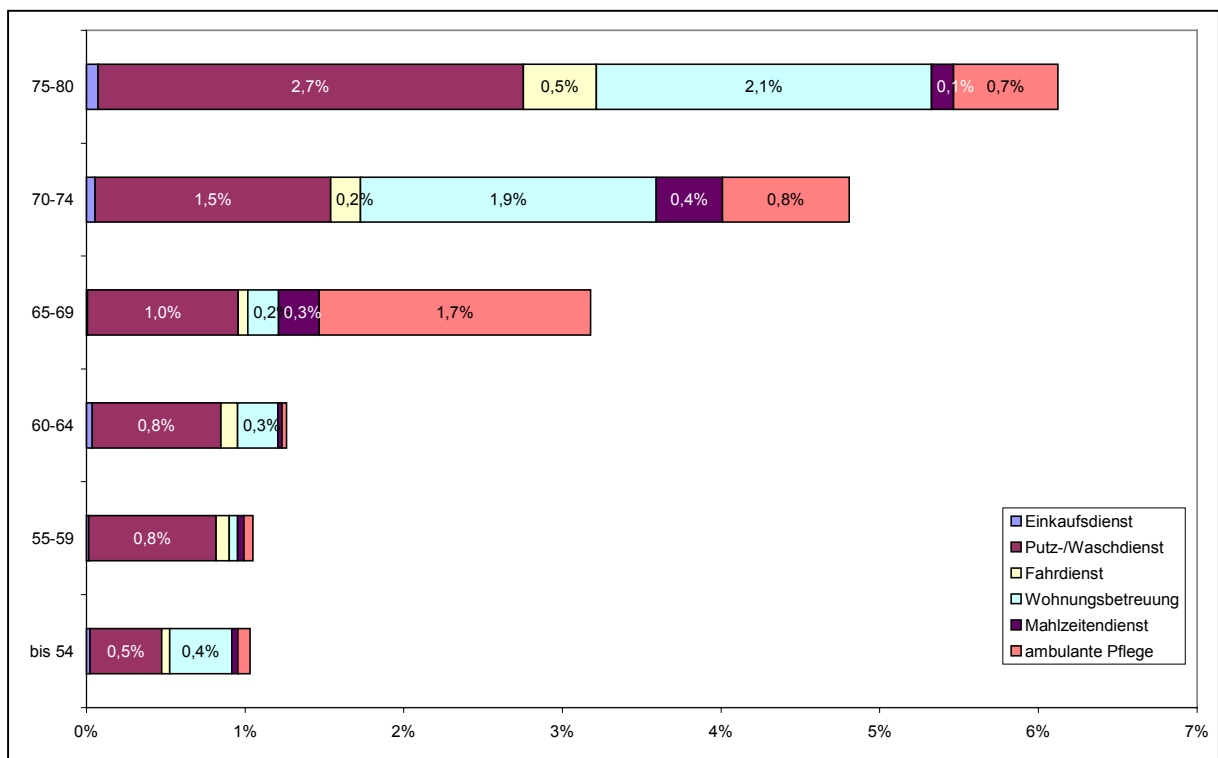
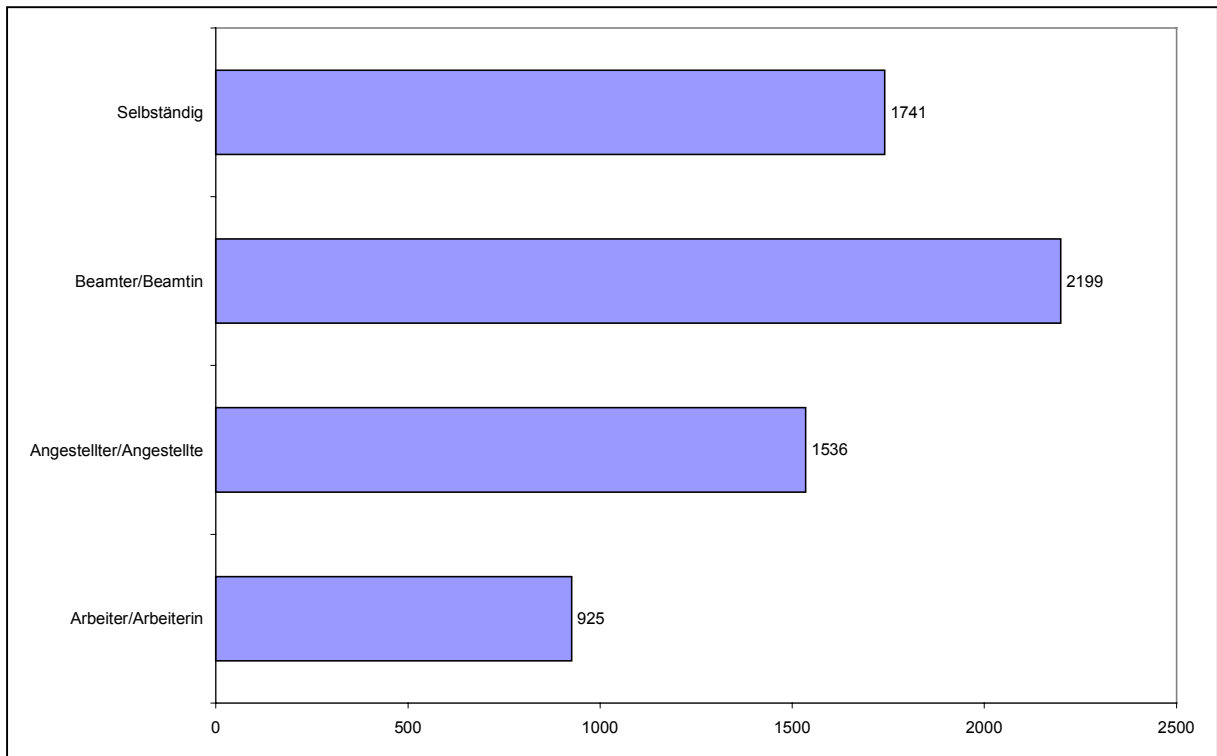


Abbildung 40: Anteil der haushaltsbezogenen Dienstleistungen am verfügbaren Einkommen

#### 4.2.3 Einkommensverwendung nach beruflichem Status

Von primärer Bedeutung bei der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens bzw. des frei verfügbaren Einkommens ist der berufliche Status. Als Indikator wurde hier die jetzige bzw. ehemalige berufliche Stellung des Haupteinkommensbeziehers gewählt. Folgt man der klassischen Unterteilung, so ergeben sich extreme Unterschiede bezüglich des frei verfügbaren monatlichen Einkommens (vgl. Abbildung 41). Mit 2.199 € steht den Beamtenhaushalten durchschnittlich

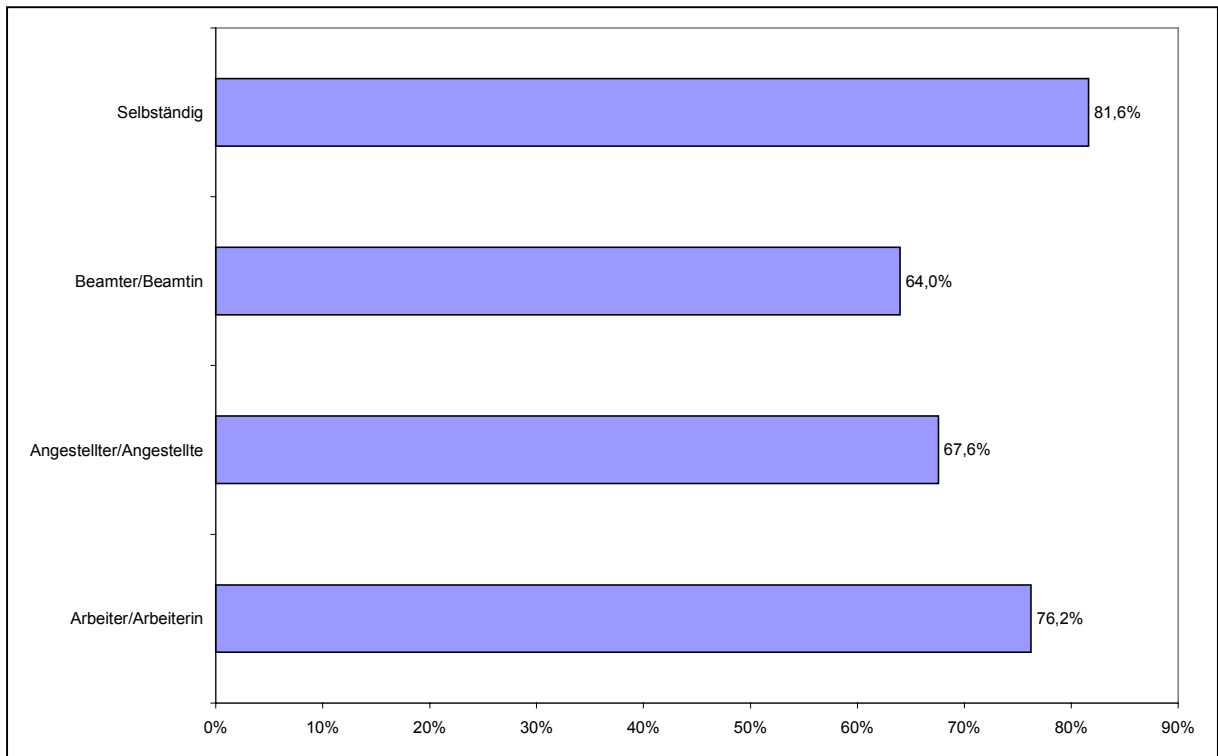
mehr als doppelt soviel freies Einkommen zur Verfügung wie den Arbeiterhaushalten (925 €). Der Angestelltenhaushalt verfügt im Schnitt über 1.536 € und der Selbstständigenhaushalt über 1.741 € disponibler Finanzen.



**Abbildung 41: Verfügbares Einkommen nach beruflichem Status des Haupteinkommensbeziehers**

Nimmt man die Ausgaben in Relation zum frei verfügbaren Einkommens als Indikator, lassen sich die Selbstständigenhaushalte als die konsumfreudigste Gruppe identifizieren (vgl. Abbildung 42). 81,6 Prozent ihres verfügbaren Einkommens werden veräußert. Bei den Arbeiterhaushalten liegt der Anteil bei 76,2 Prozent. Mit Werten von 64 Prozent bzw. 67,6 Prozent liegen Beamten- bzw. Angestelltenhaushalte deutlich unter diesem Konsumniveau.

In den Arbeiterhaushalten liegt insbesondere der Anteil des Einkommens, welches für Grundnahrungsmittel verwendet wird, erheblich über dem der übrigen Gruppen. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass nicht mehr soviel Geld für andere Ausgaben zur Verfügung steht. Dieses muss an Erklärung vorangefügt werden, wenn nun auf einzelne Ausgabefaktoren näher verwiesen wird.



**Abbildung 42: Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen nach beruflichem Status**

Besonders augenfällig ist die Bereitschaft von Selbstständigen, haushaltsbezogene Dienstleistungen anzukaufen. Mit 8 Prozent fällt der Wert mehr als viermal so hoch aus wie in allen übrigen Haushalten (vgl. Abbildung 43). Verantwortlich dafür ist der überproportionale Zukauf von Putz- und Waschdiensten, Wohnungsbetreuung sowie ambulanten Pflegeleistungen. Ein Grund ist hier möglicherweise die leichtere steuerliche Absetzbarkeit solcher Kosten. Bestätigt werden kann die Vermutung, wie weiter unten aufgeführt, durch die höheren Ausgaben der Selbstständigenhaushalte für Vermögensberatungen (z.B. Steuerberatung).

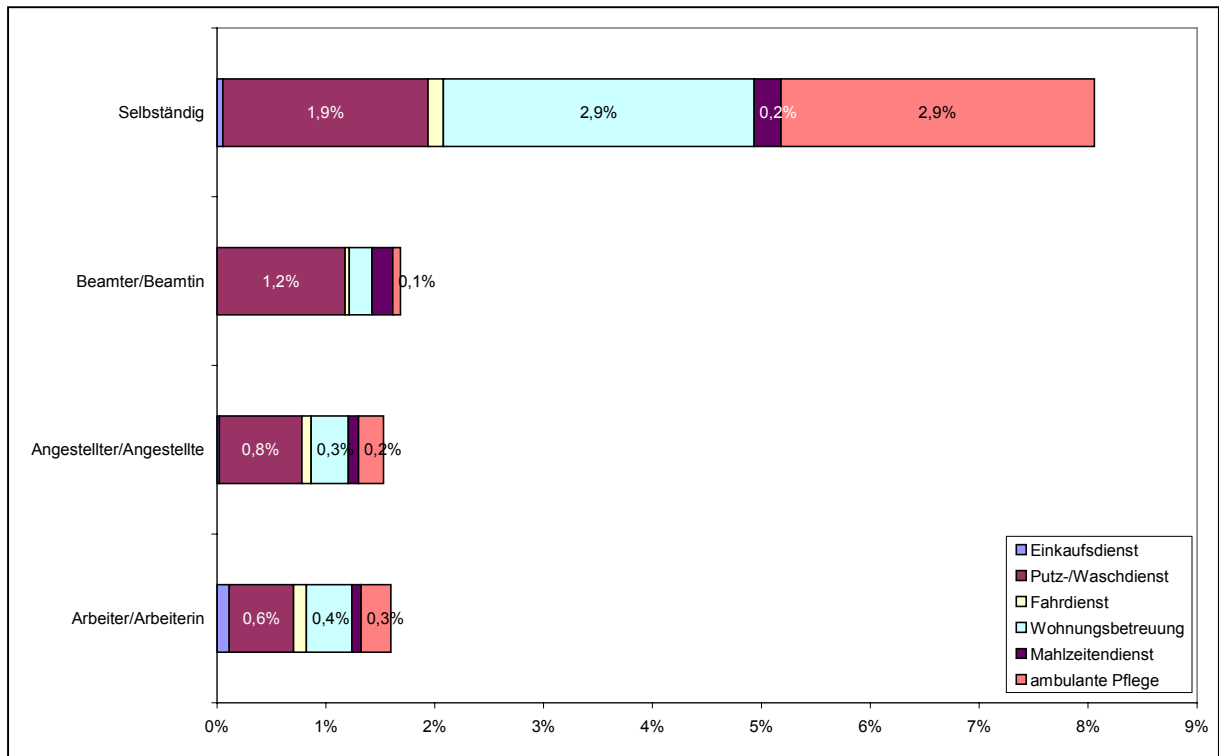


Abbildung 43: Anteil der Ausgaben für haushaltsbezogene Dienstleistungen am verfügbaren Einkommen nach beruflichem Status

#### 4.2.4 Einkommensverwendung bei gesundheitlichen Einschränkungen

Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Daher ist die Frage interessant, inwieweit sich gesundheitliche Einschränkungen auch auf das Konsumverhalten auswirken.

Betrachtet man die größeren Konsumposten, so lassen sich bei den Einzelposten diesbezüglich nur zum Teil bedeutendere Unterschiede feststellen (vgl. Abbildung 44). Auffällig ist aber, dass die geringeren Reiseaktivitäten der Haushalte, in denen einzelne Mitglieder gesundheitliche Einschränkungen aufweisen, durch Mehrausgaben für größere Anschaffungen und Grundnahrungsmittel kompensiert werden. Ob es sich dabei um gesundheitsbezogene Produkte handelt, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Es liegt allerdings die Vermutung nahe, dass durch Einschränkungen in der Mobilität mehr Geld in das eigene Wohnumfeld investiert wird.

Interessant ist an dieser Stelle auch die Tatsache, dass Haushalte mit gesundheitlich eingeschränkten Mitgliedern generell mehr Geld aus ihrem verfügbaren Einkommen veräußern. Liegt ihr Anteil aller Konsumausgaben bei 73,2 Prozent, so konsumieren die Haushalte ohne gesundheitliche Einschränkungen nur 66,1 Prozent.

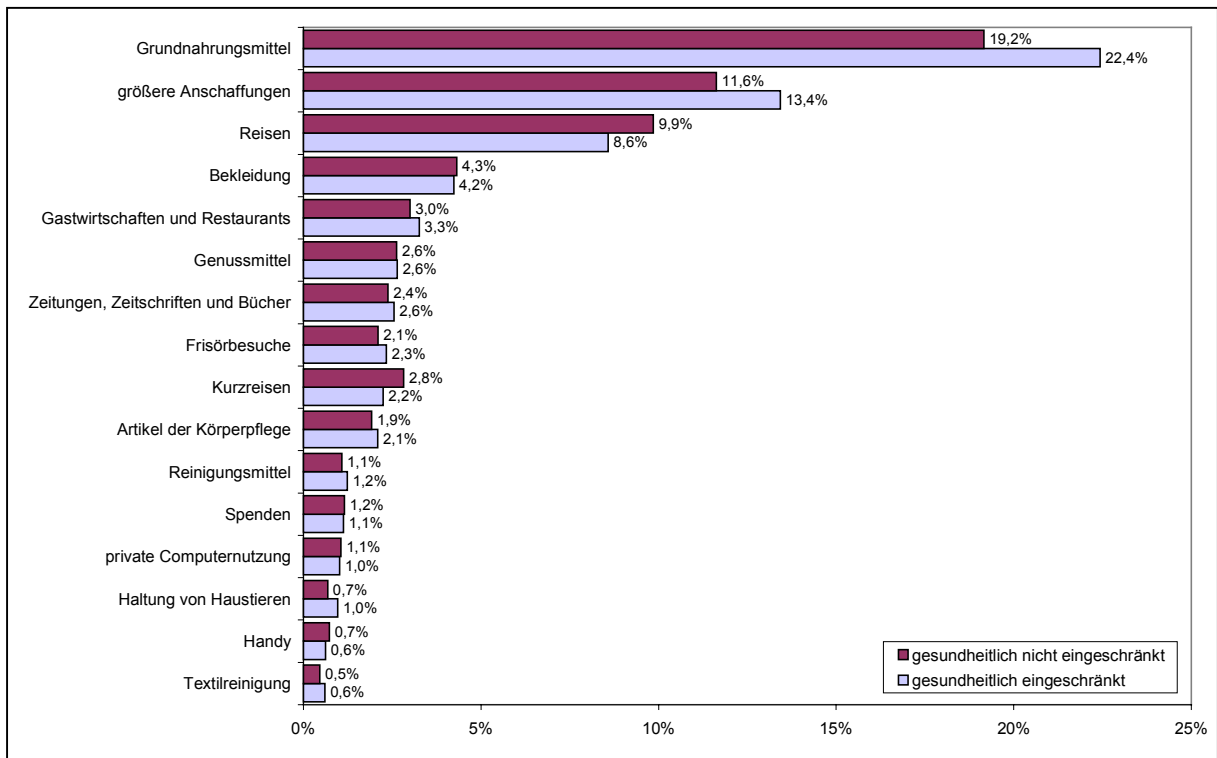


Abbildung 44: Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen bei gesundheitlichen Einschränkungen

Ein Posten zur Erklärung dieser Differenz bildet der Zukauf von haushaltsbezogenen Dienstleistungen. So ist es nicht überraschend, dass gesundheitlich beeinträchtigte Haushalte anteilig mehr für den Zukauf haushaltsbezogener Dienstleistungen ausgeben (vgl. Abbildung 45). Diese Gruppe stellt fast viermal soviel Geld für solche Leistungen bereit wie die übrigen Haushalte. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass das Ausgabenniveau im betrachteten Konsumfeld insgesamt sehr niedrig ist.



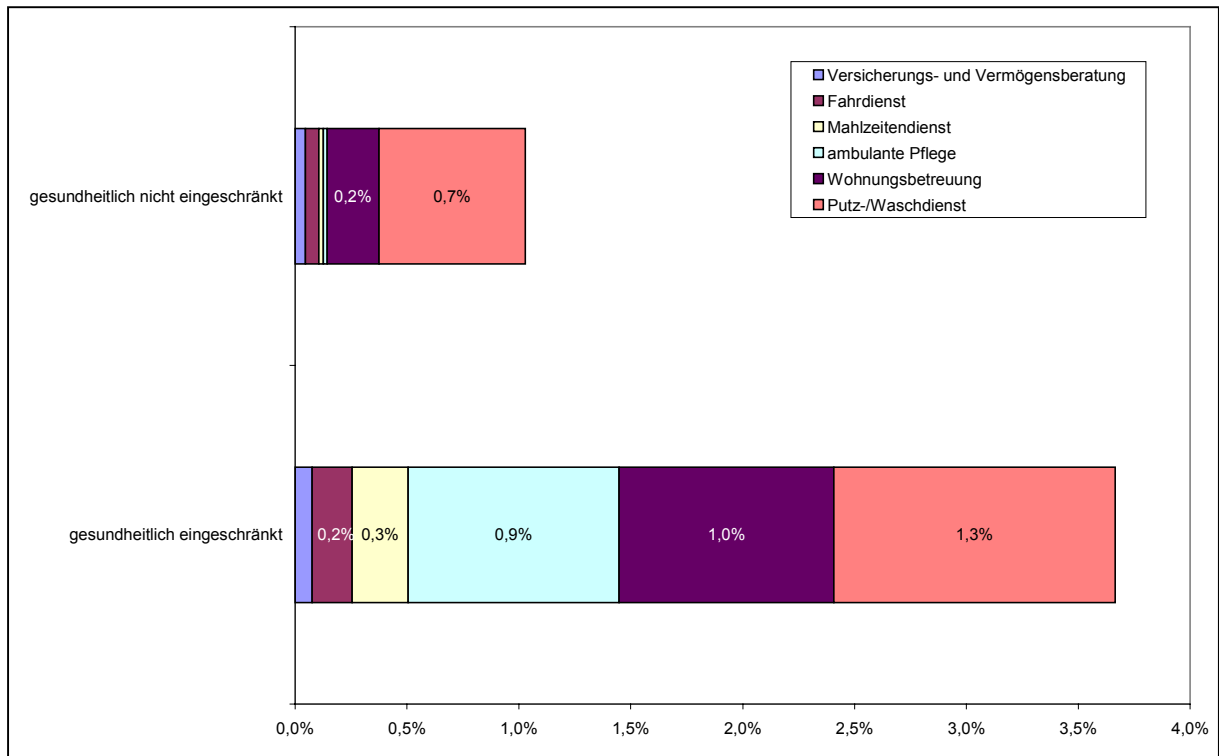


Abbildung 45: Anteil der Ausgaben für haushaltsbezogene Dienstleistungen am verfügbaren Einkommen bei gesundheitlichen Einschränkungen

#### 4.2.5 Ausgaben der Haushalte älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen – Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, dass das Ausgabeverhalten der Haushalte sowohl durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder als auch die Kaufkraft wesentlich beeinflusst wird. Dabei steigen die Ausgaben mit zunehmender Haushaltsgröße und stärkerer Kaufkraft. Bezogen auf einzelne Berufsgruppen, sind die größten Konsumpotentiale in der Gruppe der Beamten zu finden. Neben der Berufszugehörigkeit weist das Alter einen Zusammenhang zum Konsumverhalten auf. So führt der Anstieg des kalendarischen Alters meistens zu einem Rückgang der Ausgaben. Aufgrund dieser Entwicklung verfügen besonders Befragte der höheren Altersgruppen über freie finanzielle Potentiale. Diese Personen geben den geringsten Anteil ihres frei verfügbaren Einkommens aus. Zu einem Ausgabenrückgang führen oftmals, neben dem Alter, gesundheitliche Einschränkungen der Haushaltsmitglieder.

Betrachtet man die gesamte Ausgabenstruktur der befragten Haushalte, zeigt sich diese durch einige wesentliche Konsumfelder dominiert. Neben den Bereichen Wohnen, Ernährung und Reisen spielen größere Anschaffungen innerhalb der Ausgabehierarchie die bedeutsame Rolle. Im Weiteren sollen wesentliche Tendenzen innerhalb einzelner Konsumfelder zusammenfas-

send dargestellt werden:

- Hinsichtlich des Freizeitverhaltens in den befragten Haushalten zeigt sich, dass Reisen zu einer der beliebtesten Freizeitaktivitäten von Senioren gehört. So sind im Jahr 2001 in 80 Prozent aller Haushalte Reisen unternommen worden. Im Durchschnitt gab ein einzelner Haushalt jährlich 2.213 € für Reisen aus. Ältere Menschen nehmen ebenfalls häufig an Kulturveranstaltungen teil. So geben fast 70 Prozent aller Haushalte zumindest gelegentlich Geld für diese Veranstaltungen aus. Ein großer Stellenwert kommt ebenfalls den eigenen Hobbies zu.
- Die Informations- und Kommunikationstechnik spielt in der Hälfte der Haushalte älterer Menschen eine Rolle. Fast 45 Prozent aller befragten Haushalte verfügen über einen PC, einen Handheld oder ein Notebook, 30 Prozent der Haushalte verfügen zudem über einen Internetzugang und weitere 27 Prozent der Personen zwischen 55 und 80 Jahren nutzen zumindest gelegentlich einen PC. Es wird deutlich, dass mit zunehmendem Alter auf Kommunikation keineswegs verzichtet wird.
- Überraschend sind die relativ hohen Ausgaben für Gesundheit. Hier kommt insbesondere Zuzahlungen zu medizinischen Leistungen und Ausgaben für Privatversicherungen eine große Bedeutung zu. Betrachtet man die Ausgaben für medizinische Zuzahlungen, so zeigt sich, dass etwas mehr als 40 Prozent aller erfassten Haushalte jährlich einen Betrag von 102 € bis 510 € ausgeben. Gleichzeitig besaßen 41,7 Prozent aller Haushalte eine private Kranken- bzw. Zusatzversicherung, für die im Monat durchschnittlich 93,40 € aufgewendet wurden.
- Ob in einem Haushalt Geld gespart wird und wie hoch die monatliche Sparsumme ausfällt, hängt von der Haushaltsgröße und der Kaufkraft der befragten Haushalte ab. Die durchschnittliche Sparsumme aller Haushalte lag im Jahr 2001 bei ca. 154 € im Monat und entspricht dabei ca. 6,8 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens. Zu den wichtigsten Sparzielen gehört Vorsorge im weitesten Sinne. Betrachtet man jedoch das Ausgabeverhalten, so zeigt sich, dass durch Ersparnisse oftmals „besondere Anschaffungen“ finanziert werden.

### 4.3 Einkommensverwendung nach Regionen

Eines der wesentlichen Anliegen der vorliegenden Studie ist es, zu untersuchen, inwieweit innerhalb Nordrhein-Westfalen regionale Differenzierungen hinsichtlich der Einkommensverteilung und des Konsumverhaltens erkennbar werden. Die Daten lassen sich bis auf die Ebene der kreisfreien Städte bzw. der Kreise zurückverfolgen<sup>22</sup>. Da jedoch die Fallzahlen auf diesem Aggregationsniveau zu gering sind, um repräsentative Aussagen vornehmen zu können, wurde eine Segmentierung des Landes in zwölf Teilregionen vorgenommen (vgl. Tabelle 6).

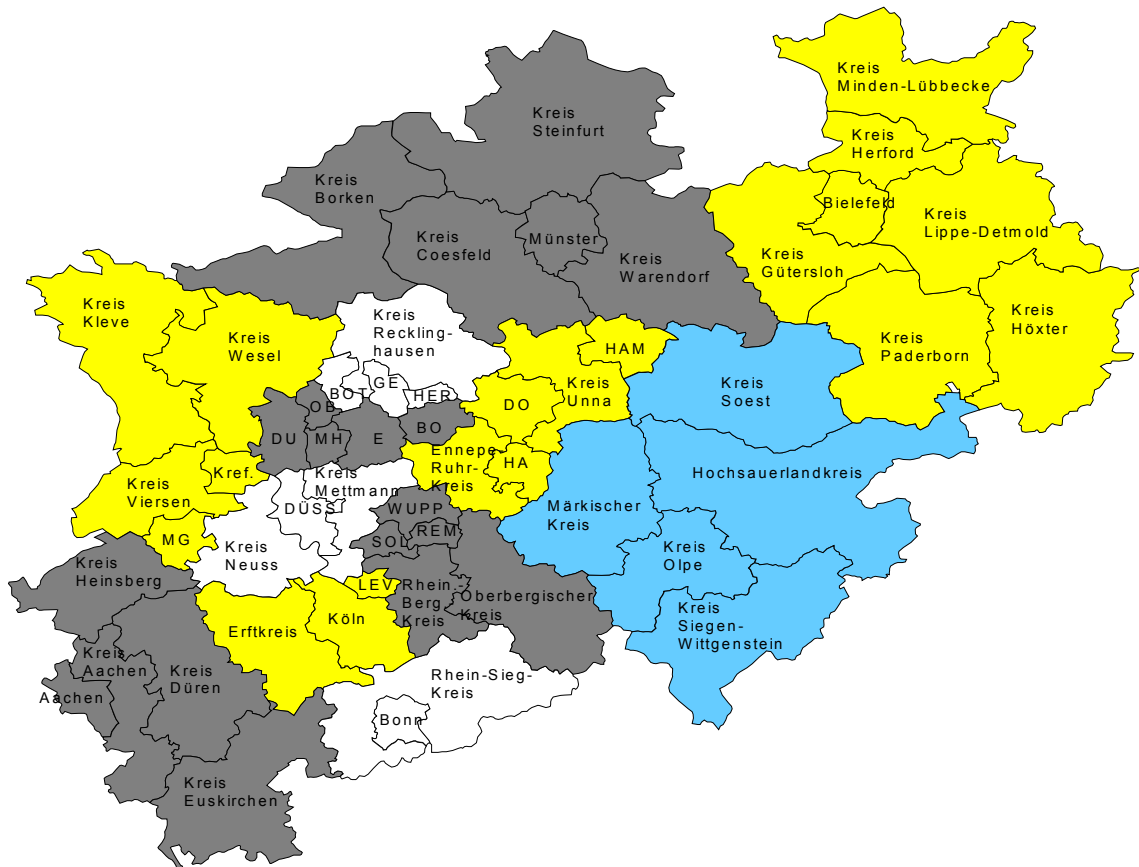


Abbildung 46: Die Teilregionen Nordrhein-Westfalens

<i>Region</i>	<i>Zugehörige Kommunen und Kreise</i>
Münsterland	Münster, Kreis Steinfurt, Kreis Borken, Kreis Warendorf, Kreis Coesfeld
Ostwestfalen-Lippe	Bielefeld, Kreis Minden-Lübbecke, Kreis Herford, Kreis Lippe-Detmold, Kreis Gütersloh, Kreis Herford, Kreis Höxter
Sauerland	Kreis Soest, Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein
nördliches Ruhrgebiet	Bottrop, Gelsenkirchen, Herne, Kreis Recklinghausen
südliches Ruhrgebiet	Duisburg, Oberhausen, Mülheim, Essen, Bochum
östliches Ruhrgebiet	Dortmund, Hagen, Hamm, Ennepe-Ruhr-Kreis, Kreis Unna
Niederrhein	Mönchengladbach, Krefeld, Kreis Kleve, Kreis Wesel, Kreis Viersen
Aachen/Eiffel	Aachen, Kreis Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Düren, Kreis Euskirchen
Raum Düsseldorf	Düsseldorf, Kreis Neuss, Kreis Mettmann
Raum Köln	Köln, Leverkusen, Erftkreis
Bergisches Land	Wuppertal, Remscheid, Solingen, Rheinisch-Bergischer-Kreis, Oberbergischer Kreis
Bonn/Rhein-Sieg-Kreis	Bonn, Rhein-Sieg-Kreis

**Tabelle 6: Teilregionen Nordrhein-Westfalens und Zuordnung der Kommunen und Kreise**

Tabelle 7 verdeutlicht, wie sich die befragten Haushalte auf die jeweiligen Regionen verteilen. Zudem sind das regionale Durchschnittsalter und die regionale durchschnittliche Haushaltgröße aufgeführt.

<i>Region</i>	<i>Häufigkeit</i>	<i>in Prozent</i>	<i>Durchschnittsalter</i>	<i>Haushaltsgröße</i>
Münsterland	348,0	8,1	57,8	2,3
Ostwestfalen-Lippe	532,3	12,4	59,4	2,1
Sauerland	353,9	8,3	60,8	2,0
nördliches Ruhrgebiet	246,4	5,8	60,7	1,9
südliches Ruhrgebiet	350,0	8,2	61,4	1,9
östliches Ruhrgebiet	383,5	9,0	60,4	2,0
Niederrhein	371,6	8,7	59,2	2,1
Aachen/Eiffel	296,5	6,9	59,9	2,1
Raum Düsseldorf	376,3	8,8	60,2	1,9
Raum Köln	409,2	9,6	59,3	2,0
Bergisches Land	328,7	7,7	60,7	1,9
Bonn/Rhein-Sieg-Kreis	285,2	6,7	60,5	2,0
<b>N</b>	<b>4282</b>	<b>100</b>	<b>60,0</b>	<b>2,0</b>

**Tabelle 7: Stichprobengröße, Durchschnittsalter und durchschnittliche Haushaltgröße der Teilregionen Nordrhein-Westfalens**

Betrachten wir zunächst die regionale Verteilung der unterschiedlichen Kaufkrafttypen, so wird erkennbar, dass insbesondere Haushalte mit schwacher Konsumkraft in den einzelnen Teilregionen sehr unterschiedlich vertreten sind (vgl. Tabelle 8). Den geringsten Anteil dieses Segments weist der Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis mit 13,6 Prozent auf. Die höchsten Anteile konsumschwacher Haushalte finden sich am Niederrhein und im Ruhrgebiet. Kaufkraftstarke

<sup>22</sup> In die Erhebung sind Ergebnisse von allen kreisfreien Städten und Kreisen eingeflossen. Lediglich für die Stadt Mülheim liegen keine Ergebnisse vor.

Haushalte finden sich dagegen vor allem im Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis sowie im Raum Düsseldorf.

<i>Region</i>	<i>Kaufkraft (in Prozent)</i>			<i>N</i>
	<i>schwach</i>	<i>mittel</i>	<i>stark</i>	
Bonn/Rhein-Sieg-Kreis	13,6	78,0	8,4	285
Raum Düsseldorf	14,9	75,8	9,4	376
Bergisches Land	17,1	75,7	7,1	329
Raum Köln	17,2	76,5	6,3	409
Ostwestfalen-Lippe	19,6	74,0	6,4	532
<b>Nordrhein-Westfalen insgesamt</b>	<b>19,8</b>	<b>74,0</b>	<b>6,2</b>	<b>4281</b>
Sauerland	19,9	76,6	3,4	354
Münsterland	19,9	73,9	6,2	348
Aachen/Eiffel	21,0	74,5	4,5	297
südliches Ruhrgebiet	21,6	73,7	4,8	350
östliches Ruhrgebiet	22,8	72,1	5,1	383
nördliches Ruhrgebiet	23,6	69,4	6,9	246
Niederrhein	26,2	67,9	6,0	372

**Tabelle 8: Verteilung der Kaufkraft in Nordrhein-Westfalen nach Regionen**

Die Verteilung der Kaufkrafttypen gibt bereits einen ersten Einblick in die finanzielle Ausstattung der Haushalte. Dieser wird mit Bezug auf die dahinterstehenden Einkommensverhältnisse, ausgedrückt in absoluten Einkommensbeträgen, bestätigt. Für das Land Nordrhein-Westfalen liegt das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen bei 2.547 € und das frei verfügbare Einkommen bei 1.492 €.

Eine Ausdifferenzierung in die Teilregionen des Land zeigt jedoch z.T. erhebliche Diskrepanzen bzgl. dieser Indikatoren (vgl. Abbildung 47). Das höchste Haushaltseinkommen mit 2.884 € findet man im Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis, gefolgt vom Raum Düsseldorf (2.755 €), dem Münsterland (2.648 €), dem Raum Köln (2.610 €) sowie Ostwestfalen-Lippe (2.603 €). Schlusslicht in der Gegenüberstellung ist das Ruhrgebiet.

Zieht man die in Tabelle 5 aufgeführten monatlichen Fixkosten von der gesamten Haushaltssumme ab, so ergibt sich ein anderes Bild. Zwar rangiert weiterhin der Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis mit einem Durchschnittswert von 1.774 € an erster Stelle bei den Konsumpotenzialen, jedoch verfügt der Raum Düsseldorf danach nur noch über das fünftgrößte Kaufkraftpotenzial. Der Raum Köln, Ostwestfalen-Lippe und der Raum Aachen nehmen hier die Plätze zwei bis vier ein.

Als konsumschwächste Räume lassen sich die eher dünnbesiedelten Gebiete des Bergischen Landes sowie des Niederrheins identifizieren, während die Haushalte des Ruhrgebiets aufgrund der niedrigeren monatlichen Belastungen nicht mehr das regionale Schlusslicht bilden.

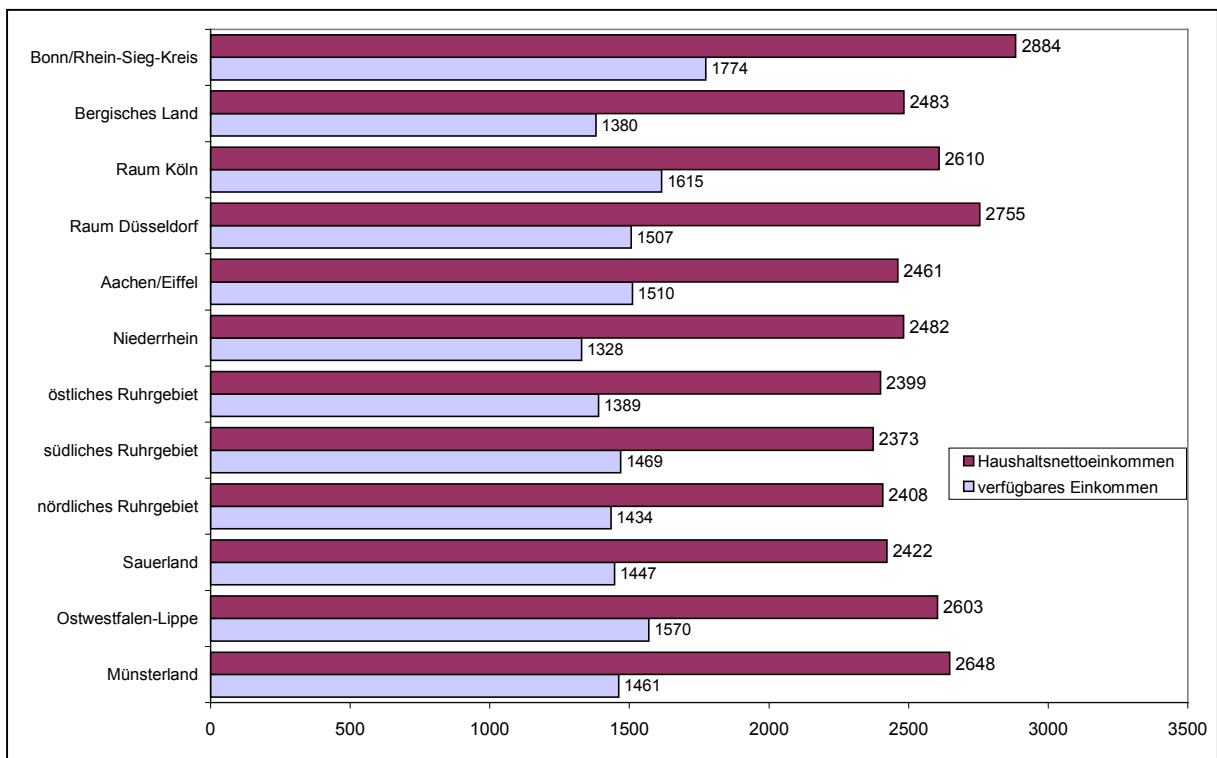


Abbildung 47: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen und verfügbares Einkommen nach Regionen

Die regionale Verteilung des verfügbaren Einkommens spiegelt sich aber nur zum Teil im Ausgabeverhalten der Haushalte wider. Betrachtet man den Anteil, den die in Tabelle 5 aufgeführten Konsumposten am frei verfügbaren Einkommen einnehmen, so nehmen die konsumschwachen Regionen, d.h. das Bergische Land (73,7 Prozent) und der Niederrhein (80,7 Prozent) vordere Plätze ein, jedoch liegt der Raum Düsseldorf mit einem Ausgabenanteil von knapp 76 Prozent an zweiter Stelle (vgl. Abbildung 48).

Auffällig ist weiterhin das heterogene Konsumverhalten in den drei Teilgebieten des Ruhrgebietes. Während die drei Teilregionen sowohl beim Haushaltseinkommen als auch bei den monatlich fixen Ausgaben relativ homogene Werte haben, so zeigt sich, dass das nördliche und östliche Ruhrgebiet (71,1 Prozent bzw. 69,9 Prozent) deutlich konsumfreudiger sind als die Haushalte des südlichen Ruhrgebiets (62,9 Prozent). Die prozentual „sparsamsten“ Haushalte befinden sich in Ostwestfalen-Lippe und im Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis. Hier werden lediglich 61,2 Prozent bzw. 61,7 Prozent des verfügbaren Einkommens konsumiert.

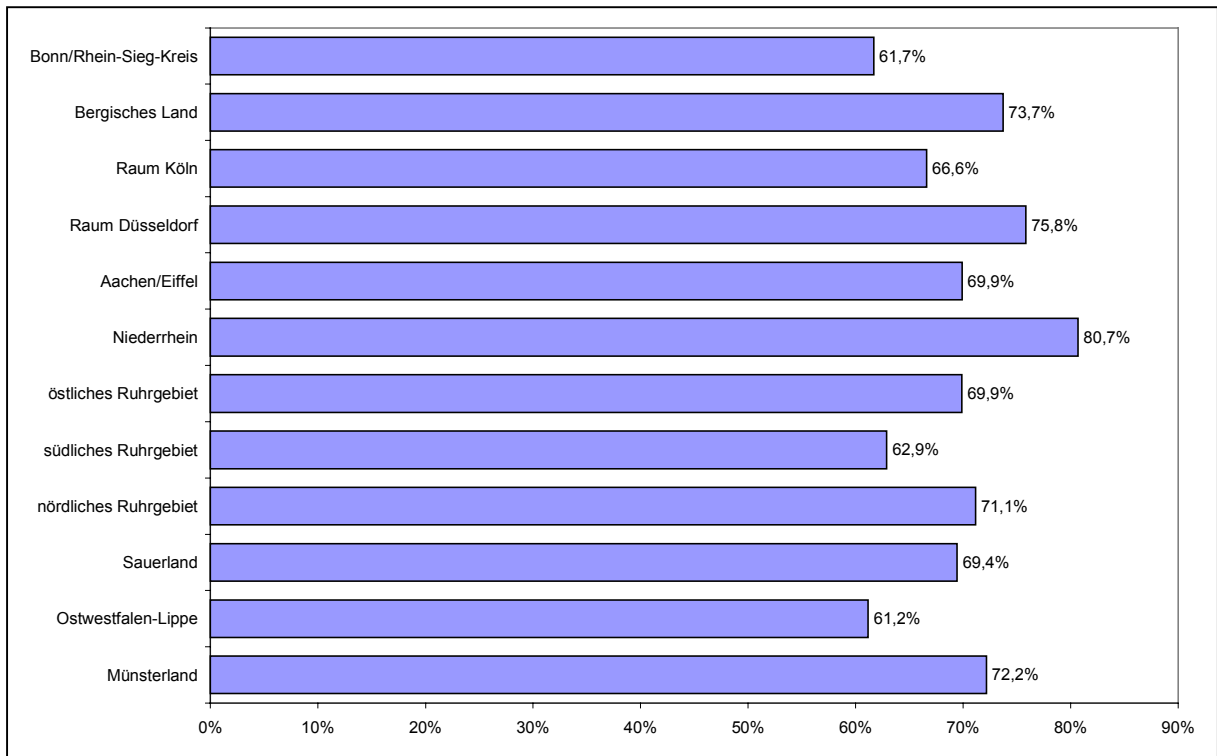


Abbildung 48: Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen nach Regionen

### 4.3.1 Reisen

Einer der größten Konsumposten privater Haushalte sind, wie gesehen, die Ausgaben für Reisen (vgl. Abbildung 49). Hier dominieren der Raum Düsseldorf sowie das Bergische Land in den anteiligen Reiseausgaben, während die Haushalte des Raumes Aachen/Eiffel signifikant weniger für dafür bereitstellen. Für das Ruhrgebiet lässt sich, wie bei den generellen Konsumausgaben konstatieren, dass die Haushalte des südlichen Ruhrgebiets weniger in den Reisekonsum investieren als die beiden anderen Teilregionen.

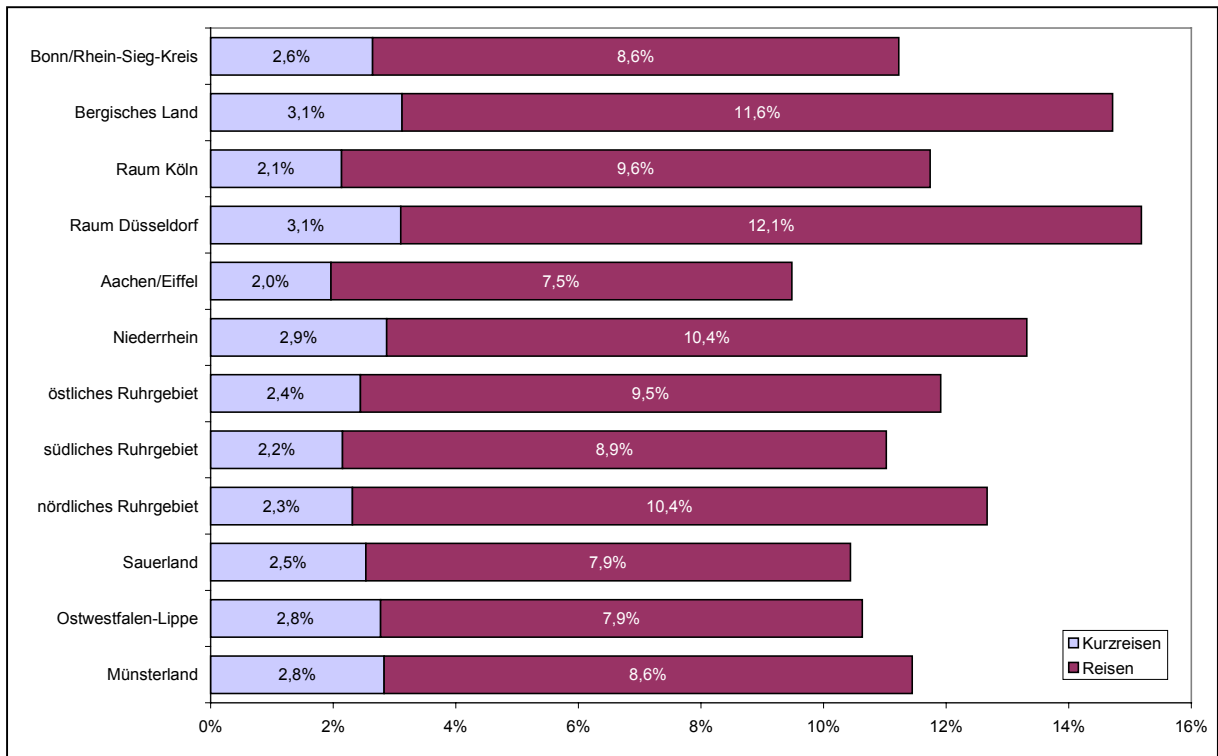


Abbildung 49: Anteil der Reiseausgaben am verfügbaren Einkommen nach Regionen

### 4.3.2 Haushaltsbezogene Dienstleistungen

Für haushaltsbezogene Dienstleistungen wird deutlich weniger Geld ausgegeben. Allerdings zeigen sich auch hier erhebliche regionale Unterschiede (vgl. Abbildung 50). Weiterhin auffällig ist der relativ hohe Anteil an Ausgaben für die Betreuung der eigenen Wohnung in den Räumen Düsseldorf und Aachen/Eiffel sowie dem Münsterland. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass das Spektrum der Ausgaben zwischen den Regionen stark differiert. Während in Bonn/Rhein-Sieg-Kreis unter einem Prozent für haushaltsnahe Dienstleistungen investiert werden, liegt der Anteil im Niederrhein bei 4,6 Prozent. Es lassen sich hier jedoch keine eindeutigen Korrelationen zwischen der Besiedlungsdichte und dem Zukauf solcher Dienstleistungen erkennen.



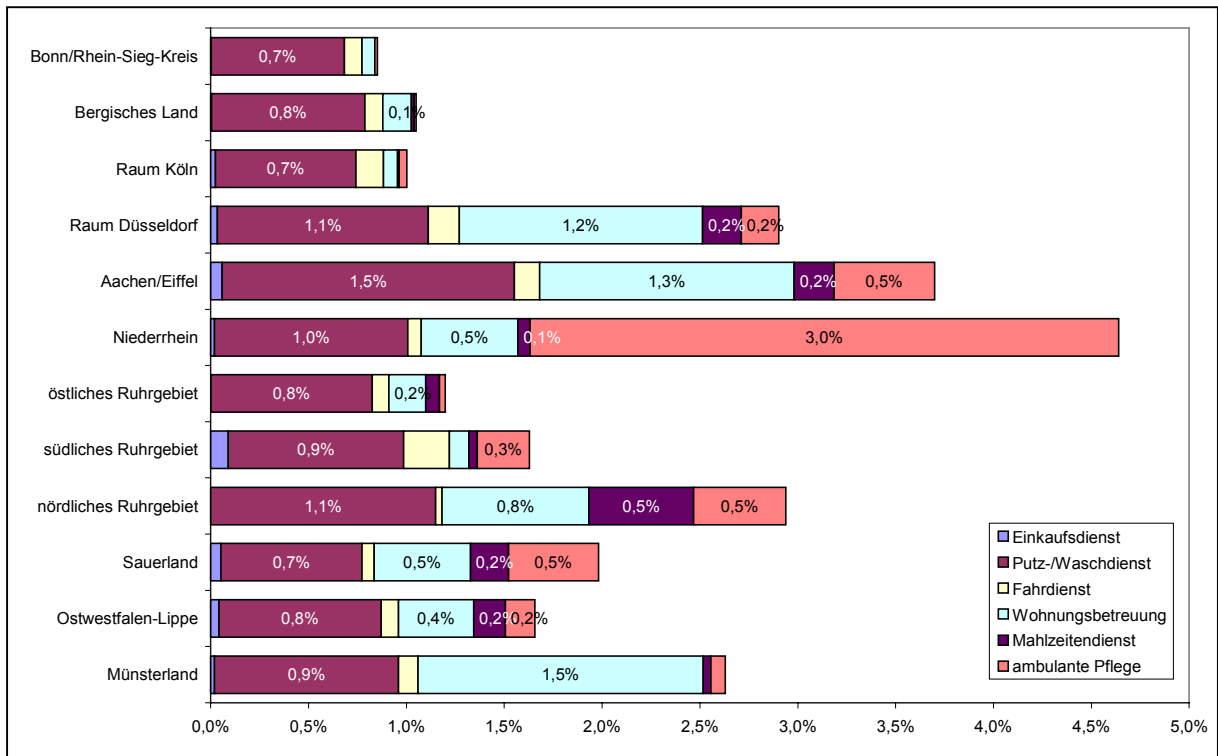


Abbildung 50: Anteil der Ausgaben für haushaltsbezogene Dienstleistungen am verfügbaren Einkommen nach Regionen

### 4.3.3 Neue Medien

Ebenfalls regional unterschiedlich gelagert sind die Ausgaben für Neue Medien, die hier exemplarisch durch die private Nutzung eines Computers und des Internets sowie des Handys erfasst wurden (vgl. Abbildung 51). Während die Nutzung des Mobiltelefons keine nennenswerten regionalen Differenzen ausweist, streuen die Ausgaben für die private Computernutzung schon stärker. Hier entstehen die höchsten Kosten im Rhein-Sieg-Kreis und die geringste Ausgabenbereitschaft für den PC findet sich in den Teilregionen des Ruhrgebietes sowie im Raum Aachen/Eiffel.

Die Unterschiede lassen sich jedoch zumindest zum Teil durch die soziale Struktur in den Regionen erklären. Der Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis lässt sich durch einen überproportionalen Anteil von Beamten- und Angestelltenhaushalte charakterisieren. Entsprechend ist auch der Anteil von Arbeiterhaushalten mit 8,6 Prozent (Durchschnitt Nordrhein-Westfalen: 18,8 Prozent) der geringste in Nordrhein-Westfalen.

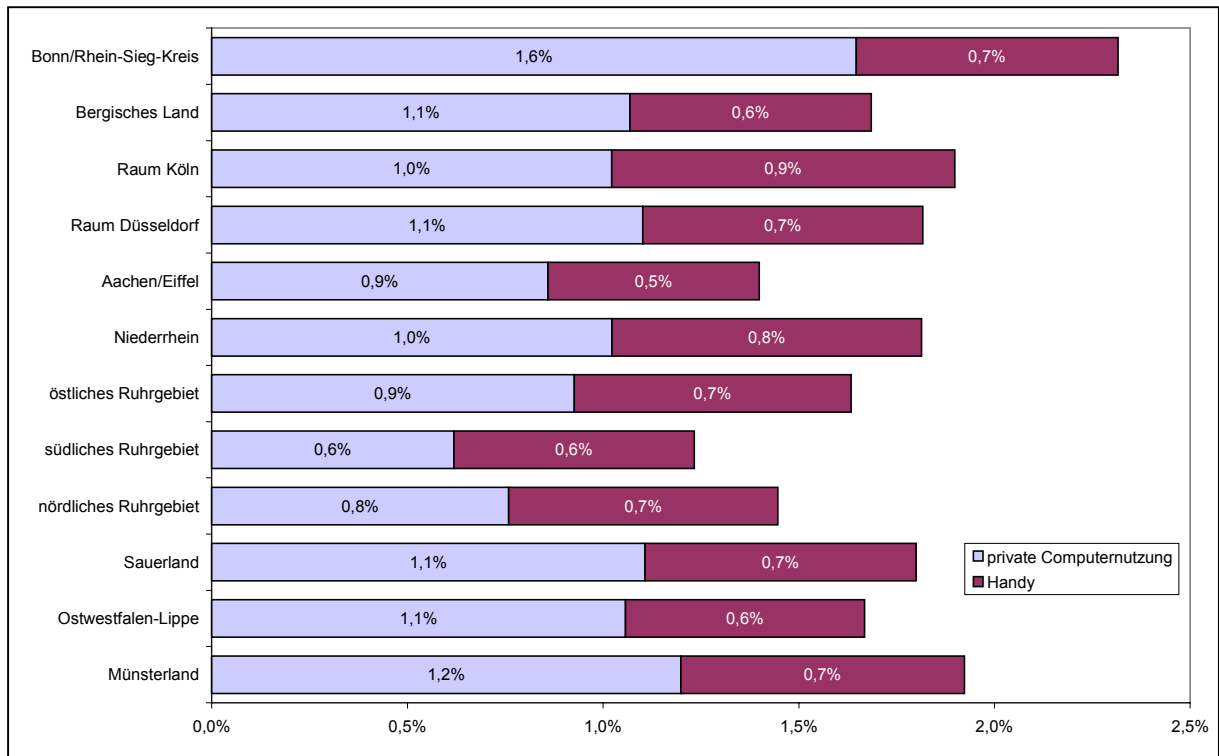


Abbildung 51: Anteil der Ausgaben für Neue Medien am verfügbaren Einkommen nach Regionen

#### 4.3.4 Sport

Für die bisher aufgeführten Konsumausgaben standen absolute Werte zur Verfügung, so dass auch exakte Angaben über die tatsächliche Konsumhöhe bzw. deren prozentuale Verwendung vorgenommen werden konnten. Bezüglich des im Folgenden dargestellten Ausgabeverhaltens in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung und Gesundheit ist es jedoch nicht möglich, ähnlich genau Angaben auszuweisen, da hier nur klassifizierte Abfragen vorliegen. Jedoch geben die Verteilungen einen guten Überblick über das Ausgabeverhalten in diesen Segmenten. Im Gegensatz zu den oben vorgestellten Daten, ist hier das Jahr und nicht der Monat die Bezugsgröße.

Bezogen auf Nordrhein-Westfalen, gaben im Jahr 2001 46,8 Prozent der Haushalte kein Geld für sportbezogene Eintritte bzw. Gebühren aus (vgl. Abbildung 52). Der Anteil derer, die mehr als 250 € für derartige Aktivitäten bereitstellen, beläuft sich auf 8 Prozent. Der regionale Vergleich zeigt bei den oberen Ausgabekategorien keine starken Differenzen. Die höchsten Ausgaben werden im Raum Köln und dem Münsterland getätigt, während der Raum Aachen/Eiffel bei den Ausgabespitzen die geringsten Anteile aufzuweisen hat.

Größere Varianzen treten dagegen bei dem Ausschlusskriterium auf, d.h. ob überhaupt sport-

bezogene Ausgaben anfallen. Gemessen daran sind die sportlich aktiveren Haushalte in den Regionen des Münsterlandes und Ostwestfalen-Lippes anzutreffen. Die größte Zurückhaltung beim sportlichen Konsum findet man dagegen im südlichen Ruhrgebiet, am Niederrhein und im Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis.

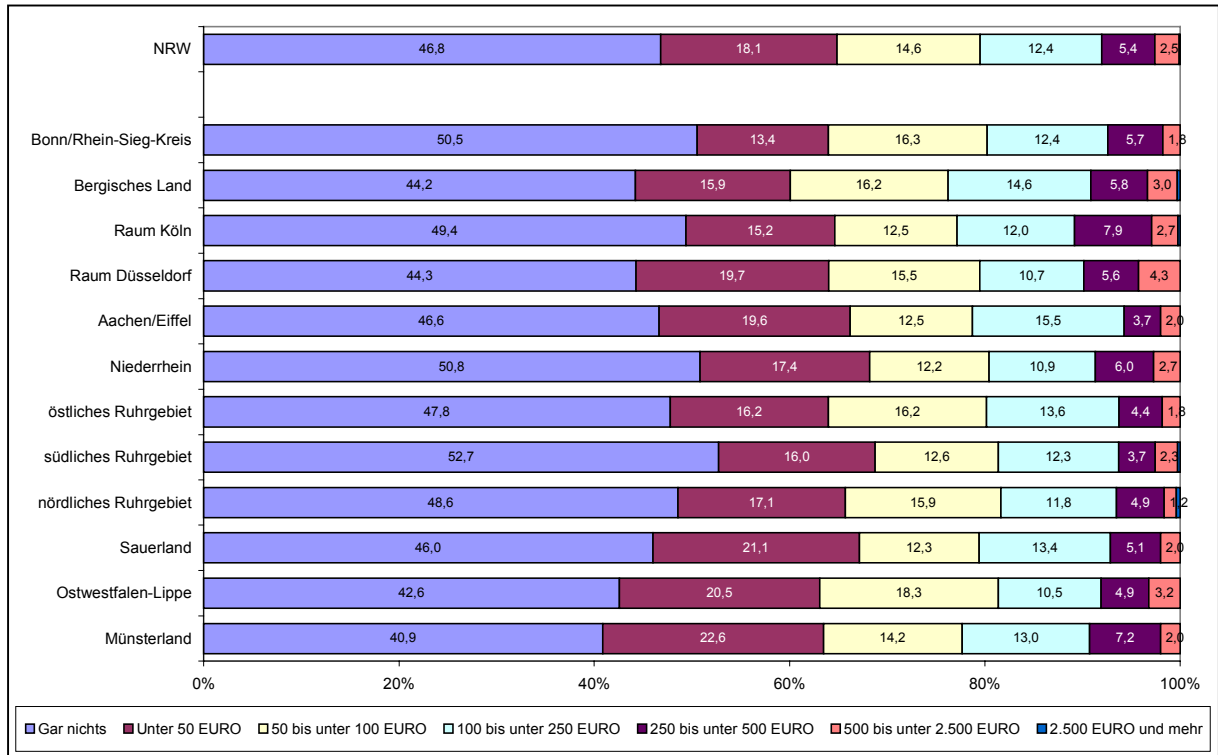


Abbildung 52: Ausgaben für sportliche Eintritte/Gebühren im Jahr 2001 (N=4260)

Bei den Ausgaben für Sportbekleidung und -geräten lassen sich dagegen leichte Polarisierungstendenzen erkennen (vgl. Abbildung 53). Zwar geben mit einem Anteil von 53,7 Prozent deutlich mehr Haushalte kein Geld für Bekleidung und Geräte als für sportliche Gebühren aus, jedoch sind die höheren Ausgabekategorien stärker vertreten. So geben 6,3 Prozent der Haushalte zwischen 250 € und 500 € und 4,1 Prozent zwischen 500 € und 2.500 € für Sportbekleidung und -geräte aus, d.h., wenn Haushalte sportlich stärker interessiert sind, dann sind diese auch bereit, mehr für dieses Hobby zu investieren. Unter regionalen Gesichtspunkten trifft dies insbesondere für den Raum Düsseldorf sowie für das Münsterland zu.

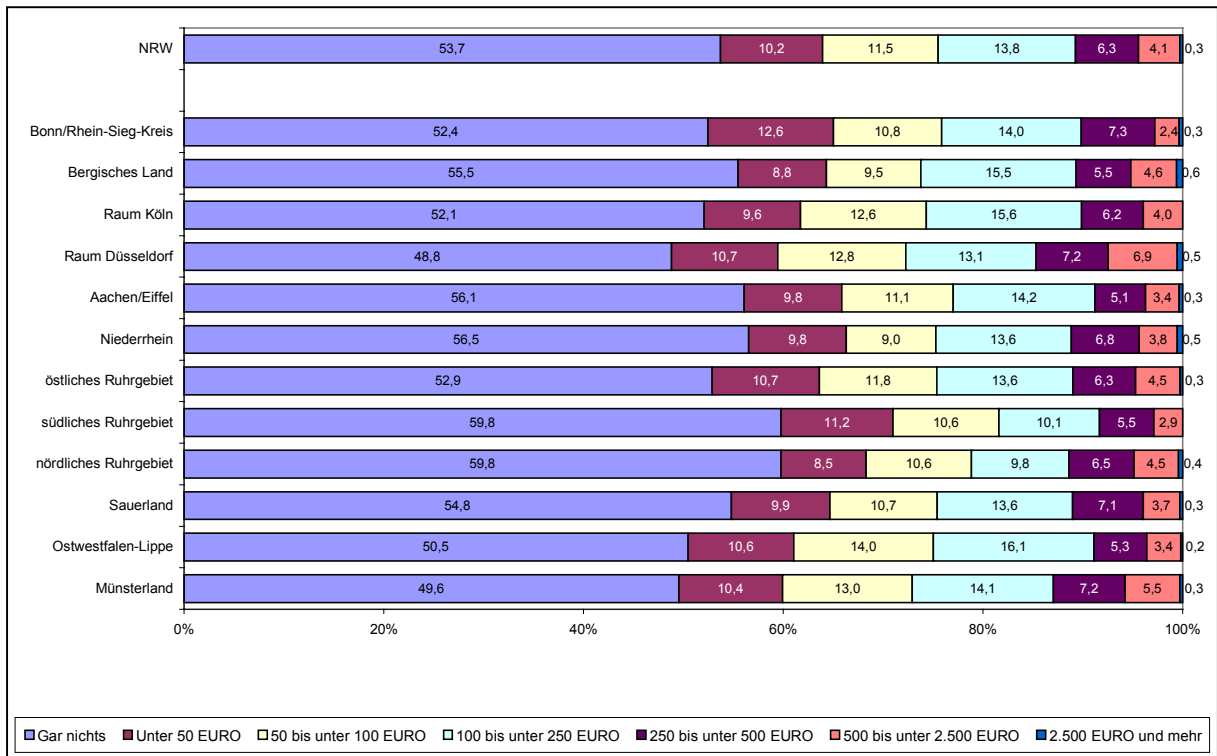


Abbildung 53: Ausgaben für Sportbekleidung und -geräte im Jahr 2001 (N=4264)

### 4.3.5 Kultur

Kulturelle Veranstaltungen wie etwa der Besuch von Konzerten, Musicals, Kino oder Theater wurden im Jahr 2001 von 69,3 Prozent der Nordrhein-Westfalen-Haushalte in Anspruch genommen. Von diesen gaben lediglich 3,2 Prozent der Haushalte hierfür kein Geld aus (vgl. Abbildung 54). Fast 20 Prozent aller Haushalte geben mehr als 250 € jährlich für kulturelle Ereignisse aus. Eine tendenziell höhere Ausgabenbereitschaft lässt sich für den Raum Düsseldorf erkennen, wohingegen die eher dünner besiedelten Regionen Nordrhein-Westfalens eher weniger in kulturelle Veranstaltungen investieren.

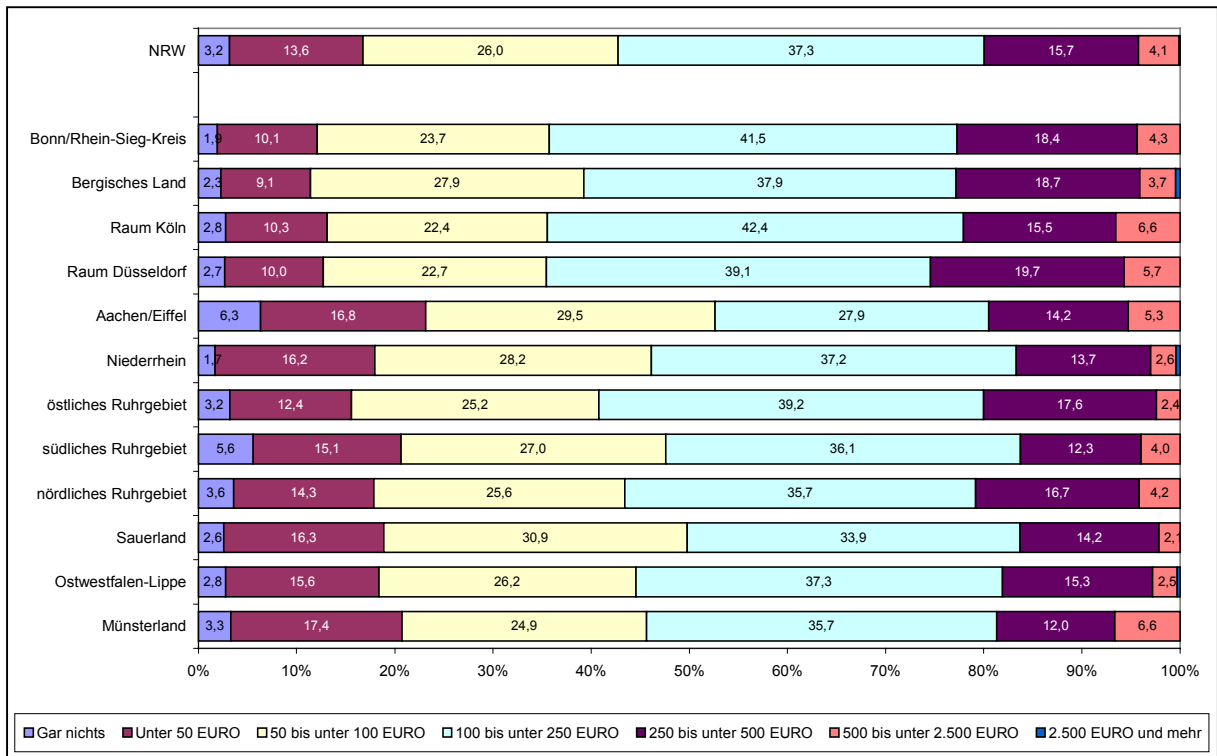


Abbildung 54: Ausgaben für Konzerte, Musicals etc. im Jahr 2001 von den Haushalten, die kulturelle Veranstaltungen in Anspruch genommen haben (N=2942)

### 4.3.6 Bildung

Die Bereitschaft, für Bildung Geld auszugeben, verläuft fast spiegelbildlich zu den kulturellen Investitionen. Nur gut ein Drittel (34,3 Prozent) der befragten Haushalte nahm im Jahr 2001 an Bildungsveranstaltungen teil. Von diesem Drittel mussten 11,5 Prozent der Befragten keine finanziellen Mittel dafür bereitstellen (vgl. Abbildung 55).

Schwerpunktmäßig geben die Haushalte bis zu 250 € jährlich dafür aus. Der Anteil derer, die mehr als 250 € für Bildung investieren, liegt landesweit unter 10 Prozent.

Tendenziell höhere Ausgaben lassen sich für den Niederrhein und für den Raum Düsseldorf beobachten. Darüber hinaus lassen sich jedoch kaum signifikante Unterschiede zwischen den Regionen erkennen.

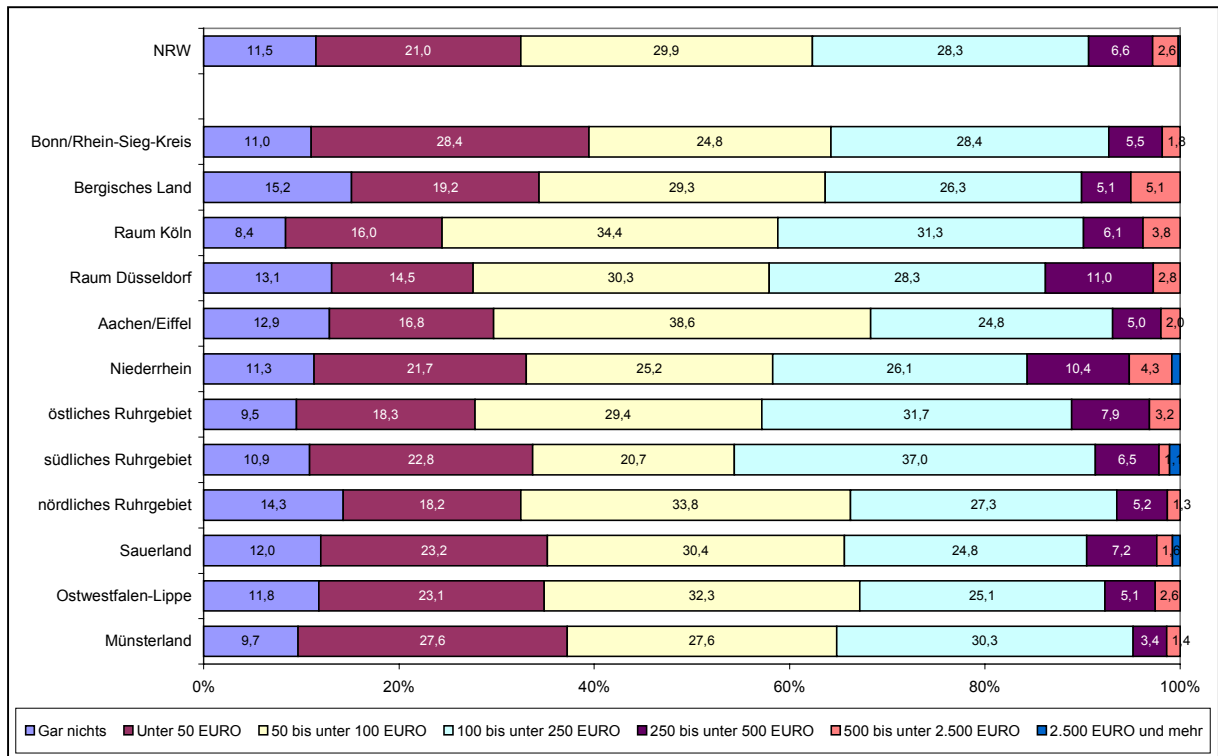


Abbildung 55: Ausgaben für Bildung im Jahr 2001 von den Haushalten, die Bildungsveranstaltungen in Anspruch genommen haben (N=1460)

#### 4.3.7 Gesundheit

Auch bei den gesundheitsbezogenen Ausgaben treten kaum regionale Differenzierungen auf (vgl. Abbildung 56). Das Gut Gesundheit nimmt einen regional unabhängigen Stellenwert ein. Die Ausgaben liegen hier deutlich höher als in den Segmenten Sport, Kultur oder Bildung. Zwar gibt nur ein kleiner Teil der Haushalte über 2.500 € für gesundheitliche Belange aus (1,7 Prozent), jedoch investieren 17,3 Prozent zwischen 500 € und 2.500 € für ihr körperliches Wohlbefinden. Nur ein Achtel der Haushalte hatten im Jahr 2001 keine Gesundheitsausgaben.

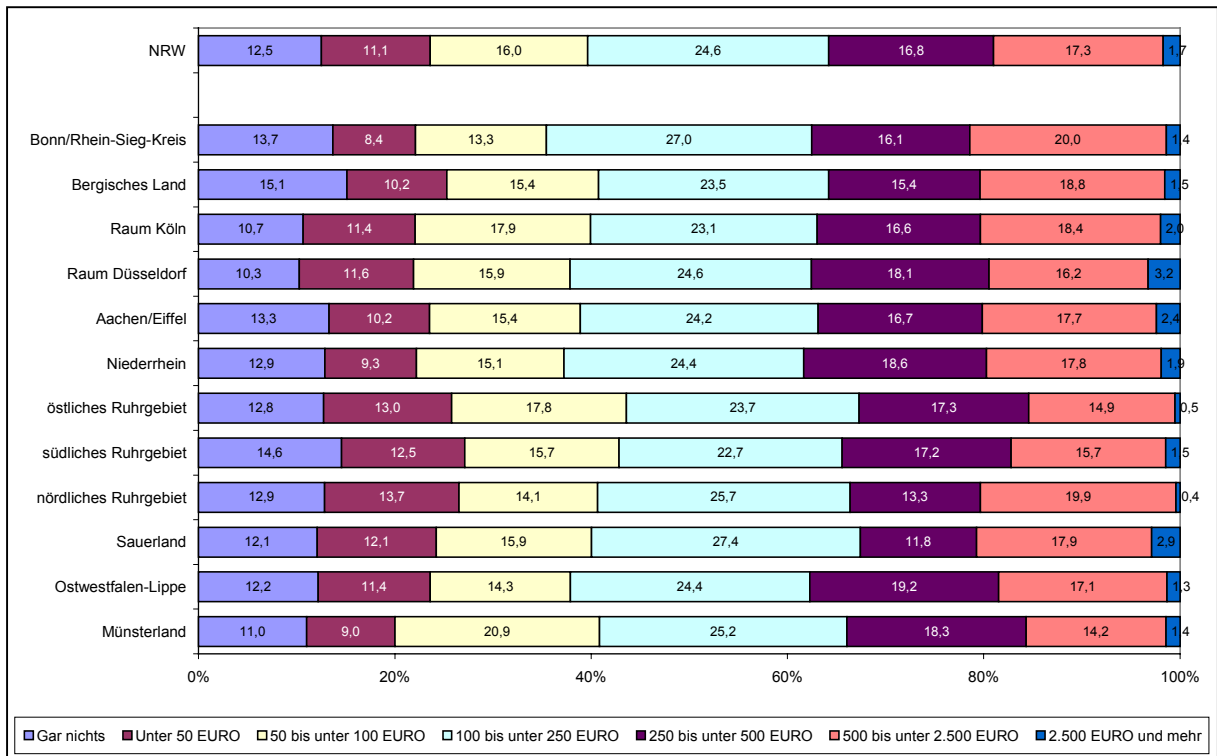


Abbildung 56: Ausgaben für Gesundheitsleistungen (Medikamente, medizinische Behandlungen, Hilfsmittel wie Brillen oder Hörgeräte) im Jahr 2001 (N=4217)

#### 4.3.8 Beurteilung der vorhandenen Angebotsstrukturen und Lebensqualität

Die oben aufgeführten regionalen Unterschiede im Ausgabeverhalten hängen nicht zuletzt damit zusammen, inwieweit der Wohnort bzw. auch die Region Angebote zu den entsprechenden Konsumposten bereitstellt. Daher wurden die Haushalte auch danach befragt, wie sie sowohl Einkaufsmöglichkeiten als auch Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebote in ihrer Wohnumgebung wahrnehmen. Auf einer 4er-Skala von sehr zahlreich vorhanden (4), ausreichend vorhanden (3), eher lückenhaft vorhanden (2) und gar nicht vorhanden (1) wurden die Haushalte zu ihrer Einschätzung befragt. In den nachfolgenden Tabellen sind jeweils die Mittelwerte ausgewiesen.

Erwartungsgemäß werden die Einkaufsmöglichkeiten in den Ballungszentren tendenziell positiver bewertet als in den eher ländlich geprägten Regionen. Die Räume Köln und Düsseldorf sowie das nördliche und südliche Ruhrgebiet erhielten bei den täglichen Bedarfsgütern die besten Werte (vgl. Abbildung 57).

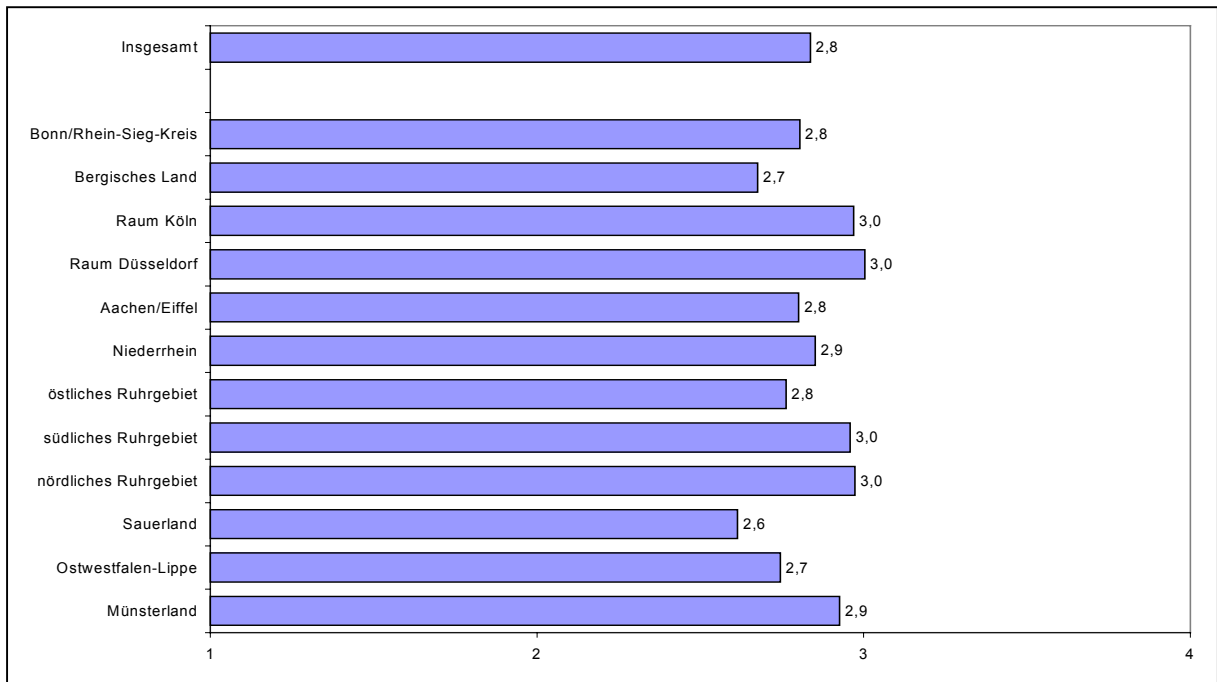


Abbildung 57: Einkaufsmöglichkeiten für Dinge des täglichen Bedarfs

Bei den Angeboten von gehobeneren Konsumgütern fallen die Bewertungen etwas schlechter aus (vgl. Abbildung 58). Bei einem landesweiten Durchschnitt von 2,6 rangieren das südliche Ruhrgebiet sowie der Raum Düsseldorf auf den ersten Plätzen. Die Differenzen zwischen den einzelnen Teilregionen fallen jedoch nicht sehr stark aus. Am schlechtesten bewertet wurden die Einkaufsmöglichkeiten, sowohl des täglichen als auch des gehobeneren Bedarfes, von den Haushalten des Sauerlandes.

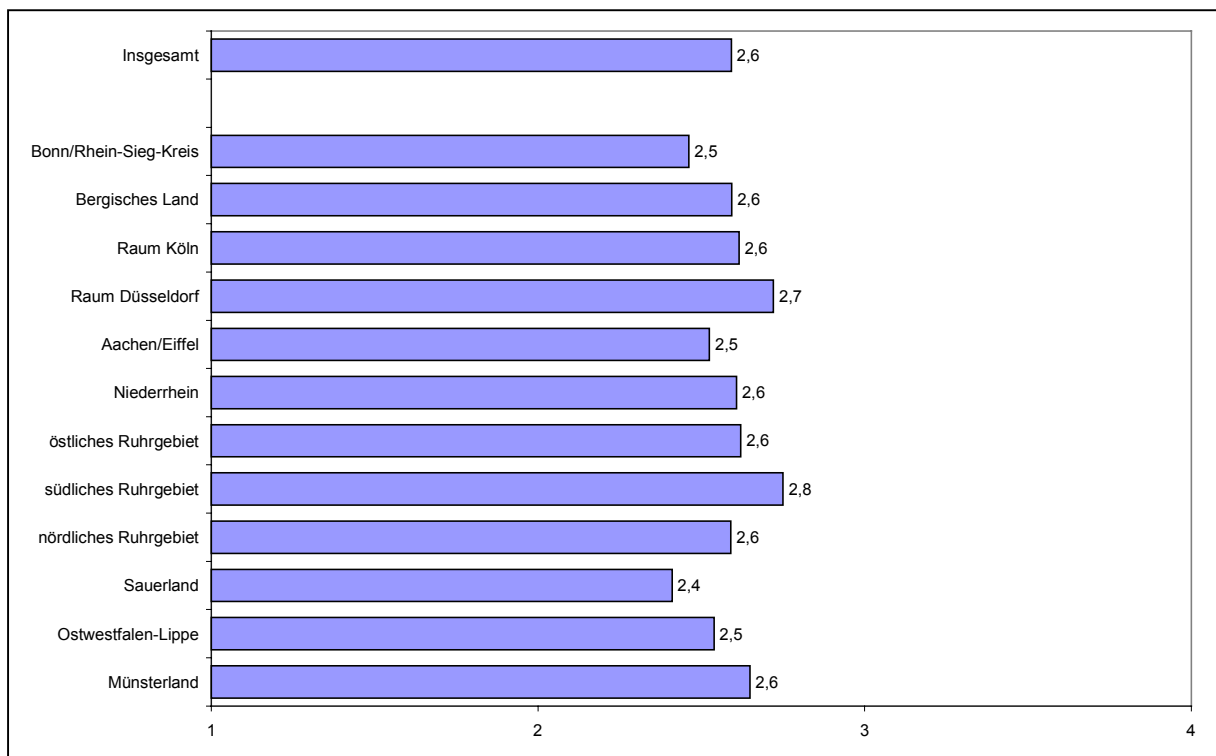
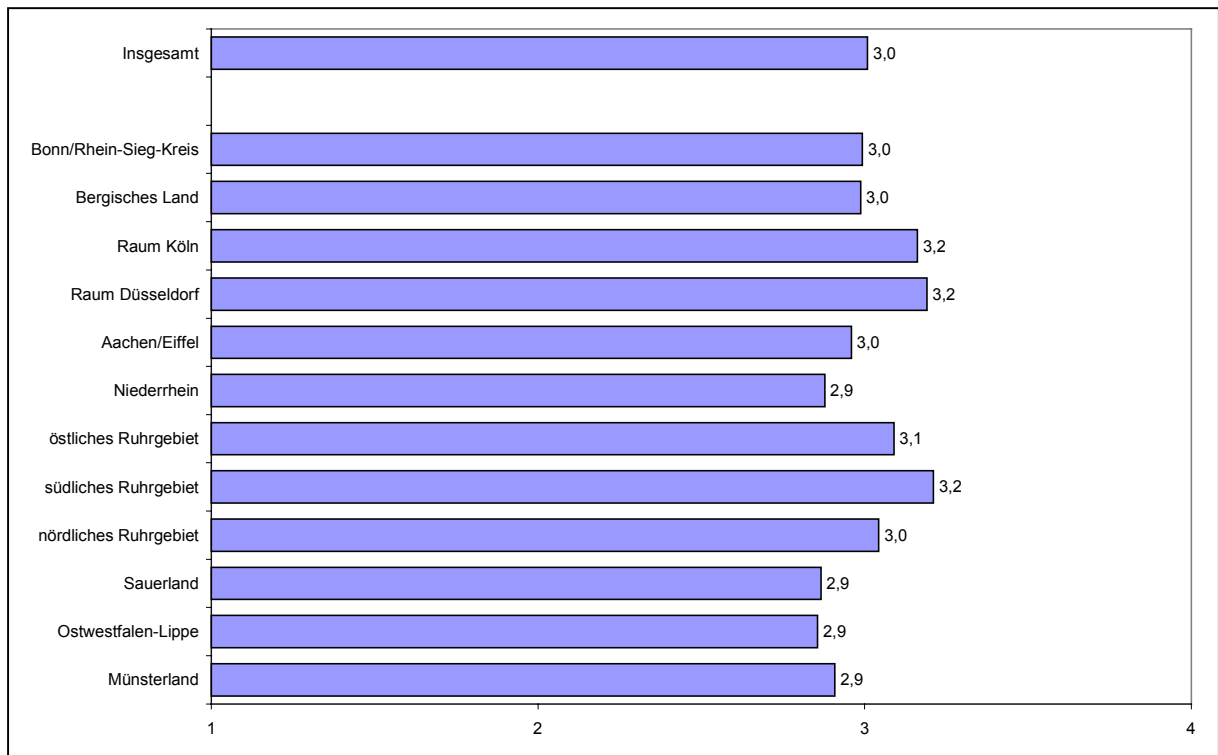


Abbildung 58: Einkaufsmöglichkeiten für den gehobenen Bedarf



Von allen in diesem Kontext erfragten Items erhielten die Angebote von Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs die besten Benotungen (vgl. Abbildung 59). Insgesamt bezeichneten die Haushalte Nordrhein-Westfalens mit einem Durchschnittswert von 3,0 das Angebot an fußläufig erreichbaren Haltestellen als ausreichend. Auch hier erzielten die Ballungsräume die besten Ergebnisse.



**Abbildung 59: Angebot an Haltestellen von Bussen oder Bahnen des öffentlichen Nahverkehrs in Fußweite**

Auch die Bewertung von weiteren konsumrelevanten Angeboten folgt einer ähnlichen geographischen Verteilung. Bei der Beurteilung der Freizeitangebote, die nicht nur, aber auch von Menschen ab Mitte 50 genutzt werden können (vgl. Abbildung 60), von Bildungsangeboten für alle Altersgruppen (vgl. Abbildung 61) und dem Vorhandensein von Cafés, Kneipen und Restaurants, die auch gerne von älteren Menschen besucht werden (vgl. Abbildung 62), belegen das südliche Ruhrgebiet sowie die Räume Köln und Düsseldorf die vorderen Plätze. Von den ländlicher strukturierten Region schneidet das Münsterland am besten ab, wohingegen das Sauerland die schlechtesten Benotungen erhielt.

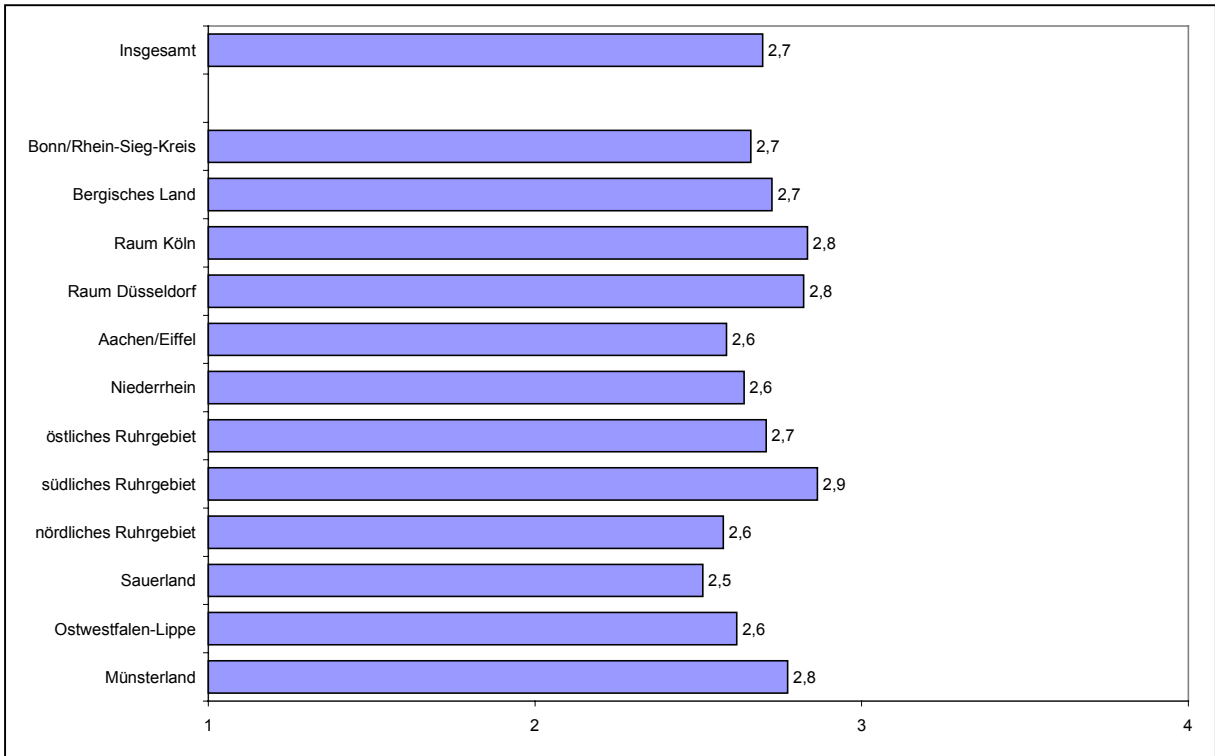


Abbildung 60: Attraktive Freizeitangebote in der Gemeinde/Stadt, die nicht nur, aber auch von Menschen ab Mitte 50 und aufwärts genutzt werden können

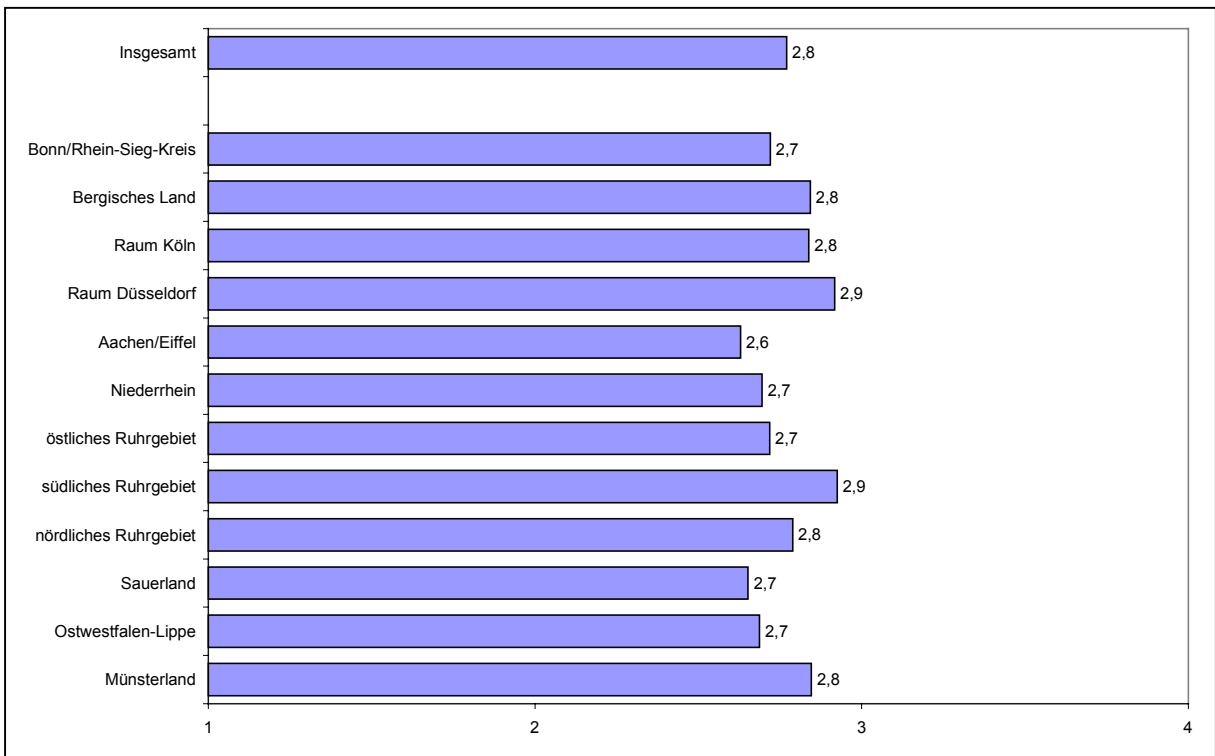
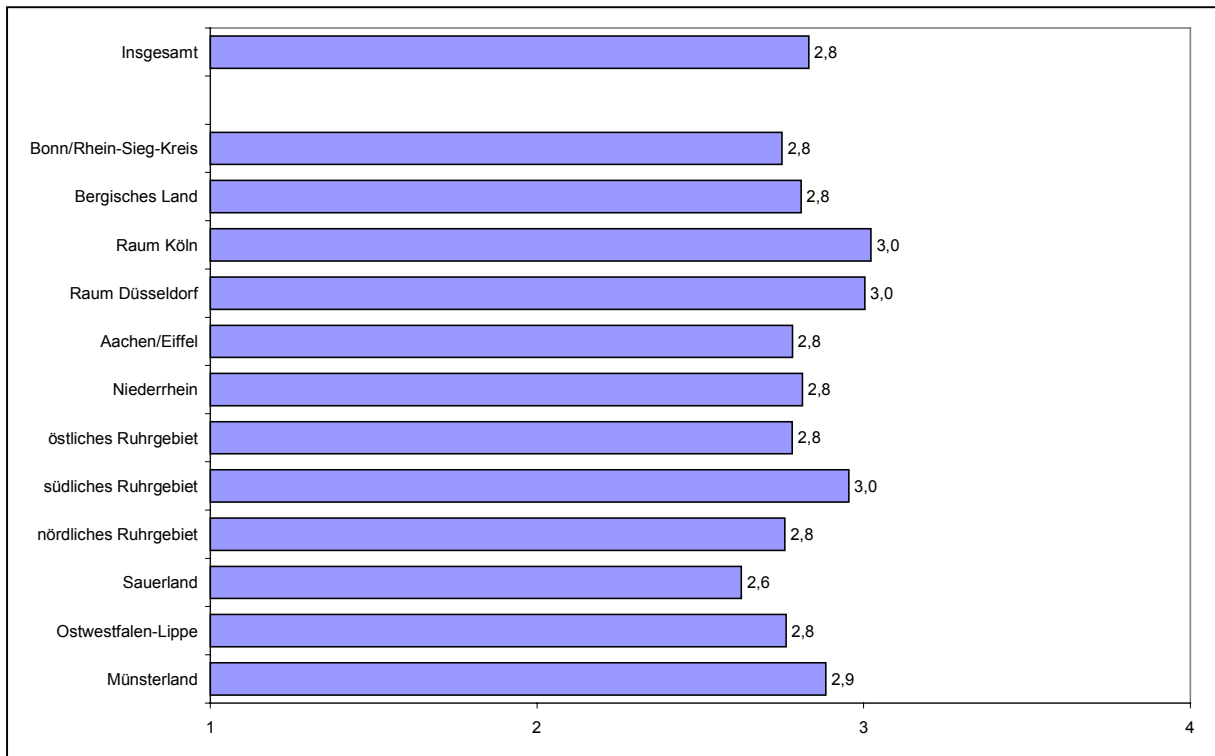


Abbildung 61: Ansprechende Bildungsangebote und -veranstaltungen in der Gemeinde/Stadt für alle Altersgruppen



**Abbildung 62: Möglichkeiten zum Ausgehen bzw. zum geselligen Zusammensein, Cafes, Kneipen, Restaurants usw., die auch gerne von Älteren besucht werden**

Kulturangebote erhielten mit einem Durchschnittswert von 2,5 die schlechtesten Kritiken (vgl. Abbildung 63). Kulturelle Veranstaltungen werden von der hier abgebildeten Zielgruppe als nicht ausreichend empfunden. Weiterhin werden hier auch die größten regionalen Streuungen sichtbar. Das Fehlen kultureller Angebote wurde vor allem im Raum Aachen/Eiffel sowie dem Sauerland geäußert. Die besten Werte erhielt das südliche Ruhrgebiet (2,9), noch vor den Räumen Düsseldorf und Köln.

Auffällig ist die starke Angebotsdiskrepanz innerhalb des Ruhrgebietes. Kulturelle Veranstaltungen konzentrieren sich nach Ansicht der befragten Haushalte auf den südlichen Teil (2,9 Prozent), während das nördliche und östliche Ruhrgebiet noch im Landestrend liegen (2,5 Prozent).

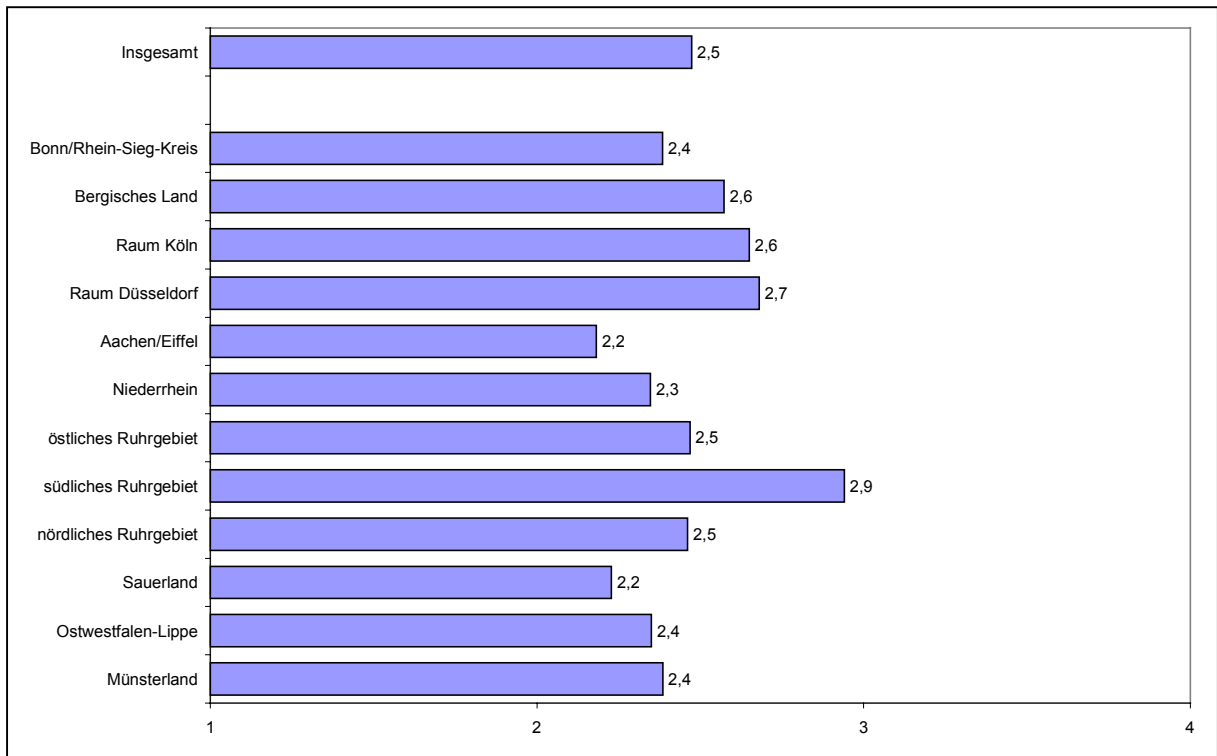


Abbildung 63: Ausreichendes Kulturangebot (Theater, Oper, Musikveranstaltungen, Museen)

Neben der angebotsbezogenen Abfrage konnten die Haushalte auch eine generelle Beurteilung der Lebensqualität ihres Wohnumfeldes für Menschen ab Mitte 50 abgeben. Die hier abgefragte Skala hatte Werte von 5 (sehr gut), 4 (eher gut), 3 (weder gut noch schlecht), 2 (eher schlecht) und 1 (sehr schlecht).

Es zeigt sich, dass die Beurteilung der Lebensqualität zwar auch Korrelationen zu den jeweiligen regionalen Angebotsstrukturen aufweist, letztendlich aber darüber hinausgeht. So bewerten die Haushalte des Raumes Rhein-Sieg-Kreis ihre Lebensqualität am positivsten, und dies, obwohl die Region bei der Angebotsbeurteilung nur mittlere Plätze einnimmt. Auch das Sauerland schneidet nicht so schlecht ab, wie es die oben dargestellten Werte zunächst vermuten ließen und das südliche Ruhrgebiet findet sich bei der Beurteilung der allgemeinen Lebensqualität trotz durchgängiger Spitzenwerte bei der Angebotsinfrastruktur nur im Landesdurchschnitt wieder.

## **5 Einnahmen und Ausgaben der Haushalte älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen – Konsequenzen für die Seniorenwirtschaft**

### **Die Älteren in Nordrhein-Westfalen – eine wichtige Konsumentengruppe? Ein Resümee**

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass älteren Menschen in ihrer Rolle als Verbraucher/innen bereits heute eine wichtige Bedeutung zukommt. Dies wird zum einen anhand der relativ guten Einkommenssituation der befragten Haushalte deutlich. So zeigen die Daten, dass 80 Prozent der erfassten Haushalte sich in einer guten bis sogar sehr guten finanziellen Situation befinden und über eine mittlere bis starke Kaufkraft verfügen. Wie ein Blick auf die Einkommenssituation der befragten Haushalte zeigt, beträgt das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen 2.550 € im Monat. Wendet man sich der Höhe des *frei verfügbaren Einkommens* zu, das nach Abzug aller notwendigen Ausgaben, wie z.B. für Wohnungsmiete, einem Nordrhein-Westfalen-Haushalt zur Finanzierung individueller Konsumwünsche zur Verfügung steht, ergibt sich ein Betrag von 1.492 € im Monat. Dies sind pro Haushaltsmitglied durchschnittlich 710 €.

Die bestehenden Konsumpotentiale in Seniorenhaushalten werden durch die Angaben über ihre Einkommensverwendung unterfüttert. Die Konsumausgaben Älterer sind sehr breit gefächert und beinhalten neben Aufwendungen für Wohnen und Ernährung ebenfalls solche für Reisen, Gesundheit, Verkehr und Neue Medien. Die bestehenden Einkommen machen es den Haushalten sogar möglich, neben der Sicherung des eigenen Lebensstandards, einen nicht unerheblichen Anteil zu sparen oder an andere Personen zu transferieren. So beläuft sich die Summe aus den durchschnittlichen Sparquoten und Transferleistungen auf ca. 13 Prozent des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens.

Um das vorhandene Konsumpotential der Seniorenhaushalte in Nordrhein-Westfalen angemessen einzuschätzen, müssen neben dem Einkommen weitere Variablen in Betracht gezogen werden. Von wesentlicher Bedeutung sind hier vorhandene Ersparnisse sowie der Besitz von Immobilien und Barvermögen. Ein Blick auf die Sparhäufigkeit und die Sparquoten der Haushalte lässt erkennen, dass Sparen in den Haushalten Älterer einen relativ hohen Stellenwert hat. So wurde in ca. 65 Prozent der befragten Haushalte im Jahr 2001 Geld zurückgelegt, wobei die monatliche Sparquote einem Anteil von fast 7 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens entsprach. Dies sind durchschnittlich ca. 150 € pro Haushalt und

Monat, wobei kaufkraftstarke Haushalte wesentlich größere Summen zurücklegen. Ein großer Teil der Haushalte ist gleichzeitig im Besitz von Vermögen. So stehen ca. einem Viertel der Haushalte Gelder in Höhe zwischen 2.550 € bis unter 12.750 € zur Verfügung und einem weiteren Drittel ein Barvermögen von 12.750 € bis 51.000 €. Weitere 13,4 Prozent der Haushalte können sogar auf ein Barvermögen von 51.000 € bis 510.000 € zurückgreifen. 60 Prozent der befragten Haushalte sind gleichzeitig im Besitz von Haus-, Wohnungs- oder Grundstückseigentum.

Diese Angaben lassen erkennen, dass Haushalte älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen mit einem Einkommen und Vermögen ausgestattet sind, das vielen Senioren die Sicherung eines guten Lebensstandards im Alter ermöglicht. Die Ergebnisse der Studie machen jedoch gleichzeitig auf die Vielfalt unterschiedlicher Einkommenslagen im Alter aufmerksam, auf die in den weiteren Abschnitten zusammenfassend eingegangen wird.

### **Die Situation kaufkraftschwacher Haushalte**

Die oben beschriebene und durchaus als optimistisch zu wertende Situation trifft nicht auf alle Haushalte älterer Menschen zu. Zu beachten sind die beträchtlichen Differenzen in der Einkommens- und Vermögensverteilung, die in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße, dem beruflichen Status, dem Alter und dem Geschlecht des Haupteinkommensbeziehers zu ungleichen Ausgabemöglichkeiten führen. So zeigt die Datenlage, dass 19 Prozent der befragten Haushalte über eine lediglich schwache Kaufkraft verfügt. Unter ihnen befinden sich häufig Rentnerhaushalte ehemaliger Arbeiter und Angestellten sowie weibliche Singlehaushalte. Diese Haushalte verfügen lediglich über geringe Spielräume zur Deckung des täglichen Bedarfs sowie zur Befriedigung individueller Konsumbedürfnisse. So konsumieren (ehemalige) Arbeiter- und Angestelltenhaushalte zwar einen größeren Anteil ihres frei verfügbaren Einkommens, die absoluten Konsumbeträge fallen jedoch im Vergleich zu kaufkraftstarken Haushalten wesentlich geringer aus.

Um die Gruppe der Kaufkraftschwachen von den Innovationen auf dem Seniorenmarkt nicht auszuschließen, bedarf es von Seiten der an der Gestaltung des Seniorenmarktes beteiligten Akteure gezielter Bemühungen, auch im niedrigen Preissegment ein attraktives und qualitativ gutes Angebot zu schaffen. Aus der Perspektive der Seniorenwirtschaft stellen kaufkraftschwache Haushalte eine Konsumentengruppe dar, deren Erwartungen sich in erster Linie an dem Preisniveau angebotener Produkte und Dienstleistungen orientieren werden. Mit diesem spezifischen Anspruch gehen Anforderungen an die Produkt- und Preispolitik der am Markt

agierenden Akteure einher. Hier müssen vor allem bestehende Spielräume für eine Produkt- als auch Preisdifferenzierung ausgenutzt werden. Während sich bei Dienstleistungen unterschiedliche Arten von Kombinationsleistungen aus Basis- und Zusatzangeboten denken lassen, können seniorentypische Produkte wiederum in unterschiedlichen Ausführungen angeboten werden.

### **Veränderung des Konsumverhaltens mit zunehmendem Alter**

Betrachtet man das Konsumverhalten der befragten Haushalte anhand des Durchschnittsalters aller Haushaltsmitglieder, lässt sich erkennen, dass mit steigendem Alter die Konsumbereitschaft deutlich zurückgeht. Die Gruppe der 55- bis 64jährigen erweist sich demnach als besonders konsumfreudig. Während hier die jüngeren Befragten fast drei Viertel ihres *frei verfügbaren* Einkommens zur Finanzierung des individuellen Konsums ausgeben, werden von den 75- bis 80jährigen nur noch 55,5 Prozent des *frei verfügbaren* Einkommens ausgegeben. Hauptverantwortlich für diesen „Konsumeinbruch“ ist der Rückgang der Ausgaben für größere Anschaffungen von über 15 Prozent des *frei verfügbaren* monatlichen Einkommens auf unter 5 Prozent. Ebenfalls rückläufig mit zunehmendem Durchschnittsalter ist die Reiseintensität, während umgekehrt mehr Geld für haushaltsbezogene Dienstleistungen innerhalb des privaten Budgets bereitgestellt wird. Dies betrifft besonders die Bereiche der Wohnungsbetreuung und der Inanspruchnahme von Putz- und Waschkdiensten.

Der Rückgang in den Konsumausgaben ist jedoch nicht zwangsläufig einkommensbedingten Unterschieden geschuldet, denn Angehörige älterer Kohorten – dies betrifft vor allem Männer – verfügen u.a. über enorme Sparpotentiale und Vermögen. Mit zunehmendem Alter geht gleichzeitig der Anteil derjenigen Haushalte zurück, die durch Hypotheken belastet sind und auch bei Schulden zeigt sich eine abnehmende Tendenz, je älter die Befragten sind. Um so verwunderlicher ist es, dass obwohl in vielen Haushalten finanzielle Mittel vorhanden sind, diese mit zunehmendem Alter weniger ausgegeben werden.

Die Unterschiede in den Ausgaben für Gesundheit und Reisen können einerseits auf ein höheres Gesundheitsbewusstsein sowie andere Freizeitstile der „jungen“ Alten hindeuten, andererseits ein Hinweis darauf sein, dass gerade in diesen Bereichen ein entsprechendes Angebot für ältere Senioren fehlt. Dabei scheinen die Befragten auch mit zunehmendem Alter auf ihre Hobbies nicht verzichten zu wollen. Dies zeigt sich daran, dass Ausgaben für individuelle Hobbies mit zunehmendem Alter nicht rückläufig sind. Vor diesem Hintergrund darf angenommen werden, dass Entwicklungspotentiale vor allem in den Bereichen Gesundheits- und

Freizeitangebote für ältere Menschen bestehen.

### **Gesundheitlicher Status und Ausgabeverhalten**

Gesundheitliche Einschränkungen führen in der Regel zu keinem grundsätzlich anders gelagerten Konsumverhalten, jedoch liegt das Konsumniveau mit 73,2 Prozent des *frei verfügbaren Einkommens* gut 7 Prozent über dem der übrigen Haushalte. Leichten Einschränkungen in den Reiseaktivitäten stehen Mehrausgaben bei den größeren Anschaffungen und Grundnahrungsmitteln gegenüber. Diese Haushalte geben gleichzeitig mehr Geld für haushaltsbezogene Dienstleistungen aus. Für solche Leistungen – insbesondere ambulante Pflege, Wohnungsbetreuung und Putz-/Waschdienste – werden vier mal mehr Mittel ausgegeben als bei den übrigen Haushalten. Ein Mehr an Ausgaben in Relation zu ihrem Einkommen weisen diese Haushalte ebenfalls in den Bereichen Gesundheit und Krankheitsprävention auf. Hier darf angenommen werden, dass die erhöhten Aufwendungen einerseits vor dem Hintergrund der im Haushalt bestehenden gesundheitlichen Einschränkung zunehmen; andererseits eine bestehende gesundheitliche Beeinträchtigung zu einem veränderten Gesundheitsverhalten führen kann, das mehr auf Prävention ausgerichtet ist.

### **Beruflicher Status und vorhandene Konsumpotentiale**

Unterschiede im Konsumverhalten zeigen sich ebenfalls in Abhängigkeit von dem beruflichen Status (jetzige oder ehemalige berufliche Stellung) des Hauptverdieners. Innerhalb der unterschiedlichen Berufsgruppen gehören die Selbstständigenhaushalte zu denjenigen, die den größten Anteil ihres frei verfügbaren Einkommens konsumieren (81,6 Prozent, absolut: 1.741 €). Die Gruppe der Beamten, obwohl diesen mit durchschnittlich 2.199 € das größte Einkommen zur Verfügung steht, konsumiert lediglich 64 Prozent ihres *frei verfügbaren Einkommens*. Mit diesem Anteil liegt die Gruppe der Beamten sogar hinter den Haushalten der Arbeiter und Angestellten zurück, die, obwohl ihnen lediglich 925 € zur Verfügung stehen, 76,2 Prozent ihres *frei verfügbaren Einkommens* verwenden. Die größten und noch auszuschöpfenden Konsumpotenziale liegen dagegen bei der Gruppe der Beamten. Obwohl diese über das absolut höchste Einkommen verfügen, geben sie lediglich 64 Prozent für Konsumgüter aus.

### **Einnahmen und Ausgaben aus der Perspektive von Frauen**

Die Perspektive von Frauen erscheint deshalb bedeutsam, da Frauen eine andere Einkommens- sowie Ausgabensituation aufweisen als Männer. Frauen stellen gleichzeitig den weitaus



größten Teil der befragten Singles dar. Der Anteil der Frauen bewegte sich in Ein-Personen-Haushalten in Abhängigkeit von der Altersgruppe zwischen 82 Prozent und 90 Prozent. Weibliche Singlehaushalte machten darüber hinaus ein Viertel aller erfassten Haushaltstypen aus.

Wendet man sich dem Haushaltsnettoeinkommen von Frauen zu, so ist zu bemerken, dass Frauen unabhängig von ihrem Alter deutlich geringere Einkommen erzielen als Männer vergleichbaren Alters. Eine ähnliche Verteilung zwischen den Geschlechtern zeigt sich auch in Bezug auf Vermögen und Ersparnisse. So verfügen Frauen öfter über gar kein Vermögen und sind innerhalb der Gruppe der „Spitzenvermögenden“ gar nicht vertreten. Differenzen zwischen den Geschlechtern sind auch bei monatlichen Sparquoten und dem Entsparverhalten zu finden. So legen Frauen nicht nur seltener Geld zur Seite, sie greifen auf ihr Ersparnes auch öfter zurück als Männer. Daraus lässt sich einerseits schließen, dass die Spielräume weiblicher Ein-Personen-Haushalte für ein effektiveres Sparen begrenzt sind, andererseits scheinen Frauen in ihrem Sparverhalten weniger konsequent zu sein als Männer.

Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind auch beim Konsumverhalten beobachtbar. So weisen Männer in nahezu allen Sparten höhere Ausgaben auf als Frauen. Frauen gaben lediglich für Bekleidung und Schuhe mehr Geld aus sowie für den öffentlichen Nahverkehr. Die Ausgaben für öffentliche Transportmittel lagen jedoch lediglich bei den über 60jährigen Frauen höher. Eine Erklärung dafür ist gleichzeitig bei der geringeren Verfügbarkeit über einen Pkw zu finden. Frauen verfügen nicht nur insgesamt seltener über ein eigenes Fahrzeug; der Unterschied zu Männern vergrößert sich auch mit zunehmendem Alter. So haben vor allem die über 75jährigen alleine lebenden Frauen seltener ein eigenes Auto. Geschlechtsbedingte Differenzen im Ausgabeverhalten zeigen sich ebenfalls bei den Freizeitaktivitäten. Während Frauen bezüglich der Tätigkeitsart eher zu Kultur- und Bildungsveranstaltungen tendieren, geben Männer deutlich höhere Summen für individuelle Hobbies aus. Gleichzeitig weisen Frauen deutlich geringere Ausgaben für Printmedien sowie Gaststätten- und Restaurantbesuche auf. Bei den Gaststätten- und Restaurantbesuchen ist gleichzeitig zu erkennen, dass die Ausgaben bei Frauen mit zunehmendem Alter schneller sinken als bei Männern.

Aus der Perspektive der Seniorenwirtschaft muss hier vor allem auf die Bedürfnisse alleine lebender Frauen hingewiesen werden. Diese Personengruppe verfügt über weniger Einkommen und weist gleichzeitig ein niedrigeres Ausgabenniveau auf. Die Ausgaben von Frauen sinken gleichzeitig in vielen Bereichen mit zunehmendem Alter schneller als bei gleichaltrigen Männern. Vor diesem Hintergrund wäre zu eruieren, welche Gründe für diesen Konsumrückgang verantwortlich sind.

### **Regionale Differenzen in Nordrhein-Westfalen**

Deutliche Unterschiede in den Einnahmen und Ausgaben der Haushalte von Senioren zeigen sich auch zwischen einzelnen Regionen Nordrhein-Westfalens. So weisen die eher ländlichen sowie die ehemaligen Montanregionen einen erheblich höheren Anteil kaufkraftschwacher Haushalte auf als beispielsweise die Dienstleistungsregion Bonn/Rhein-Sieg-Kreis oder Düsseldorf.

Bezogen auf die anteiligen Ausgaben, geben die Haushalte des Niederrheins mit 80,7 Prozent den größten Teil ihres verfügbaren Einkommens aus. Die „sparsamsten“ Haushalte finden sich in Ostwestfalen-Lippe (61,2 Prozent) und im Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis (61,7 Prozent). Mit anderen Worten: Unter finanziellen Aspekten finden sich in diesen beiden Regionen die größten Potenziale für seniorenbezogene Produkte oder Dienstleistungen, da beide Regionen über eine überdurchschnittliche Kaufkraft verfügen, jedoch den geringsten Konsumanteil innerhalb Nordrhein-Westfalens ausweisen.

Des weiteren lässt sich unter dem Aspekt regionaler Differenzierung zusammenfassen, dass nicht alle Regionen Nordrhein-Westfalens eine gleich gute Wohn- und Lebensqualität aufweisen. Die befragten Haushalte älterer Menschen bewerten etwa die Attraktivität entsprechender Freizeit- und Dienstleistungsangebote sehr unterschiedlich: Während die Region Bonn/Rhein-Sieg-Kreis und der Raum Köln dahingehend über ein gutes strukturelles Angebot verfügen, scheint sowohl der Niederrhein als auch das nördliche Ruhrgebiet benachteiligt zu sein. An Dienstleistungen fehlt es vor allem in den Regionen des Sauerlands und der Eifel. Regionale Potentiale zur Abschöpfung der Konsumkraft ältere Menschen müssen also teilweise noch sehr viel stärker entwickelt werden.

## 6 Literatur

- Barkholdt, C.; Frerichs, F.; Hilbert, J.; Naegele, G.; Scharfenorth, K. (1999): Das Altern der Gesellschaft und neue Dienstleistungen für Ältere, In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 32. Jg, 1999, S. 488-498
- Brockmann, H. (1998): Die Lebensorganisation älterer Menschen. Eine Trendanalyse. Wiesbaden
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) (2001a): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) (2001b): Daten und Fakten: Materialband zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2001): Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Alter und Gesellschaft, Berlin
- Deutscher Bundestag (1998): Demographischer Wandel. Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, Bonn
- Fretschner, R.; Hilbert, J. (2000): Zukunftsbranche Gesundheit und Soziales: Modernisierungs- und Wachstumsstrategien auf betrieblicher und regionaler Ebene, In: Sozialer Fortschritt 49, S. 284-288
- Hanesch, W.; Kraus, P.; Bäcker, G. (2000): Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Hamburg
- Hübner, M.; Born, A.; Merten, D. (1999): Zielgruppe Senioren. Chancen und Perspektiven für die Tourismusbranche. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Technik. Graue Reihe des Instituts Arbeit und Technik, Nr. 1999-11
- Reichert, M.; Saup, W. (1999): Die Kreise werden enger. Wohnen und Alltag im Alter. In: Niederfranke, A.; Naegele, G.; Frahm, E. (Hg.): Funkkolleg Altern 2, Opladen, S. 245-287

## Anhang: Überblick themenbezogene Studien

Benutztes Synonym und durchführende Institution	Erhebungsart	Stichprobengröße	Erhebungsgegenstand	Ausgewählte Literatur
<b>Alterssicherung in Deutschland (AsiD)</b> Infratest	Repräsentative Stichprobe, Befragung (Erhebungszeitpunkte: 1986, 1992, Fortschreibung 1995, Erhebung 1999)	17.239 Haushalte mit 42.000 Personen ab 55 Jahren	Leistungen aus den Alterssicherungssystemen, Zusammensetzung des Alterseinkommens auf Individual- und Haushaltsebene	Infratest Burke Sozialforschung (Hg.) (1997): Alterssicherung in Nordrhein-Westfalen 1995. Sonderauswertung der ASI 95. München: Eigenverlag
<b>BBE</b> BBE-Unternehmensberatung	Sekundäranalyse, thematische Zusammenstellung anderer Studien	entfällt	Einkommens- und Vermögenssituation, Konsumverhalten	BBE-Unternehmensberatung (2001): Erfolgsfaktoren im Seniorenmarketing, Köln: Eigenverlag
<b>Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)</b> Statistisches Bundesamt	Befragung und Haushaltsbücher, 5 jähriger Erhebungsabstand, seit 1998 auch Halbjahresergebnisse nach 2,5 Jahren vorliegend	1993: 56.000 Haushalte (0,2 Prozent aller Haushalte)	Zusammensetzung des Haushalts, Wohnsituation, Ausstattung mit langlebigen Gütern, Art und Höhe der Einkommen/Einnahmen, Art und Höhe der Ausgaben, Art und Höhe des Vermögens bzw. der Schulden.	Papastefanou, G.; Schmidt, P.; Börsch-Supan, A.; Lüdtkke, H.; Oltersdorf, U. (Hg.) (2001): Social and Economic Research with Consumer Panel Data. Proceedings of the First ZUMA Symposium on Consumer Panel Data, 5 and 6 October 1999. ZUMA-Nachrichten Spezial, Band 7.
<b>GfK</b> GfK AG	Einmalige Erhebung 1999 (allerdings ähnliche Studie 1992)	Primäranalyse 1.870 Personen, teilweise Sekundäranalysen	Einkommens- und Vermögenssituation, Anlageverhalten, ausgewählte Ausgaben	GfK (2000): 50plus. Mehr als nur eine Generation. Nürnberg: Eigenverlag
<b>Mikrozensus</b> Statistisches Bundesamt	Amtliche Repräsentativstatistik (Querschnittsdaten), laufende Erhebung	1 Prozent aller Haushalte in Deutschland (370.000 Haushalte mit 820.000 Personen); Nordrhein-Westfalen: rd. 50.000 Haushalte, 100.000 Personen	Wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkt und Ausbildung	Breiholz, H. (2002): Ergebnisse des Mikrozensus 2001, In: Wirtschaft und Statistik, 7/2002
<b>Sozioökonomisches Panel (SOEP)</b> DIW	Repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland, jährlicher Rhythmus (Längsschnittdaten)	1998: 4.285 Haushalte mit 8.145 Personen in Westdeutschland; 1.886 Haushalte mit 3.730 Personen in Ostdeutschland.	Haushaltszusammensetzung, Wohnsituation, Einkommensverläufe	Burkhauser, R.; Kreyenfeld, M.; Wagner G. (1997): The German-Socio-Economic Panel: A Representative Sample of Reunited Germany and its Parts, In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 66(1), S. 7-16